

71. Sitzung

am Dienstag, dem 29. März 2011, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 6170

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten
Jakob Schwimmer 6170

Gratulation zur Neu- bzw. Wiederwahl in
parlamentarische Funktionen..... 6170

Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vor-
schlag der CSU-Fraktion
**"Gewalt bei Fußballspielen: Welche Sicher-
heitsmaßnahmen trifft die Polizei im Zusam-
menhang mit Fußballeinsätzen?"**

- Christian Meißner (CSU)..... 6170 6171
- Staatsminister Joachim Herrmann. 6170 6171 6173
6174 6175 6176 6177 6178
- Susanna Tausendfreund (GRÜNE) 6172 6173 6177
- Harald Schneider (SPD)..... 6173
- Horst Arnold (SPD)..... 6174
- Manfred Ländner (CSU)..... 6175
- Julika Sandt (FDP)..... 6176
- Joachim Hanisch (FW)..... 6176
- Tobias Thalhammer (FDP)..... 6177

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vor-
schlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN

"Energiewende jetzt!"

- Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 6178 6180
- Otto Zeitler (CSU)..... 6180
- Tobias Reiß (CSU)..... 6180
- Ludwig Wörner (SPD)..... 6182
- Thorsten Glauber (FW)..... 6184
- Tobias Thalhammer (FDP)..... 6185
- Markus Blume (CSU)..... 6186
- Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 6187
- Staatsminister Martin Zeil..... 6188

Schlussbericht
des Untersuchungsausschusses
zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und mög-
licher Versäumnisse von Ministerpräsident
Horst Seehofer, Staatsminister Georg Fahren-
schon, Staatsminister Joachim Herrmann,
Staatsministerin Emilia Müller, Staatsminister
Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund
Stoiber, Ministerpräsident a. D. Dr. Günther
Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt
Faltlhauser, Staatsminister a. D. Erwin Huber,
Staatssekretär a. D. Georg Schmid, Staatssek-
retär a. D. Jürgen W. Heike in Zusammenhang
mit dem Erwerb und dem Verkauf der Hypo
Group Alpe Adria (HGAA) durch die Bayeri-
sche Landesbank (BayernLB) (Drs. 16/7500)
- Einsetzungsbeschluss (Drs. 16/3855) -

- Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 6190
- Harald Güller (SPD)..... 6194 6215
- Bernhard Pohl (FW)..... 6198
- Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)..... 6202 6206 6207 6208
- Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 6207
- Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 6208
- Karsten Klein (FDP)..... 6208 6209 6217
- Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU)..... 6213 6215
- Inge Aures (SPD)..... 6215 6217
- Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
Bauer (FW)..... 6218

Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO zur
Ausssprache

- Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 6219

Erste Lesungen

zu Gesetzentwürfen und einem Staatsvertrag, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/7656)

Verweisung in den Bildungsausschuss 6220

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (Drs. 16/8084)

Verweisung in den Kommunalausschuss 6220

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller (Drs. 16/7717)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 6220

Gesetzentwurf aller im Landtag vertretenen Fraktionen
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) (Drs. 16/8100)

- Erste Lesung -

Georg Eisenreich (CSU)..... 6221
Martin Güll (SPD)..... 6221
Günther Felbinger (FW)..... 6223
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 6223
Renate Will (FDP)..... 6224 6225
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 6225

Verweisung in den Bildungsausschuss..... 6226

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW)
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6369)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/7620)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6668)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 16/7716)

Jutta Widmann (FW)..... 6227
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 6229 6231 6235 6237
Eberhard Sinner (CSU) 6229 6231 6232 6236 6237
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 6232
Julika Sandt (FDP)..... 6234 6237

Beschluss zum FW-Gesetzentwurf 16/6369..... 6238

Beschluss zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 16/6668... 6238

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Beschluss..... 6238

Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)
Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern (Drs. 16/6708)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/7937)

Bernhard Roos (SPD)..... 6238 6239
Tobias Reiß (CSU)..... 6239
Alexander Muthmann (FW)..... 6240
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 6241
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)..... 6242
Staatsminister Martin Zeil..... 6243

Beschluss..... 6243

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. (SPD)
Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit - Ministerpräsident Seehofer beim Wort nehmen! (Drs. 16/6988)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 16/7983)

Beschluss..... 6244

Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures u. a. (SPD)

Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting) (Drs. 16/7009)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 16/8046)

Christa Naaß (SPD)..... 6244
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 6245

Günther Felbinger (FW)..... 6246 6247
Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 6247
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP)..... 6248

Beschluss..... 6248

Mitteilung gem. § 14 Abs. 4 und § 26 Abs. 2 GeschO betr. Umbesetzungen im Ältestenrat und in den Ausschüssen 6249

Schluss der Sitzung..... 6249

(Beginn: 14.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 71. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Herrn Kollegen Jakob Schwimmer zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Gratulieren möchte ich auch Frau Kollegin Reserl Sem zur Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion.

(Allgemeiner Beifall)

Zur Wiederwahl gratuliere ich dem Vorsitzenden der Fraktion der Freien Wähler, Herrn Kollegen Hubert Aiwanger, ebenso seinem bestätigten Stellvertreter, dem Kollegen Alexander Muthmann, und den neu gewählten Stellvertretern, der Kollegin Eva Gottstein und dem Kollegen Bernhard Pohl. Ebenso gratuliere ich dem Kollegen Florian Streibl zur Wahl in das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers. - Wenigstens ihm kann ich persönlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

- Frau Gottstein sitzt heute ganz hinten; deswegen habe ich sie leider nicht gesehen. Ich hatte Sie immer an einem anderen Platz im Blick.

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Gewalt bei Fußballspielen: Welche Sicherheitsmaßnahmen trifft die Polizei im Zusammenhang mit Fußballeinsätzen?"**

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zuständig für die Beantwortung der Fragen ist der Staatsminister des Innern. Erster Fragesteller für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Christian Meißner. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, das Prob-

lem mit gewaltbereiten Fußballfans und randalierenden Hooligans war schon öfter Gegenstand der Beratungen im Hohen Haus. Ich erinnere an eine gemeinsame Sitzung des Innen- und des Bildungsausschusses im Jahr 2009, an der Sie, Herr Staatsminister Herrmann, sowie Rainer Koch, der Vorsitzende des Bayerischen Fußball-Verbandes, und Herr Spahn, der Sicherheitsbeauftragte des Deutschen Fußball-Bundes, teilgenommen haben. Wir stellen nach dieser damaligen Anhörung und Diskussion über Prävention in dem Bereich fest: Inzwischen sind zwei Jahre vergangen, aber auch in der laufenden Spiel-saison kommt es immer wieder zu Krawallen, Schlägereien und Randalen in und um die Stadien. Das betrifft die erste und die zweite Liga, aber insbesondere auch die dritte Liga und die Regionalliga. Ich habe hier eine ganze Reihe von Beispielen: Im September 2010 gab es Krawalle im Umfeld des Stadtderbys zwischen St. Pauli und dem HSV; sechs Polizisten wurden durch Flaschenwürfe verletzt. Im September 2010 bewarfen Schalke-Fans beim Marsch zum Stadion Polizisten mit Böllern und verletzen diese. Sogenannte Fans zünden am Rande des Lokalderbys zwischen dem FSV Mainz 05 und Kaiserslautern auf dem Weg zum Stadion Böller in einem Tunnel, was bei mehreren Polizisten und einem Fan zu Ohrverletzungen mit Knalltrauma und Trommelfellriss geführt hat.

Wir müssen aber gar nicht so weit weg gehen. Ich habe mir vor einigen Wochen selbst das riesige Aufgebot von Landespolizei und Bundespolizei am Bahnhof Lichtenfels angeschaut. Das war einzig und allein deswegen nötig, weil 18 gewaltbereite Anhänger von Hansa Rostock einen Zug verließen, die Treppe an einem Bahnsteig hinuntergingen, am anderen Bahnsteig die Treppe wieder hochgingen und in einen anderen Zug einstiegen. Weil diese Fans schon zuvor in Halle randaliert hatten, mussten einige Polizisten ihren Samstag am Bahnhof Lichtenfels verbringen. Deshalb, Herr Minister, haben wir das Thema aufgegriffen.

Herr Minister, ich frage Sie im Einzelnen: Wie entwickelt sich die Lage bei den Profi- und den oberen Amateurligen in Bayern und im Bund? Welche Fanstruktur und welche Probleme mit dem Fanpotenzial bestehen in Bayern und im Bund?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Meißner. Das Wort hat nun der Herr Staatsminister des Innern, Herr Herrmann. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Kollege Meißner, wenn solche Kontrollen dazu führen, dass man unverhofft eine Nacht am Bahnhof in Lichtenfels ver-

bringen kann, ist das das Höchste der Gefühle für solche Fußballfans. Aber davon einmal abgesehen: Wir haben einerseits natürlich überaus positive Erfahrungen mit großen Fußballturnieren. Ich denke an die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland und die Europameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz. Die sind insgesamt sehr gut abgelaufen.

Wir haben in den letzten Jahren aber leider auch immer mehr gewalttätige Ausschreitungen durch sogenannte Fußballfans. Deren Zahl schwankt seit Jahren saisonal, aber auf einem insgesamt hohen Niveau. Die Spielklassenreform des Deutschen Fußball-Bundes zu Beginn der Saison 2008/2009 mit der Einführung der neuen dritten Liga als bundesweite Staffel hat unsere bayerische Polizei deutlich mehr belastet als früher. Unsere Beamtinnen und Beamten mussten zum einen wesentlich mehr Risikospiele betreuen als bisher, zum anderen gab es häufiger Probleme auf den Reisewegen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

zum Beispiel an Autobahnraststätten oder an Bahnhöfen, wie Sie es gerade berichtet haben, Herr Kollege Meißner.

Ich will kurz den personellen Aufwand beschreiben, den wir inzwischen dadurch haben. Unter Einbeziehung der ersten vier Ligen sowie des DFB-Pokals, der UEFA-Wettbewerbe, der Liga-Relegationsspiele und von vier Länderspielen waren in der letzten Saison 2009/2010 in Bayern insgesamt 32.871 Beamte bei insgesamt 308 Fußballbegegnungen eingesetzt. Das waren noch einmal rund 3 % mehr als im vorangegangenen Jahr. In Mann-Stunden ausgedrückt beträgt der Anstieg von 205.000 Stunden in der Saison 2008/2009 auf über 224.000 Stunden in der Saison 2009/2010 sogar 9 %. Darin sind die Unterstützungsleistungen bayerischer Kräfte bei Fußballspielen in anderen Bundesländern nicht enthalten, wenn also andere Bundesländer die bayerische Polizei zur Unterstützung angefordert haben.

Die Zahl der Anzeigen im Zusammenhang mit Spielen in der Regionalliga und den oben genannten sonstigen Begegnungen stieg im Vergleichszeitraum auf 588; die Zahl der Festnahmen stieg von 597 auf 792, also um rund 25 % innerhalb dieses Jahres an.

Die bundesweiten Zahlen sprechen übrigens eine noch deutlichere Sprache. Der Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze in Nordrhein-Westfalen weist für die beiden Bundesligen in der Saison 2009/2010 mit über 1,7 Millionen Arbeitsstunden der Polizeien der Länder und des Bundes, 6.043 eingeleiteten Strafverfahren und 784 verletzten Personen die höchsten Werte der letzten zwölf Jahre

aus. Das heißt, wir hatten dort im vergangenen Jahr ein so hohes Einsatzgeschehen und auch so viele verletzte Personen rund um Fußballspiele wie in den letzten zwölf Jahren nicht mehr.

Ich sage auch an dieser Stelle ganz deutlich, Kollege Meißner, was mir besondere Sorge bereitet: Das ist die Tatsache, dass das mit einer gestiegenen Aggressivität gegen unsere Polizeibeamten einhergeht. Viele sogenannte Fans schrecken vor Provokationen, vor Beleidigungen und auch vor Körperverletzungsdelikten nicht zurück - eine Entwicklung, die sich im Übrigen mit den bundesweiten Erfahrungen deckt.

Bundesweit rechnet die Polizei inzwischen rund 12.000 Personen der Problemfanszene zu. Davon wohnen etwa 1.100 in Bayern. Der harte Kern, im polizeilichen Sprachgebrauch die sogenannten Hooligans, die Personen, die der Kategorie C zugeordnet werden, umfasst etwa 3.000 Personen, davon 150 in Bayern.

So stellt sich die Lage für uns insgesamt dar. Ich will nur noch einmal deutlich unterstreichen, dass selbstverständlich Gott sei Dank die weit überwiegende Mehrheit der Fußballfans friedlich ist und ein Fußballspiel nur besucht, um Spaß zu haben, um den eigenen Club anzufeuern und dergleichen mehr. Aber es ist eben leider so, dass sich immer mehr Gewalttäter auch im Umfeld der Fußballspiele breitmachen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Sie haben noch eine Nachfrage, Herr Kollege. Bitte schön.

Christian Meißner (CSU): Ich muss noch einmal auf die scherzhafte Bemerkung über die Nacht in Lichtenfels zurückkommen. Wir haben nichts gegen Übernachtungsgäste, Herr Minister, aber solche schicken wir gleich weiter nach Oberbayern.

(Heiterkeit)

Nun zu Ihren Ausführungen: Mich würde schon interessieren, welche Initiativen der Freistaat Bayern in diesem Zusammenhang in Bayern und über Bayern hinaus gegen diese Entwicklung nach der Reform des Spielbetriebes ergriffen hat.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Meißner. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wir haben unsere Einsatzkonzepte dieser veränderten Lage angepasst. Natürlich mussten wir insgesamt auch mehr Polizeibeamtinnen und -beamte zur Verfügung stellen. Wir haben darüber hinaus ver-

sucht, den bundesweit standardisierten Informationsaustausch zu verbessern und anzupassen. Das geht hin bis zu regelmäßigen Sicherheitsbesprechungen auch auf örtlicher Ebene.

Wir haben bereits im Jahr 2007 mit dem Bayerischen Fußball-Verband die gemeinsame Vereinbarung zur Verbesserung der Sicherheit bei Sportveranstaltungen in der Bayernliga und in den Landesligen geschlossen. Dieses Konzept sieht im Wesentlichen eine Intensivierung der Kooperation zwischen allen Beteiligten, eine verbesserte Erkenntnisgewinnung bei der Polizei sowie auch klare Sicherheitsrichtlinien des Bayerischen Fußball-Verbandes vor. Außerdem haben wir den Einsatz der sogenannten szenekundigen Beamten ausgeweitet. Inzwischen haben wir 63 Beamte in ganz Bayern, die eine wirklich sehr gute Aufklärungs- und Präventionsarbeit leisten.

Aufgrund der enormen Belastung der Polizeien der Länder und des Bundes durch die Einsätze bei Fußballspielen haben wir das Thema wiederholt in der Innenministerkonferenz behandelt. Wir haben dort mit Vertretern des Deutschen Fußball-Bundes und der DFL gesprochen. Ich habe auch persönlich wiederholt mit dem DFB-Präsidenten über die aktuelle Lage gesprochen und damit insgesamt, denke ich, die Konzepte noch weiter verbessert.

Ich will drei konkrete Beispiele nennen. Das eine ist die Veränderung der Spieltagsplanung. Wir arbeiten zusammen mit DFB und DFL an einer Konzeption für die kommenden Spielzeiten, um künftig einsatzmäßig die Belastungsspitzen der Polizeibehörden der Länder und des Bundes besser entzerren zu können. Wir wissen inzwischen alle, dass es in weiten Teilen Deutschlands regelmäßig am 1. Mai nicht nur zu Gewerkschaftsdemonstrationen, sondern auch zu einer Reihe Veranstaltungen von extremistischen Organisationen kommt. Es erleichtert der Polizei die Arbeit, wenn nicht am gleichen Tag auch jede Menge Spiele der Fußballbundesliga stattfinden, wenn der 1. Mai auf ein Wochenende fällt. Solche Dinge versucht man jetzt in der langfristigen Spielplanung zu beachten.

Es gibt eine Lenkungsgruppe unter Beteiligung des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz, des Deutschen Fußball-Bundes und der DFL zur Abstimmung der wissenschaftlichen Begleitung dieser Thematik, und es gibt eine bundesweit einheitliche Rahmenkonzeption - jedenfalls wird daran gearbeitet - für den Umgang mit Fangruppen und gewaltbereiten und gewalttätigen Personen. Ziel ist hierbei, ein einheitliches abgestimmtes Vorgehen der Polizei bei Fußball Einsätzen zu erreichen und damit letztlich auch die Akzeptanz des polizeilichen Handelns zu verbessern. Ein solches einheitliches Konzept ist außerdem natür-

lich hilfreich, wenn sich länderübergreifend Polizeieinheiten gegenseitig unterstützen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächste hat Frau Kollegin Tausendfreund das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Staatsminister, die Gewalttätigkeiten bei Fußballspielen müssen natürlich sehr ernst genommen werden, und es muss wirksam gegengesteuert werden. Angemessene Polizeieinsätze sind erforderlich. Dazu gehören eine ausreichende Personalausstattung und Hilfen für verletzte Beamte. Es ist aber auch Augenmaß erforderlich; es muss nach Alternativstrategien gesucht werden, und die Bürgerrechte dürfen nicht hintangestellt werden.

Zur personellen Situation: Wie viel personelle Unterstützung bekommen konkret die Inspektionen vor Ort, die insbesondere bei problematischen Zweit- und Drittligaspielen zuständig sind, und wird dieser zusätzliche Personalaufwand bei den Stellenplänen berücksichtigt? Kann sichergestellt werden, dass die eingesetzten Polizeibeamten - meistens sind das die USK-Einheiten - in zumutbaren Abständen planbare Wochenenden haben? Ich weiß zum Beispiel aus Würzburg, dass USK-Beamte aufgrund verschiedener Einsätze bis zu 17 Wochenenden hintereinander im Einsatz gewesen sind.

Dann zur Kooperation mit den Fanprojekten: Werden Sie stärker als bisher die Kooperation mit den Fanprojekten suchen und sich für eine bessere finanzielle Förderung der sozialpädagogischen Arbeit der Fanprojekte einsetzen? Die Fanprojekte können unseres Erachtens sehr viel zur Ächtung der Gewalt in den Stadien und zur Entschärfung des Spannungsverhältnisses zwischen Polizei und Fans beitragen. Werden Sie gegebenenfalls mit den Fanprojekten Deeskalationsstrategien entwickeln? Wenn ja, welche?

Zu den Bürgerrechten: Wie stehen Sie zum weiteren Ausbau der Überwachungstechniken in den Stadien und deren Umgebung? Die Kameraüberwachung trifft schließlich alle Fans. Der Einsatz von sogenannten Smart Eyes zur Verarbeitung aller Bewegungen im Stadion im Computersystem ist mit der Erfassung der biometrischen Daten der ganz normalen Fans verbunden. Das geht uns eindeutig zu weit.

Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um zukünftig unverhältnismäßige Einsätze und Übergriffe der Polizei auf friedliche Fans zu verhindern? Bei aller Gewaltproblematik in den Stadien dürfen sich Vorfälle wie beim Lokalderby in München 2007 und beim Pokalspiel Bayern München gegen Greuther Fürth 2010

nicht wiederholen, und die Ermittlungen dürfen schon gar nicht im Sande verlaufen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, für Sie waren zwei Minuten vorgesehen. Sie liegen bereits 30 Sekunden darüber.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Okay, dann zur Problematik der Gewalttäterdatei im Sport bei nächster Gelegenheit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Also, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort zur Antwort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, ich bitte schon an dieser Stelle um Entschuldigung, wenn die Vielzahl Ihrer Fragen - ich gestehe es offen - mein Kurzzeitgedächtnis überfordert. Ich werde versuchen, die Fragen, die ich in Erinnerung behalten habe, jetzt zu beantworten. Sie müssten mir noch einmal zurufen, wenn ich wichtige Punkte übersehen habe.

Ein wesentlicher Aspekt Ihrer Fragen war der Personaleinsatz. Die Inspektionen vor Ort erhalten bei entsprechendem Kräftebedarf die notwendige Unterstützung entweder durch Einsatzzüge des Präsidiums oder durch zusätzliche Hundertschaften der Bereitschaftspolizei. Das hängt von der Bewertung der jeweiligen Lage, aber natürlich auch von den verfügbaren Kräften ab.

Bei der Bemessung der normalen Sollstärke von Inspektionen kann das natürlich nur berücksichtigt werden, wenn zusätzlicher Kräftebedarf ein Dauerthema ist, zum Beispiel bei den großen Vereinen. Ich nenne den Club in Nürnberg; für die Polizeiinspektion Nürnberg-Süd gehören entsprechende Einsätze sozusagen zum Dauereinsatzgeschehen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ein großer Verein ist zum Beispiel der FC Bayern!)

- Ein großer Verein ist der FC Bayern; dort haben wir umso mehr Kräfte im Einsatz.

Wenn allerdings bei einem Verein nur dreimal im Jahr eine Problemfanszene aus Ostdeutschland zu Besuch kommt, ist das noch kein Anlass, deswegen die Sollstärke der dortigen Inspektion insgesamt anzuheben, sondern ein solches Ereignis muss mit zusätzlichen Einsatzzügen bzw. Hundertschaften, die speziell für den Anlass dort hingeschickt werden, bewältigt werden.

Wir hatten in der Phase des Stellenabbaus aufgrund der Arbeitszeitverlängerung zeitweilig leider recht we-

nige Einsatzzüge zur Verfügung. Die Belastung war damals durch Einsätze an mehreren Wochenenden hintereinander zum Teil sehr hoch. Diese Situation hat sich aber durch die erhöhten Einstellungszahlen in den letzten beiden Jahren - wir haben zunächst 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen, dann noch einmal 750 - deutlich verbessert. Als Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung ist der Personalbestand der Bereitschaftspolizei wieder deutlich angewachsen. Dadurch stehen wieder wesentlich mehr Einsatzzüge zur Verfügung, und die überdurchschnittliche Belastung im Sinne einer Dauerbelastung an Wochenenden hat sich deutlich reduziert. Wir können nicht ausschließen, dass so etwas im Ausnahmefall noch vorkommt - das hängt vom Demonstrationsgeschehen und dergleichen mehr ab -, aber in der Regel gibt es solche permanenten Dauerbelastungen an Wochenenden nicht mehr.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Als Nächster hat Herr Kollege Harald Schneider das Wort. Bitte schön, Herr Schneider.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben ausgeführt, dass die Einsatzbelastung enorm zugenommen habe. Über 30 % der Einsatzstunden der bayerischen Bereitschaftspolizei entfallen auf Fußballeinsätze. Welche Strategie wird vonseiten der Staatsregierung gefahren, um diese Einsätze so weit wie möglich zurückzufahren? Ich erinnere daran, dass der DFB-Vizepräsident, Herr Dr. Rainer Koch, in der Anhörung gesagt hat - Kollege Meißner hat sich darauf bezogen -, Ziel solle es sein, dass Fußballspiele, insbesondere solche in den Amateurligen, ohne Polizeipräsenz ablaufen können. Was wird in dieser Richtung getan?

Ich meine, es ist notwendig, dass diese Strategie überprüft wird. Die Polizisten beklagen sich, dass die Einsatzbelastung ständig zunimmt. Ich erinnere an das Fußballspiel Jahn Regensburg gegen Dynamo Dresden vom 13. März. Im Einsatz waren 450 Beamte der bayerischen Polizei plus Einsatzkräfte der Bundespolizei, insgesamt 14 Einsatzzüge. Es war aber nichts los. Ich weiß, wie schwer es ist, die Einsatzbelastung im Vorfeld beurteilen zu können. Sie haben auf die 63 szenekundigen Beamten, die in Bayern eingesetzt sind, Bezug genommen. Diese geben eine Bewertung ab, wie ein Fußballspiel einzustufen ist, das heißt, wie hoch das Risiko ist. Was kann also insoweit getan werden, um die hohen Einsatzzahlen zurückzufahren?

Ein weiteres Instrument scheint mir zu sein, dass der Dialog mit den Fangruppen gesucht wird. Dahin geht meine Frage: Was unternimmt die Polizei, um in den Dialog mit den Fangruppen zu kommen? Bisher ver-

weigern gerade die Hooligans bzw. Ultras der "Cosa Nostra 1860" und die "Schickeria" des FC Bayern den Dialog mit der Polizei. Was wird vonseiten der Polizei unternommen, um in einen Dialog mit diesen Fangruppen zu kommen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Das Wort hat der Herr Staatsminister. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Schneider wir versuchen in der Tat, den Polizeieinsatz so gering wie möglich zu halten. Wir wollen unsere Beamten möglichst wenig unnötigen Dienst schieben lassen; das gilt gerade für das Wochenende. Auf der anderen Seite gehört es seit jeher zum erfolgreichen bayerischen Sicherheitskonzept, möglichst von vornherein in der erforderlichen Stärke präsent zu sein, damit gerade Gewalttäter gar nicht erst auf dumme Gedanken kommen. Das von Ihnen genannte Beispiel war sicherlich eine Ausnahme. Wie Sie wissen, fahren wir einen so hohen Personaleinsatz in der Regel nur dann, wenn es entsprechende Hinweise von szenekundigen Beamten oder von Polizeikollegen aus dem Herkunftsort gegeben hat. Wir haben aber gerade mit Fangruppen aus Ostdeutschland in den letzten Jahren schon manche unrühmliche Erfahrung machen müssen.

Es ist leider unvermeidlich, dass man manchmal Vorwarnungen bekommt, und dann passiert nichts. Ich sage Ihnen ehrlich: Es ist mir aber immer noch lieber, wenn wir vorgesorgt haben, genügend Polizeibeamte vor Ort sind und nichts passiert, als wenn es irgendwo riesige Randalen und Gewalttaten gibt, Polizeikräfte aber nicht vor Ort sind.

Gleichwohl wollen wir solche Einsätze weiter reduzieren. Dazu ist uns die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Fußball-Verband sehr wichtig. Herr Kollege Schneider, Sie haben die Zielsetzungen, gerade was Polizeieinsätze im Amateurbereich betrifft, zu Recht angesprochen. Auch wir wollen die Präventionsarbeit weiter verstärken. Die Verantwortung dafür liegt aber zunächst einmal bei den Vereinen selbst. Wir wollen, dass die Vereine insoweit noch stärker aktiv werden. Sie müssen sich zunächst einmal selbst darum kümmern, dass ihre eigenen Fans nicht gewalttätig werden.

Richtig ist leider auch, Herr Kollege Schneider, dass es extreme Fangruppen gibt, die sich einem vernünftigen Dialog entziehen und für unsere Beamten bzw. entsprechende Fanprojekte nicht zugänglich sind. Wir werden nicht locker lassen, das immer wieder zu versuchen. Aber einige Leute verstehen diese Sprache nicht. Deshalb ist es notwendig, bestimmtes Verhalten

gegebenenfalls mit Stadionverboten konsequent zu ahnden. Es ist auch ganz wichtig, wenn es tatsächlich zu Gewalt gekommen ist, konsequent Strafanzeigen zu stellen und Strafverfahren durchzuführen, damit solche Leute vor den Richter gestellt werden. Wer auf einen anderen losgeht, wer Gewalt gegen andere Personen verübt, der hat insofern auch keine Nachsicht verdient.

Unser gemeinsames Anliegen, das des Fußball-Verbandes wie auch das der Polizei, ist es, dass die, wenn ich das so sagen darf, "normalen" Menschen - dazu gehören auch Eltern mit ihren Kindern - ein normales Fußballspiel besuchen können, ohne Angst haben zu müssen, in irgendwelche Schlägereien verwickelt zu werden. Die dafür nötigen Einsätze wird unsere Polizei auch in Zukunft fahren. Jeden, der sich diesem Ansatz mit Gewalt entgegenstellt, müssen wir vor Gericht stellen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. - Als Nächster hat Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatsminister, Prävention ist das eine; aber auch Abschreckung dient der Prävention. Ich war fünf Jahre lang Stadionstaatsanwalt, sowohl in Nürnberg als auch in Fürth, und habe das Instrument des beschleunigten Verfahrens insoweit genutzt. Das ist möglich, wenn die Beweislage klar ist; bei Körperverletzung ist das meistens der Fall. Aber es muss auch Beweismittel geben. Ich frage Sie daher:

Sind genügend Kräfte für jeden Abschnitt bereitgestellt, sodass Dokumentationstrupps diese Vorgänge aufnehmen?

Sind genügend Kräfte in der Gefangeneinsatzstelle vorhanden, um die Vernehmung von Schuldigen und die Zeugeneinvernahmen zeitnah durchführen zu können?

Gibt es Anweisungen des Innenministeriums für die polizeilichen Abschnittsleiter, regelmäßige Absprachen mit Staatsanwaltschaften und entsprechend auch Gerichten durchzuführen?

Werden die beteiligten Beamten besonders geschult und ausgebildet, um dieses Instrument zu nützen?

Werden die 63 szenekundigen Beamten, die Sie genannt haben, in dieses Instrument sinnvoll einbezogen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Herr Staatsminister Herrmann hat das Wort. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Vielen Dank, Herr Kollege, für diese Frage. Das ist in der Tat ein ganz wichtiger Themenbereich. Ich habe schon gesagt, wie wichtig es ist, dass Straftäter schnell vor Gericht gestellt werden. Dazu sind die beschleunigten Verfahren ein ganz wichtiges Hilfsmittel. Gerade in dieser Szene ist es wichtig, dass es nicht monatelang dauert, sondern dass jemand, der aus den Gleisen gerät, sofort die Reaktion des Staates spürt.

Dabei sind die von Ihnen angesprochenen Maßnahmen sehr wichtig. Dazu gehören zum Beispiel eine sorgfältige Dokumentation, Dokumentationstrupps, aber natürlich auch installierte Anlagen.

In diesem Zusammenhang komme ich auf eine Frage der Frau Kollegin Tausendfreund zurück, die ich noch nicht beantwortet habe. Dazu sind zum Beispiel die in der Allianz-Arena installierten Anlagen sehr hilfreich. Dort ist eine Vielzahl von Videokameras vorhanden, die alles aufzeichnen. Von der Leitzentrale können die Bilder unmittelbar auf den Bildschirm geholt werden. Damit kann einerseits das Einsatzgeschehen der Polizei gesteuert werden, es kann mit diesen Kameras aber auch dokumentiert werden, wenn es zum Beispiel unmittelbar zu Straftaten, zu Gewalttaten kommt. Ich denke, diese technische Innovation hat sich sehr bewährt. Deshalb haben wir gerade in diesem modernen Stadion, der Allianz-Arena eine sehr gute Situation. Inzwischen ist auch in anderen Stadien in Bayern in mehr oder weniger großem Umfang nachgerüstet worden.

Hinzu kommen - Herr Kollege Arnold, ich komme noch einmal darauf zurück - die Dokumentationstrupps. Denn nicht jede Gewalttat wird im Stadion oder unmittelbar davor verübt. Wir haben das Problem, dass manches schon lange vorher, während des Hinwegs, während der Hinfahrt, geschieht. Es besteht das Problem, dass ein Teil der Gewalttaten schon unterwegs, z. B. auf Autobahnrastplätzen oder Bahnhöfen verübt wird. Dies ist schon angesprochen worden. Überall dort müssen wir möglichst präsent sein. Aber ich sage auch: Sowohl die bayerische Polizei als auch die Bundespolizei können nicht von vornherein an jedem Bahnhof, an dem der Zug entlangfährt, mit Kräften oder gar einem Dokumentationstrupp anwesend sein.

Insgesamt sind allerdings alle von Ihnen, Herr Kollege Arnold, angesprochenen Maßnahmen wichtige Teile unserer Einsatzkonzepte und auch der Ausbildung

der Kolleginnen und Kollegen, die in guter Zusammenarbeit mit der Justiz eingesetzt werden. Gerade an den bekannten großen Fußballorten in Bayern besteht eine sehr gute Zusammenarbeit, die uns wichtig ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächster hat Herr Kollege Ländner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zur Frage nach der Sicherheit bei Fußball-Einsätzen gehört für mich auch die Frage nach der Sicherheit der Beamtinnen und Beamten, insbesondere die Frage: Was ist im Fall des Falles, wenn trotz aller Vorsorge, trotz allen taktischen Einsatzkönnens etwas passiert und eine Beamtin oder ein Beamter zu Schaden kommt? Welche Maßnahmen sieht der Freistaat Bayern vor bzw. welche Angebote sind für Beamtinnen und Beamte vorhanden, die bei einem Fußball-Einsatz verletzt werden oder sonst zu Schaden kommen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wenn man das zunächst auf die medizinische Vorsorge bezieht, so sind entsprechende Hilfskräfte jeweils vor Ort. Wenn eine größere Zahl von Polizeibeamten im Einsatz ist, sind natürlich auch immer Sanitäter der Bereitschaftspolizei selbst oder auch zusätzliche Sanitäter des Roten Kreuzes und anderer mit im Einsatz. Hinzu kommt gegebenenfalls eine psychologische Betreuung, je nachdem, was nach dem Einsatzgeschehen erforderlich ist. Natürlich versuchen wir, auch der Situation der Beamten vor Ort gerecht zu werden. Das gilt vor allem dann, wenn die Kollegen unmittelbar Opfer von Gewalttaten werden. Hier ist in aller Regel eine besonders rasche Versorgung notwendig.

Im vorletzten Jahr, als es am Würzburger Hauptbahnhof zu diesen schlimmen Ausschreitungen der "Schickeria" bei einer Fahrt nach Mainz kam und zwei Kollegen der Bundespolizei erheblich verletzt wurden, habe ich einen der verletzten Kollegen selbst besucht. Denn ich glaube, es ist wichtig, auch mit einem Stück politischer Wahrnehmung und entsprechender Wahrnehmung in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass wir das nicht als Banalität abtun, sondern dass es diese Gesellschaft nicht akzeptiert, wenn Leute, die eigentlich nur ein Fußballspiel besuchen wollen oder dies vorgeben, maßlos besoffen und in brutaler Gewalt auf Polizeibeamte, ganz gleich, ob des Landes oder des Bundes, losgehen. Deshalb ist es

wichtig, dass wir alle bei solchen Gelegenheiten unsere Solidarität mit diesen Polizeibeamten bekunden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächste hat Frau Kollegin Sandt das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Minister, nach dem Motto "Prävention statt Repression" habe ich die Frage: Was geschieht eigentlich mit Hooligans, die erstmals gewalttätig werden? Was tut die Staatsregierung, um sie in Zukunft davon abzuhalten oder sie auf einen anderen Weg zu bringen?

Gibt es Zahlen und Daten über minderjährige Hooligans? Wie wird mit ihnen verfahren?

Welche gezielten Programme gibt es, um Hooligans zum Ausstieg aus der Szene zu bewegen? Welche Wirkung haben diese Programme? Werden sie evaluiert, und wie werden diese Programme weiterentwickelt?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Das Thema "Prävention vor Repression" kann ich nur nachdrücklich unterstreichen. Wir sind seit Jahren unterwegs, um durch Präventionsmaßnahmen solche Gewalteskalationen rund um Fußballspiele möglichst von vornherein zu vermeiden. Das "Nationale Konzept Sport und Sicherheit" - NKSS - vereint bundesweit alle Akteure rund um das Thema Fußball und sorgt auch für eine geregelte Kommunikation untereinander. Dieses NKSS betont die Verantwortung aller Beteiligten und legt insbesondere auch Wert auf sozialpräventive Arbeit. Mittlerweile gibt es bundesweit eine Vielzahl von Fußballfan-Projekten, bei denen sich erfreulicherweise auch der Deutsche Fußball-Bund selbst engagiert. In Bayern gibt es schon seit mehr als 15 Jahren solche Fanprojekte, die zusätzlich aus dem Haushalt des Kultusministers als Sportminister unterstützt werden.

Wichtige Präventionsarbeit leisten darüber hinaus die szenekundigen Beamten, die ich vorhin im Zusammenhang mit einer anderen Frage schon angesprochen habe. Es gibt für sogenannte Fußballdelikte eine zentrale Sachbearbeitung, und diese Dienststellen halten, so denke ich, einen besonders engen Kontakt zu den szenekundigen Beamten. Die Erfahrungen, die die szenekundigen Beamten machen, fließen in die Präventionsarbeit mit ein.

Was den Spezialbereich der Hooligans anbetrifft, den Sie angesprochen haben, so gibt es meines Wissens

momentan keine minderjährigen Hooligans. Es gibt auch keine speziellen Ausstiegsprogramme für Hooligans, da die Szene keine Strukturen und Bindungen hat, wie wir sie beispielsweise aus der rechten Szene kennen, für die wir in der Tat solche Programme haben, um den Leuten den Ausstieg aus der Szene zu erleichtern. Wir beobachten diese Entwicklung natürlich sehr genau, weil das leider - ich habe das vorhin in einem anderen Zusammenhang schon angedeutet - in Ostdeutschland zum Teil etwas problematischer ist, auch weil dort die Grenzen zwischen rechter oder gar rechtsradikaler Szene und der Fußball-Hooligan-Szene teilweise verschwimmen. Solche Phänomene beobachten wir - in dieser Art jedenfalls - in Bayern bislang Gott sei Dank nicht. Aber wir haben selbstverständlich ein sorgfältiges Auge darauf.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Als Nächster hat Herr Kollege Hanisch das Wort.

Joachim Hanisch (FW): Herr Minister, bei dem Gespräch im Innenausschuss mit der Polizei und dem Fußballverband gingen wir davon aus, dass sich die Situation verbessern würde. Wir verzeichnen seither bei den Einsätzen einen personellen Anstieg um 30 % und dennoch sind die damaligen Prognosen nicht eingetreten. Was hat man nun getan, um zumindest die Spielpläne zu entzerren? Von dieser Entzerrung hat man sich eigentlich relativ viel versprochen.

Wie sieht es mit einem Stadionverbot bis hin zu einem Transportverbot bei der Deutschen Bundesbahn aus?

Was ist bezüglich der Aktivitäten mit den Fanclubs geschehen, um Gewalttaten zu vermeiden?

In Nordrhein-Westfalen wurde ein Alkoholverbot beim Transport von und zum Fußballspiel bei der Bahn ausgesprochen. Ist für Bayern etwas Ähnliches angedacht?

Hat man schon Gespräche mit den Innenministerkollegen vor allem der neuen Bundesländer geführt? Mit den Fußballvereinen dieser Länder haben wir nämlich die größten Probleme. Was geschieht, dass auch von dieser Seite mehr unternommen wird?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bitte sehr, Herr Staatsminister. Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich habe schon dargelegt, dass wir Gespräche mit dem Deutschen Fußball-Bund hinsichtlich der Spielplanung geführt haben und sich diese dadurch

deutlich verbessert hat. Das ist eine sehr langfristige Planung. Wir haben ein paar Themen bereits in diesem Jahr auf den Weg gebracht. Ansonsten wird die bessere Terminabsprache ab der nächsten Saison wirksam werden. Der DFB versucht, langfristig auf Tage, die typischerweise eine besondere Einsatzstärke der Polizei erfordern, Rücksicht zu nehmen. Da wird es insofern tatsächlich eine Verbesserung geben.

Ansonsten ist leider bei den Fallzahlen bundesweit eine wesentlich größere Zunahme als in Bayern festzustellen. Diese Fallzahlen lassen im Moment bedauerlicherweise einen Rückgang als nicht wahrscheinlich erscheinen. Wir werden aber für die laufende Saison selbstverständlich wieder eine Bilanz vorlegen, auch wenn wir heute schon wissen, dass es ein erhebliches Potenzial gibt.

Insofern bleibt nur, auf eine weitere Verstärkung der Präventionsprojekte zu setzen. Solange dieses Gewaltpotenzial vorhanden ist und die Fußballvereine es nicht schaffen, dieses zu reduzieren, müssen wir mit einer entsprechenden Polizeipräsenz vor Ort sein.

Das Thema Alkoholverbot beschäftigt uns generell. Ich habe wiederholt empfohlen, im ÖPNV generell Alkoholverbote auszusprechen. Erfreulicherweise ist das kürzlich in der Stadt Nürnberg für den dortigen Bereich der U-Bahn und der Straßenbahn erfolgt. Wir beobachten das inzwischen auch in vielen anderen Orten und kommen hier gut voran. Bedauerlich ist allerdings, dass die Deutsche Bahn bisher aus Geschäftsgründen nicht dazu bereit ist, ein bundesweites Alkoholverbot in den Zügen auszusprechen. Das tut sie nicht nur zur Gewinnerzielung in ihren Speisewägen, sondern weil auch sonst bei der Bahn immer wieder Bier verkauft wird und es der Bahn offensichtlich nicht möglich ist, zwischen den Zügen zu unterscheiden. Wir haben das Thema allerdings im Blick, weil Alkohol bei Gewalttätigkeit eindeutig eine ganz große Rolle spielt. Ich bin deshalb dankbar, dass es bei dem einen oder anderen Verein inzwischen Regelungen gibt, wonach das Betreten eines Stadions für erkennbar erheblich alkoholisierte Personen von vornherein verboten ist.

Das hat dann auch entsprechende Auswirkungen auf die An- und Abfahrtswege. Wenn jemand weiß, dass er das Stadion in erkennbar besoffenem Zustand nicht betreten darf und er tatsächlich das Spiel sehen will, dann hat das natürlich positive Rückwirkungen auf dessen Verhalten bei der Fahrt.

Das alles sind Themen, die wir im Blick haben. Insofern haben wir auch Fortschritte erzielt, aber ich mache keinen Hehl daraus, dass wir bei Weitem noch nicht da sind, wo wir hin wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Tausendfreund das Wort. Frau Kollegin Tausendfreund, bitte.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Die "Gewalttäterdatei Sport" ist selbstverständlich ein wirksames Mittel für die Sicherheitsbehörden, samt Stadionverbot und Ausreiseuntersagung. Es kommt allerdings immer wieder vor, dass auch Eintragungen in diese Datei ohne ersichtlichen Grund oder wegen Bagatellden erfolgen. Damit können völlig unerwartet weitreichende Konsequenzen eintreten, da die Betroffenen gar nicht wissen, dass sie in der Datei stehen.

Meine Frage geht dahin, wie bessere Mechanismen und mehr Transparenz eingebaut werden können, um Möglichkeiten zu schaffen, sich gegen ungerechtfertigte Einträge rechtsstaatlich zu wehren.

Meine nächste Frage lautet, ob die Rückkoppelung zwischen Staatsanwaltschaft bzw. Strafgerichten mit der jeweils eintragenden Dienststelle funktioniert, damit die Aktualisierung bzw. die Löschung der Datensätze nach Abschluss eines Strafverfahrens sichergestellt ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Die "Gewalttäterdatei Sport" ist ein ganz wichtiges Instrument für die Polizeien sowohl des Bundes als auch der Länder und ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Gewalttäter bei Sportveranstaltungen. Damit wird solchen Tätern signalisiert: Wir kennen dich und wir werden ein Auge auf dich haben.

Wohlgemerkt, nicht alle, die in dieser Datei erfasst sind, haben gleichzeitig ein Stadionverbot. Das sind zwei Paar Stiefel. Für die "Gewalttäterdatei Sport" ist die Polizei zuständig, für das Stadionverbot der DFB. Gegenwärtig haben wir etwa 12.000 Personen in dieser Datei gespeichert. Diese Zahlen unterliegen natürlich ständigen Schwankungen. Wenn sich jemand zu Unrecht registriert fühlt, kann er sich an die jeweilige Polizeidienststelle wenden. Mir sind im Moment keine Fälle bekannt, wo es in der Praxis zu größeren Problemen gekommen wäre.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Als Nächster hat Kollege Thalhammer das Wort. Bitte sehr.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Staatsminister, als langjähriger Südkurven-Jahreskarteninhaber fühle ich mich nicht nur zur Dankbarkeit für die Anwesenheit

von Polizisten verpflichtet, sondern ich fühle mich gleichzeitig auch in gewisser Weise den Fußballfans verbunden. Mit meiner Frage möchte ich noch einmal auf die "Gewalttäterdatei Sport" eingehen. Ist es wirklich mit allen rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar, dass darin pauschal Fußballfans aufgenommen werden, aber nicht darüber informiert werden, dass sie sich in dieser Datei befinden? Und wie wir bei den Fußballfans nicht pauschalisieren dürfen, darf man von staatlicher Seite auch nicht mit dieser "Gewalttäterdatei Sport" pauschalisieren.

Des Weiteren möchte ich Sie fragen, wie Sie mit der berechtigten Kritik des Landesbeauftragten für den Datenschutz umgehen, der in seinem aktuellen Tätigkeitsbericht das Fotografieren und Videografieren von Fanbussen kritisch gesehen hat.

Aufgrund eigener Erfahrungen möchte ich gerne Ihre Einschätzung hören, wie Sie den Umgang mit den Fußballsonderzügen einstufen. Ich denke da beispielsweise an den Fußballsonderzug von München nach Nürnberg. Ich war schon selbst dabei. Da wird man nach meiner Ansicht zu intensiv betreut, wenn man quasi total begleitet vom Zug auf dem ganzen Weg ins Stadion geführt wird, auch wenn keine Gefahr in Verzug ist oder auch, wenn man beispielsweise nicht unbedingt den Anschein erweckt, eine Gewalttat begehen zu wollen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Thalhammer. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Um Missverständnisse auszuschließen, darf ich eingangs unterstreichen, Herr Kollege Thalhammer, dass auch ich begeisterter Fußballfan bin. Ich bin zwar nicht regelmäßig in der Südkurve, aber alles, was zum Schutze und zur Sicherheit in den Stadien geschieht, tun wir für die Fußballfans. Es geht uns doch darum, dass jedes Wochenende Hunderttausende von Fußballfans in ganz Deutschland ohne Probleme ihr Fußballspiel ansehen können. Ich habe es vorhin schon ausdrücklich gesagt: Die allermeisten dieser Hunderttausenden von Fußballfans haben kein anderes Interesse, als wunderschöne Spiele zu sehen. Sie wollen dabei nicht durch Gewalt belästigt werden, weder von gewalttätigen Fans der eigenen Mannschaft noch von den Fans anderer Mannschaften. Sie wollen ein schönes, spannendes Spiel ohne Gewalt. Genau diesen Fans fühlen wir uns verpflichtet. Deshalb müssen wir gegen diejenigen, die mit Gewalt unterwegs sind, entsprechend vorgehen.

Es geschieht wahrlich niemandem Unrecht. Wir müssen in jedem Fall betrachten, wie man Gewalttätigkei-

ten von vornherein vermeiden kann. Sie haben die Situation in Nürnberg angesprochen. Dort gibt es seit vielen Jahren ein bewährtes Konzept. Man geleitet die Fans der unterschiedlichen Mannschaften von den Bahnhöfen und den U-Bahn-Stationen getrennt voneinander in das Stadion. Das ist eine spezielle Tradition. Im Nürnberger Club-Stadion werden die Fans der gegnerischen Mannschaft auf anderen Wegen und durch andere Eingänge in das Stadion geführt als die Club-Fans. Für jemanden, der das aus anderen Stadien nicht gewohnt ist, ist das überraschend. Nach Auskunft der Polizeibeamten hat sich diese Methode bewährt. Ich meine, der Eingriff in die persönliche Freiheit der jeweiligen Fans hält sich durchaus in Grenzen. Niemand wird mit Gewalt gehindert. Ich glaube aber, dass es klug ist, die gegnerischen Fans mit solchen Maßnahmen möglichst schon im Vorfeld auseinanderzuhalten, damit sie nicht aufeinandertreffen. Damit ist das Konfliktpotenzial am geringsten. In anderen Stadien wird es andere Konzepte geben.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Die Befragung ist damit beendet.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Energiewende jetzt!"

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema "Energiewende jetzt!" beantragt. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Der erste Redner ist Herr Kollege Ludwig Hartmann. Bitte schön, Herr Hartmann, Sie haben das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern seit drei Jahrzehnten eine verfehlte Energiepolitik, die einseitig auf die Kernkraftwerke gesetzt hat. Seit drei Jahrzehnten liegt der Anteil des Atomstroms bei ca. 60 %. Traurig daran ist, dass die

Staatsregierung das immer noch als ausgewogenen Energiemix bezeichnet.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Energiewende, die vor uns steht, ist in Bayern schwerer zu verwirklichen als in anderen Bundesländern, weil man jahrzehntlang den falschen Weg gegangen ist. Die Staatsregierung hat in puncto Energiepolitik nur zwei Sachen gemacht: Sie hat sich erstens für die Laufzeitverlängerung eingesetzt, um damit den Anteil des Atomstroms festzuschreiben. Zweitens. Seit 2000 behindert sie jegliche Bemühung, den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Das begann 2000, als sie im Bundesrat und im Bundestag gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - gestimmt hat. Sie haben gezielt gegen den Einstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gestimmt. Dass wir in Bayern einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien haben, ist alleine das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und nicht das Verdienst der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Energiewende beschränkt sich nicht alleine auf das Thema "Atomausstieg", sondern bezieht sich auf drei entscheidende Bereiche: Energiesparen, Energieeffizienz und massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Ganz vorne steht der Ausstieg aus der Kernkraft, weil diese Technik definitiv nicht beherrschbar ist. Ich glaube, das ist in diesem Hause jetzt unumstritten. Entscheidend ist aber auch, dass wir endlich in den Stromnetzen Platz bekommen und die Netze nicht mehr vom Atomstrom verstopft werden, damit der Strom aus erneuerbaren Energien fließen kann. Für die erneuerbaren Energien ist entscheidend, dass die abgeschriebenen Kernkraftwerke nicht mehr gegen neue Energieanlagen konkurrieren. Das sind nicht nur die Anlagen für erneuerbare Energien, sondern auch Gaskraftwerke. Die abgeschriebenen Atomkraftanlagen müssen aus dem Strommix verschwinden. Das wird für mehr Wettbewerb und für mehr Wirtschaftlichkeit der neuen Energieanlagen sorgen.

Die Betriebsgenehmigung für Isar 1 ist umgehend zu entziehen. Diese Forderung richtet sich an Umweltminister Dr. Söder, der gerade nicht im Hause ist. Er muss nicht nach Berlin blicken; denn es ist die Aufgabe des Umweltministers, der die Atomaufsicht unter sich hat. Die Entscheidung liegt in seiner Verantwortung und in seiner Macht, das zu tun. Sie können das sofort tun. Sie brauchen nicht zu warten. Sie könnten jetzt handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entscheidend ist die Effizienz bei fossilen Großkraftwerken. Der größte Teil der fossilen Großkraftwerke hat einen Wirkungsgrad von unter 40 %. Das ist ein Armutszeugnis. Neue Kraftwerke wie moderne Gaskraftwerke haben einen Wirkungsgrad von fast 60 %, mit Kraft-Wärme-Kopplung kommen sie auf einen Wirkungsgrad von 80 %. Dahin muss der Weg gehen. Für Energiesparen und Energieeffizienz muss etwas gemacht werden.

Ich will aufzeigen, welche falschen Wege die Staatsregierung in den letzten Wochen, nicht nur in den letzten Jahren, gewiesen hat. Ein Beispiel sind die Nachtspeicheröfen in Bayern. Seit über einem Jahrzehnt beantragen die GRÜNEN, anlässlich der Beratung des Doppelhaushalts ein Programm aufzulegen, um die Nachtspeicheröfen auszutauschen und sie vom Markt zu bekommen. Die Nachtspeicheröfen sind ca. 5 % des nächtlichen Strombedarfs in diesem Land verantwortlich. Wir könnten die nächtliche Grundlast um 5 % senken, wenn wir auf die Nachtspeicheröfen verzichten. Das könnten wir sofort machen. Im Zuge der Beratung zum Doppelhaushalt haben wir einen Antrag gestellt. Die Koalitionsfraktionen haben ihn abgelehnt.

Wir haben beantragt, ein Förderprogramm für kleine Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen aufzulegen, damit dieser Markt in Bewegung kommt. Auch das wurde von der Koalition abgelehnt. Weitere Anträge betrafen effiziente Programme zum Austausch von Heizpumpen, Haushaltsgeräten, Elektromotoren usw. bis hin zum flächendeckenden Ausbau von Energieagenturen. Jetzt kann gehandelt werden, jetzt muss etwas passieren.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für das Ziel, 100 % erneuerbare Energie zu erreichen, lohnt es sich zu kämpfen. Wir sollten von den Atomgefahren wegkommen, aber wir sollten auch den Klimawandel möglichst glimpflich ausfallen lassen. Dafür ist der Umstieg auf 100 % erneuerbare Energien unabdingbar. Weitere Bereiche kommen hinzu: Ressourcenschutz, Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von internationalen Energiemärkten können wir nur erreichen, wenn wir auf 100 % erneuerbare Energien setzen. Die regionalen Beschäftigungseffekte werden positiv sein. Ich habe schon oft angesprochen, wiederhole es aber gerne, dass Bayern auf dem Stromsektor eine Spitzenposition einnahm. Vor zehn Jahren stand Bayern auf Platz 1. In den letzten zehn Jahren, als das EEG funktioniert hat und andere Länder viel in erneuerbare Energien investiert haben, fiel Bayern auf Platz 7 ab. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden sicherlich wieder ansprechen, dass die GRÜNEN gegen den Ausbau der Windkraft und gegen den Ausbau der Stromnetze seien. Ich habe mir die Arbeit gemacht und nachgesehen, wo in den letzten zwei Monaten Windkraftanlagen abgelehnt wurden. Am 01.02.2011 hat sich der Bürgermeister der GRÜNEN in der Stadt Lauf dafür eingesetzt, dass Windkraftanlagen entstehen. Die Sitzungsvorlage wurde von den Rednern der CSU und der SPD und einem der Freien Wähler gegen die Stimmen der GRÜNEN abgelehnt. Hier waren nicht wir gegen die Windkraftanlagen; wir wollten sie voranbringen. Das wurde abgelehnt.

Eine weitere Sache zieht sich bereits seit Monaten hin. In Weiden in der Oberpfalz hat der SPD-Oberbürgermeister Windkraftanlagen vorgesehen und wollte sie voranbringen. In der Bevölkerung hat sich etwas Widerstand dagegen geregt. Wer waren die Ersten, die auf der Seite der Gegner standen? Die dortige CSU-Fraktion hat sich gegen diese Windkraftanlagen ausgesprochen. Es sind nicht die GRÜNEN. Sie kommen hier nicht heraus: Sie müssen konkrete Beispiele nennen und dürfen nicht pauschal behaupten, dass wir dagegen seien. Sie schieben den Bürgerprotest meistens links zur Seite, wenn es zum Beispiel um die dritte Startbahn oder andere Großprojekte geht. Bei jeder Windkraftanlage sind Sie die Ersten, die auf der Seite derer stehen, die dagegen Bedenken äußern. Das ist sehr schade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hartmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Zeitler zu?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das mache ich gerne am Schluss. Ich habe noch zwei Minuten.

(Peter Winter (CSU): Lass ihn doch zu Wort kommen!)

Gerne, wenn ich mit meiner Rede fertig bin.

Otto Zeitler (CSU): Darf ich wenigstens sagen, dass Ihre Leute gestern im Kreistag zu Schwandorf gegen Windkraftanlagen gestimmt haben?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Zeitler, ich habe Ihnen nicht das Wort erteilt. Jetzt hat Herr Kollege Hartmann das Wort. Er kann ungestört fortfahren.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Darf ich darum bitten, die paar Sekunden zurückzubekommen, in denen die Uhr weitergelaufen ist?

(Tobias Thalhammer (FDP): In der Kürze liegt die Würze! Es zählt nicht die Quantität, sondern die Qualität!)

Zum Schluss möchte ich ganz kurz auf folgende Bereiche eingehen: Klar ist, dass die Energiewende Geld kosten und wahrscheinlich Milliarden verschlingen wird. Sie scheitert nicht am Geld; denn die Investoren stehen bereit. Sie scheitert daran, dass die Politik nicht bereit ist, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Im letzten Jahr wurden weit über 15 Milliarden Euro allein für die erneuerbaren Energien investiert. Dieses Geld stammte nicht von den großen Konzernen, sondern von vielen Stadtwerken und Bürgerbeteiligungen. Das Kapital ist also da. Entscheidend ist jedoch, dass wir Kreativität und Ideen dafür bekommen, wie die Energiewende gestaltet werden kann. Hier fehlt es bei der Staatsregierung, der FDP und der CSU massiv. Vor allem fehlt der Mut, sich mit den großen Energiekonzernen anzulegen, sich endlich einmal mit Eon anzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eon bezieht knapp 45 % seines Stromes aus Atomkraftwerken. Mit diesem Unternehmen müssen Sie sich endlich einmal anlegen und die alten Bänder abschneiden und durchbrechen. Sonst werden wir nie zu einer Energiewende kommen, die den Namen wirklich verdient. Mit Eon wird das nicht funktionieren. Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger und die Stadtwerke mit. Machen Sie mit denen gemeinsam eine Energiewende. Nur so kann es funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur Information für alle Kolleginnen und Kollegen: Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen sind in der aktuellen Stunde nicht statthaft. Jetzt hat Herr Kollege Tobias Reiß das Wort.

(Ludwig Wörner (SPD): Der Energiespezialist!)

Tobias Reiß (CSU): - Es gibt nur einen Energiespezialisten, nämlich den Herrn Wörner.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hartmann, es ist gut und richtig, dass wir heute, auch unter den Eindrücken der Reaktorkatastrophe in Japan, noch einmal in diesem Hause über die Energiepolitik diskutieren. Sie haben diese Aktuelle Stunde richtigerweise mit dem Wort "Energiewende" überschrieben und fordern uns auf, endlich zu handeln. Auch wenn uns die Ereignisse in Japan dazu veranlassen, alles auf den Prüfstand zu stellen, möchte ich schon darauf hinweisen, dass beispielsweise der "SPIEGEL" noch im September letzten Jahres das

Energiekonzept der Bundesregierung kommentiert hat. Dort ist von "grüner Energiewende", von einem "verwegenen Plan" und von "ambitionierten Zielen" die Rede.

Das ist wie gesagt nicht meine Interpretation, sondern die Interpretation des "SPIEGEL" vom September 2010. Sicherlich geht es jetzt darum, diese ambitionierten Ziele erneut zu überarbeiten und den Umbau hin zu mehr erneuerbarer Energie voranzutreiben. Wir haben deshalb in der letzten Woche in unserem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung aufgefordert, bis Mai ein Konzept vorzulegen, wie und in welchem Umfang ein Umstieg in die regenerative Energieerzeugung in den nächsten zehn Jahren möglich ist.

Bei aller Diskussion muss es dabei unser zentrales Anliegen sein, eine zuverlässige, klimagerechte und vor allem auch bezahlbare Energieversorgung hinzubekommen. Wir wollen auf erneuerbare Energien umsteigen, aber dieser Umstieg muss verlässlich und solide organisiert sein. Wenn wir jetzt über eine weitere Beschleunigung des Umbaus reden, gehört es zunächst zu den Tatsachen, dass auch auf der Basis der von Rot-Grün beschlossenen Laufzeiten heute noch kein einziges Kernkraftwerk vom Netz wäre.

(Ludwig Wörner (SPD): Freilich!)

Der von Rot-Grün beschlossene Atomausstieg geht nicht von einer sofortigen Abschaltung aller Atommeiler aus. Auch bei Rot-Grün existiert eine Brücke, die immerhin bis zum Jahr 2022 reicht. Wir werden in Baden-Württemberg sicher beobachten können, ob diejenigen, die gestern noch "Abschalten" skandiert haben, morgen, wenn sie in politischer Verantwortung stehen, tatsächlich abschalten. Klar ist, dass wir mit einem Aktionismus nach dem Motto "Wer schaltet die Kernkraftwerke schneller ab?" nicht weiterkommen, sondern nur mit tragfähigen und plausiblen Konzepten. Allein mit Illusionen und unschlüssigen Konzepten lässt sich noch kein sauberer Strom erzeugen.

Ich bin gespannt, wie die "Dagegen-Partei" die Wende hin zum Dafür-Sein schafft, wenn es beispielsweise darum geht, unpopuläre Maßnahmen vor Ort durchzusetzen, wenn es darum geht, die Landschaft mit Stromtrassen zu zerschneiden, und wenn es darum geht, großflächige Energiespeichieranlagen umzusetzen und die Genehmigungsverfahren dafür zu beschleunigen. Ich bin auch gespannt, wie Sie unseren Menschen erklären, dass unsere Klimaziele nicht zu halten sein werden. Die Erhöhung der öffentlichen Akzeptanz aller Maßnahmen ist unsere gemeinsame Aufgabe. Wir sitzen hier alle in einem Boot. Der Konsens darf nicht der sein, dass die einen ru-

dern und die anderen angeln. Wir brauchen auf allen Seiten mehr Ehrlichkeit.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen vor allem die Interessen der Verbraucher berücksichtigen, die am Schluss alle Maßnahmen mit ihren Steuern und über die Strompreise finanzieren müssen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das müssen sie jetzt auch schon!)

Beispiel Netzausbau: Wenn der Umstieg auf die erneuerbaren Energien gelingen soll, müssen wir in den nächsten Jahren kilometerweise neue Stromleitungen durch Deutschland legen. Die Schätzungen liegen zwischen dreieinhalb- und viereinhalbtausend Kilometer. Dieser Ausbau muss mit Augenmaß erfolgen, weil für viele Regionen und deren Bevölkerung Nachteile entstehen werden. Ich bin aber überzeugt, dass die Fläche vom Netzausbau, von der Einspeisung regenerativer Energien aus Wind, Sonne und Biomasse, profitieren wird, wenn es gelingt, den Belangen des ländlichen Raumes hinreichend Rechnung zu tragen.

Nötig ist der Ausbau der Übertragungsnetze aus dem Norden und Osten zu den Verbrauchszentren im Süden. Wir müssen außerdem für Bayern eine optimale Versorgungsstruktur entwickeln. Zunächst müssen die Fragen geklärt werden: Was ist in Bayern möglich? Was können wir vor Ort machen? Was kann der ländliche Raum beitragen? Jede Kilowattstunde, die vor Ort erzeugt wird, muss nicht über weite Strecken transportiert werden. Jeder von uns spürt den Willen, gerade in den ländlichen Regionen Bayerns, noch mehr zum Ausbau der regenerativen Energieerzeugung beizutragen. Bei aller Beschleunigung ist es deshalb auch unsere Aufgabe, die örtlichen Initiativen mitkommen zu lassen und damit die Akzeptanz vor Ort sicherzustellen.

(Ludwig Wörner (SPD): Da sind wir weiter als ihr!)

Ohne Netzausbau und ohne einen effizienten Netzbetrieb ist das Ziel einer dezentralen und von vielen Anlagenbetreibern getragenen Energieversorgung nicht zu erreichen. Dabei muss es uns gelingen, die Netze zunehmend intelligenter zu machen. Wir müssen Stromerzeugung, -speicherung und -verbrauch durch die Verbindung von Stromübertragungs- und Informationstechnologie stärker vernetzen. Davon wird nicht zuletzt der nötige Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum profitieren. Wir können hier eine sinnvolle Verknüpfung von Zukunftstechnologien schaffen.

Fest steht: Nur mit stark ausgebauten Netzen werden wir die Energiewende hin zu mehr erneuerbarer Energie bewältigen können. Die größte Baustelle, die wir haben, ist noch nicht einmal ein intelligentes Netz. Unser engstes Nadelöhr auf dem Weg zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist die Speicherung. Nicht nur die Deutsche Umwelthilfe stellt klar, dass auf dem Weg zu einer Vollversorgung mit erneuerbarer Energie dem Aufbau von Speicherkapazität die zentrale Bedeutung zukommt, sondern auch Ihr grüner Kollege, Herr Hartmann. Der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Rainer Baake, stellt gleichzeitig fest, dass bis 2020 Stromspeicher nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen werden. Wenn sich die Windstromerzeugung an einem Schwachwindtag der Nulllinie entlang schlängelt - das dürfte an hundert Tagen im Jahr der Fall sein - und wenn die Sonne untergegangen ist - das dürfte an ca. 365 Tagen im Jahr vorkommen - ,

(Ludwig Wörner (SPD): Dann geht das Licht aus!)

dann brauchen Sie den Strom zu 100 % aus anderen Quellen oder aus einem gefüllten Speicher.

Herr Kollege Hartmann, Sie sagen, es lohne sich, für 100 % erneuerbare Energie zu kämpfen. Dann frage ich mich aber, warum Rot-Grün die Speicherfrage jahrelang sträflich vernachlässigt hat. Ich will es nicht übertreiben, aber Wind- und Sonnenenergie massiv auszubauen und dabei die Speicherfrage zu vernachlässigen ist nicht viel besser, als auf Kernenergie zu setzen und dabei die Endlagerfrage außer Acht zu lassen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihr habt beides gemacht!)

Unser Problem wird in Zukunft nicht sein, dass zu wenig regenerative Energie installiert ist, sondern unser Problem wird sein, dass Photovoltaik und Wind zu wenig und zu unbeständig Strom liefern.

(Ludwig Wörner (SPD): Falsch! Die Kernkraftwerke verstopfen die Leitungen!)

Am Ende wird nicht danach gefragt werden, ob wir die Leistung aus Sonne und Wind in den nächsten zehn Jahren verdoppeln oder verdreifachen können. Die alles entscheidende Frage wird sein, welchen Teil diese Leistung zur Deckung des Stromverbrauchs tatsächlich und gesichert beitragen kann. Wir werden bei der Speichertechnologie alle Möglichkeiten, die funktionieren, anwenden müssen. Wir wissen aber auch, dass vieles, wie zum Beispiel die Umwandlung von Windstrom in Wasserstoff oder Methan, heute erst im Labormaßstab funktioniert.

Auch bei der Förderkulisse nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - werden wir uns überlegen müssen, wie wir eine Energieversorgungsstruktur aufbauen, die konventionelle Kraftwerke tatsächlich ersetzen kann und welchen Einfluss diese Struktur auf die Verdienstmöglichkeiten der Investoren hat. Im Moment bestimmt die eingespeiste Kilowattstunde den Preis, egal ob die Energie gebraucht wird oder nicht. Wir brauchen Anreize für den Betrieb von Biogasanlagen im Umkehrprofil zu Wind und Sonne. Wir haben die Chance, Weltmarktführer in Sachen saubere Energie zu werden. Dafür ist aber die Effizienz entscheidend, und das nicht nur bei der Energieversorgung, sondern auch bei unserem Handeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Das Wort hat der Kollege Ludwig Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reiß, wenn Sie diese Rede vor vier Wochen gehalten hätten, hätte ich Sie Ihnen abgenommen. Vor vier Wochen war aber alles noch ganz anders, wenn ich Sie daran erinnern darf. Ich gestehe Ihnen Lernfähigkeit zu. Diese Lernfähigkeit mit Schuldzuweisungen zu verbinden, ist aber aus einer ganzen Reihe von Gründen falsch. Diese Gründe will ich Ihnen gerne deutlich machen. Zuerst aber will ich Ihnen sagen, wie verräterisch Ihre Sprache ist. Sie haben gesagt: "Wenn es darum geht, die Landschaft mit Stromtrassen zu zerschneiden ..." Das ist genau die Diktion, mit der Sie Panik schüren.

(Beifall bei der SPD)

Genau die können wir nicht mehr brauchen. Diese Diktion verwenden Sie immer noch, und darum glaube ich Ihnen das, was Sie gerade erzählt haben, nicht. Ich könnte es Ihnen auch noch an einer Reihe anderer Worte nachweisen. Wie gesagt, Sie haben einen Zug abfahren lassen, auf den Sie jetzt wieder mühsam aufspringen müssen. Wir sind gerne bereit, Ihnen zu helfen und auf diesem Zug mitzufahren. Sie sollten aber darüber nachdenken, wie viele unserer Anträge zum Thema regenerative Energie Sie wieder ablehnen werden oder wo wir gemeinsam etwas tun können, um die Entwicklung rasch voranzubringen.

Meine Damen und Herren, die Erfolgsstory von Rot-Grün war unter anderem der Atomausstieg. Sie haben gar nicht geglaubt, dass wir ihn auf den Weg bringen. Für Sie war das unmöglich. Wir haben es geschafft. Im Übrigen stimmt es nicht, dass kein Atomkraftwerk vom Netz gegangen ist. Ich darf Sie nur daran erinnern: Mülheim-Kärlich, Stade und Obrigheim sind vom Netz; Isar, Biblis und Neckarwestheim wären jetzt

dran gewesen. So wäre es nach der rot-grünen Gesetzgebung der Fall.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wer hier sagt, wir hätten nicht genug getan, hat entweder etwas übersehen, oder er blendet es bewusst aus.

Das Zweite: Wir haben nicht nur einen Plan zum Ausstieg vorgelegt, sondern wir haben mit dem EEG sehr wohl einen Plan dafür gehabt, wie wir möglichst schnell auf regenerative Energien umsteigen und wie wir diese rasant ausbauen können. Sie haben das EEG abgelehnt. Das EEG hat uns selbst mit seinem Erfolg überrollt. Sie haben gesagt, ein Anteil von 12,7 % an regenerativen Energien sei nie erreichbar. Heute sind wir immerhin bei 17 %. Was beweist denn das? Das EEG, das von Ihnen bis aufs Messer bekämpft wurde, war genau der richtige Weg. Sie haben alles versucht, um dieses Gesetz zu verhindern. Das Gesetz war keine Fantasterei, sondern es ist Realität geworden. Manchmal kann man auch Fantasien entwickeln, ohne gleich ein Fantast zu sein. Mit der Fantasie kann man die Menschen auf den Weg in die Zukunft regenerativer Energien mitnehmen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es geht.

Sie haben es immer noch nicht verinnerlicht. Nicht das schlimme Ereignis in Japan war der Auslöser für Sie, sondern der Machtverlust. Das ist aber noch zu wenig, um es glaubhaft rüberzubringen. Sie müssen noch daran arbeiten. Die Wählerinnen und Wähler haben Ihnen gezeigt, dass die Brücke, die Sie einmal gezeichnet haben, zu lang ist. Sie haben Ihnen diese Brücke erheblich verkürzt. Wir helfen gerne mit, dass Sie nicht wieder an die Macht kommen, sondern dass wir endlich atomfrei werden, um sicherzustellen, dass das, was in Japan passiert ist, bei uns überhaupt nicht vorkommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Es ist geboten und höchste Zeit, auf regenerative Energien umzusteigen. Wir müssen uns in dieser Frage von niemandem belehren lassen. Sie waren die Neinsager, nicht wir. Sie haben zehn Jahre lang unsere Anträge, regenerative Energien vorzusehen, abgelehnt. Sie haben alles blockiert und dafür Sorge getragen, dass so manches schiefgeht.

Gerade ist Lauf angesprochen worden. Ich war selber einmal dort. So, wie die Stimmung dort durch allerlei Parteigeplänkel aufgeheizt war, kann man es nicht machen. Dass am Ende sogar der Bürgermeister und Leute, die für die Windkraft waren, eingeknickt sind, muss man verstehen, wenn man die Situation dort er-

lebt hat. Auch der grüne Bürgermeister hätte es natürlich etwas geschickter einfädeln können, aber darüber müssen wir insgesamt reden. Wenn wir wollen, dass die Menschen regenerative Energien akzeptieren, müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen und dürfen nicht beim ersten kleinen Windhauch umfallen. Das ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren, dass der Umstieg möglich und notwendig ist, erkennt man an dem, was der Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen zu Ihrem sogenannten Energiekonzept unter anderem gesagt hat. Der Sachverständigenrat - das ist Ihr Regierungsapparat und nicht meiner - sagt nämlich, die Laufzeitverlängerungen waren nicht notwendig, sie sind nicht notwendig und sie gefährden den Ausbau regenerativer Energien.

Genau bei diesem Punkt sind wir jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was haben Sie mit dem Durchsetzen der Laufzeitverlängerung entgegen allen parlamentarischen Spielregeln durchgesetzt? Der Atomstrom verstopft die Leitungen für regenerative Energien.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU):
Das ist doch Schnee von gestern! Das ist doch uralt!)

- Es mag schon sein, dass es für Sie Schnee von gestern ist. Für Sie ist aber auch das Lernergebnis von heute wichtig. Hören Sie gut zu, dann brauchen Sie nicht zu sagen, das sei Schnee von gestern. Hätten Sie früher zugehört, bräuchten wir heute nicht über Schnee von gestern zu reden, Herr Kollege.

Sie verstopfen mit Atomstrom die Leitungen. An einem Beispiel kann man das deutlich machen: Wenn nachts Wind weht, wir aber genügend Strom aus Atomkraftanlagen haben, gilt die Vorrangregelung für die regenerativen Energien plötzlich nicht mehr. Dann werden die Windräder ausgeschaltet, und das Kernkraftwerk läuft weiter. Der Windradbetreiber bekommt dafür 25 % der entgangenen Leistung ersetzt. Das nennen Sie eine Vorrangspeisung. Das ist es nicht. Daran müssen wir etwas ändern. Wenn wir wollen, dass die regenerativen Energien wirklich Vorrang haben, müssen wir für diesen Vorrang auch sorgen.

Das Öko-Institut kommt zum selben Ergebnis. Wir haben mehr als ausreichend Strom. Wir haben Überkapazitäten in Höhe von 8.700 MW. Diese Überkapazitäten liegen weit über dem, was wir in Spitzenzeiten brauchen. Das beweist, dass Ihre Mär, in Deutschland gingen die Lichter aus, gelogen war. Das war nicht die Wahrheit, sondern Panikmache. Gerade haben wir acht Atomkraftwerke vom Netz genommen. Was ist passiert? - Nichts ist passiert. Meine Damen und Her-

ren, lassen Sie sich nicht immer von den Energieerzeugern erzählen, was los ist. Denken Sie selber nach, und überprüfen Sie die Zahlen. Vielleicht kommen Sie dann zu den Ergebnissen, zu denen wir schon lange gekommen sind. Wir brauchen eigene Förderprogramme. Herr Söder schreit jetzt schon wieder nach Berlin: Berlin muss zahlen. Lieber Herr Staatsminister, zunächst sollten wir einmal unsere Hausaufgaben machen. Stellen Sie im Haushalt mehr Geld als bisher zur Verfügung. Streichen Sie nicht die Programme zusammen, wie Sie es getan haben. Dann wären wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Stärken wir Forschung und Entwicklung. Das sind Arbeitsplätze. Das ist Zukunft. Wir haben ein Gutachten von Roland Berger. Herr Ministerpräsident, Roland Berger steht Ihnen näher als uns. Roland Berger sagt, dass 580 Milliarden Euro über regenerative Energien generiert werden könnten. Warum nutzen wir das nicht? Warum nutzen wir nicht die dabei entstehenden Arbeitskräfte und die Marktführerschaft für viele Produkte, die auf dem Weltmarkt vermarktet werden könnten?

Wir brauchen Fördergelder für Geothermie-Projekte. Derartige Maßnahmen - das tun Sie nicht so gerne - sollten wir in das Landesentwicklungsprogramm schreiben. Wo bauen wir Pumpspeicherkraftwerke? Neulich haben Sie unseren Antrag, einen Plan dafür aufzustellen, abgelehnt. Ich halte es für die Aufgabe des Staates, festzulegen, wo wir etwas tun und zulassen, damit die Betreiber dies umsetzen und organisieren können.

Außerdem müssen wir die gesetzlichen Hürden für die erneuerbaren Energien abbauen, die Sie häufig über Anordnungen für die einzelnen Bezirksregierungen aufgestellt haben. Diese müssen herausgenommen werden. Wir dürfen nicht pauschal sagen: Wir erklären uns für energieautark. Das ist landauf, landab bereits Mode geworden. Wenn Gemeinden und Kommunen energieautark werden wollen, müssen wir sie bei dieser Aufgabe finanziell stärken. Wir müssen ihnen einen Berater an die Hand geben. Die Beratungsleistung muss zum Teil von uns bezahlt werden, um sicherzustellen, dass dies nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch rasch umgesetzt wird.

Wir müssen diese geschmäckerliche Debatte über die Windkraft beenden. Wir sollten nicht darüber diskutieren, ob die Windkraftanlagen schön oder nicht schön sind. Das Ereignis in Japan ist noch viel hässlicher als ein Windrad.

(Beifall bei der SPD)

Windenergie stellt einen erheblichen Anteil an erneuerbaren Energien dar, den wir in Bayern ausbauen können und müssen. In Bezug auf den Zubau an Windkraft sind wir von 2005 bis 2009 an die letzte Stelle gerückt. Wasserkraft kann noch effektiver gespeichert werden. Wir brauchen den Speicher-Kataster für Pumpspeicherkraftwerke. Zudem ist Lastmanagement eine entscheidende Frage der Zukunft. Im Rahmen des Lastmanagements können die Stromspitzen abgefangen werden. Wenn wir das alles realisieren - dabei helfen wir Ihnen gerne -, befinden wir uns auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Thorsten Glauber von den Freien Wählern das Wort.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bürger in Deutschland lassen sich nicht täuschen. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Wirtschaftsminister Brüderle, BDI-Geschäftsführer a. D. Schnappauf, Umweltminister Söder, Ministerpräsident Seehofer und auch Sie, Herr Wirtschaftsminister Zeil, standen für die Atomlobby in Deutschland. Ohne Not haben Sie über eine zehnjährige Laufzeitverlängerung in diesem Land entschieden. Jetzt erzählen Sie uns, dass Sie plötzlich auf der anderen Seite stünden. Die Entscheidung, jetzt ein Moratorium anzuordnen, nimmt Ihnen niemand ab. Am letzten Wochenende hat Ihnen dies die Bevölkerung ganz klar gezeigt. 75 % unserer Bevölkerung sind gegen die Atomkraft. Sie wollten es jedoch nicht glauben. Sie haben uns in diesem Hause immer wieder von einer Lücke erzählt. Derzeit sind acht Atomkraftwerke nicht am Netz. Eine Lücke ist nicht entstanden. In Deutschland werden 660 Terawattstunden Strom produziert. Wir brauchen jedoch lediglich 580 Terawattstunden Strom und wir exportieren 12 %. Der Anteil der Atomenergie liegt dabei bei 20 %. Wo ist diese Lücke? Wir brauchen den Strom aus den Atomkraftwerken nicht. Sie haben die Laufzeit jedoch ohne Not verlängert.

Herr Wörner hat die Zahlen von Roland Berger angeführt. Ich möchte Sie über die Arbeitsplätze informieren. Die Schaffung von 370.000 Arbeitsplätzen wäre möglich gewesen. Das ist Wirtschaftspolitik. Liebe Kollegen von der FDP, das ist wesentlich mehr als die 30.000 Arbeitsplätze in der Atomindustrie. Das war der völlig falsche Ansatz. Da Sie sich als eine Wirtschaftspartei definieren, hätten Sie diese Zahlen berücksichtigen müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Von Herrn Hartmann haben wir gehört, dass das Energiesparen entscheidend für unser Land sei. Die Energieeffizienz ist ebenfalls entscheidend. Wir Freien Wähler setzen darüber hinaus auf 100 % erneuerbare Energien. Morgen werden wir eine Energiestudie vorstellen, die prognostiziert, dass Bayern bis zum Jahr 2027 zu 100 % mit regenerativer Energie versorgt werden wird. In Deutschland wären wir bis zum Jahr 2017 von der Atomkraft weggekommen. Vorhin haben wir die Zahl schon gehört. Der Anteil der erneuerbaren Energien beträgt 17 %. Im Jahre 2000, bei der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, waren wir bei einem Anteil von 6,6 %. Jetzt beträgt der Anteil 17 %. Der Anteil wurde damals auf 12 % geschätzt. Hätten wir diesen Weg weiter beschritten, hätten wir im Jahr 2017 oder 2018 aus der Atomenergie aussteigen können. Sie haben jedoch die Laufzeit verlängert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Uns von den Freien Wählern und den Fraktionen auf der linken Seite ist klar, dass die erneuerbaren Energien selbstverständlich einer Volatilität unterliegen. Das ist klar. Zwar verfügen wir über den Strom aus Sonne und Wind, jedoch haben wir auch Grundlasten. Diese Grundlasten werden in Bayern besonders durch die Geothermie deutlich. Das habe ich schon öfter in diesem Haus gesagt. Das Molassebecken ist der größte Schatz in ganz Deutschland. Wir nutzen ihn jedoch nicht. Diese Energie müssen wir zwar erforschen und entwickeln, danach steht sie uns jedoch umsonst zur Verfügung. Darüber hinaus müssen wir sie nicht endlagern. Das ist Zukunftspolitik.

Wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke. Was ist aus unserem Antrag, der den Pumpspeicherkataster zum Inhalt hatte, geworden? Er wurde abgelehnt. Wir brauchen intelligente Netze, Smart Grids. Wir brauchen Druckluft- und Wasserstoffspeicher. Die Freien Wähler setzen auf eine regionale Energieoffensive. Wir haben in 40 Landkreisen dafür geworben, sich in Zukunft aus 100 % alternativer Energien zu versorgen. 17 Landkreise in Bayern haben sich dem schon angeschlossen und werden bis 2030 das Ziel erreichen, ihre Energieversorgung auf 100 % erneuerbare Energien umzustellen.

Die Freien Wähler stehen für dezentrale Strukturen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewinne von unseren Bürgern, Gemeinden und Kommunen erzielt werden und nicht, wie bei Ihnen auf der rechten Seite, von den Atomkonzernen. Seit zwei Jahren stehen in diesem Haus Innovation gegen altes Denken, Fortschritt gegen Gestriges.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Nicht übertreiben!)

- Das ist leider so. Den Kollegen von der FDP sage ich: Mit unserem Antrag haben wir gefordert, analog zur Windkraft und der Photovoltaik eine 70-30-Regelung einzuführen, um die Gewinne in der Gemeinde zu belassen. Im Ausschuss haben Sie uns erklärt, dass dies bürokratisch und schwierig sei. Sie haben keine Ahnung. Sie schaffen es nicht, unsere Kommunen zu stärken. Für Innovationen und erneuerbare Energien haben Sie nichts getan.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist viel zu ernst, als dass ich auf den Beitrag des Kollegen Glauber eingehe. Sie haben richtig darauf hingewiesen, dass es auf der rechten und linken Seite des Saales Meinungen gibt. Genau dort, wo in diesem Haus keine Meinung oder nur ein entschiedenes Sowohl-als-auch vorherrscht, sind Freie Wähler.

(Beifall bei der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Da täuschst du dich!)

- Herr Aiwanger, ich erinnere Sie daran, dass ich für die FDP bereits im September letzten Jahres gefordert habe, Isar 1 abzuschalten. Wir wollen in das Zeitalter der erneuerbaren Energien eintreten.

(Hubert Aiwanger (FW): Wann?)

Bei allem Blick zur Sonne müssen wir aber besonnen handeln. Der oberste Maßstab ist dabei die Sicherheit. Die Sicherheit hat zwei Dimensionen, nämlich zum einen die Unfallsicherheit und zum anderen die Versorgungssicherheit. In Bezug auf die Unfallsicherheit müssen wir deutlich schärfer als in der Vergangenheit vorgehen. Wir müssen aus den Erfahrungen von Japan lernen und auch das, was bisher undenkbar war, in das Mögliche miteinbeziehen. Dabei spreche ich von Flugzeugabstürzen und neueren Gefahren, wie beispielsweise aus dem Cyberspace.

Die Versorgungssicherheit ist ein wesentliches Thema für unser Land. Wir haben im Moment einen Anteil an der Energieerzeugung durch Kernenergie von 57 %. Das ist deutlich zu viel, und zwar nicht nur im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt; es ist generell zu viel. Auch wenn wir Isar 1 dauerhaft vom Netz lassen, haben wir in Bayern immer noch einen

Anteil von circa 50 % an Energieerzeugung durch Kernkraft. Es ist eine große Herausforderung, möglichst zeitnah den Weg weg von der Kernenergie zu beschreiten.

Wie wollen wir das schaffen? Ich glaube, dass der Wasserkraft wieder ein deutlich größerer Stellenwert zukommen sollte, als das im Moment der Fall ist. Die Wasserkraft als grundlastfähiger erneuerbarer Energieträger war seit jeher fester Bestandteil der Energieerzeugung in Bayern. Es gab in der Vergangenheit Zeiten, in denen 10.000 Wasserkraftanlagen betrieben worden sind. Darunter waren auch sehr viele kleine Anlagen. Derzeit sind es leider nur noch 5.000. Wir müssen alte Anlagen - natürlich ökologisch vertretbar - wieder reaktivieren. Wir müssen ein Repowering durchführen, um weitere Potenziale der Wasserkraft heben zu können.

(Beifall bei der FDP)

Die Wasserkraft allein wird nicht ausreichen. Wir müssen uns auch über Gas unterhalten, denn auch Gas ist grundlastfähig. Natürlich wünsche auch ich mir möglichst viel Biogas, aber das allein wird nicht reichen. Wenn wir von der Kernenergie weg wollen - wir wollen davon weg -, dann sind Wasserkraft und Gas zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit ein wichtiger Baustein. Erst dann kommen all die anderen vielfältigen Formen der erneuerbaren Energien hinzu, die wir alle haben wollen.

Herr Glauber, ich bin ein großer Fan der Geothermie. Ich wohne neben Unterhaching und kenne den Kalina-Prozess zur Stromgewinnung. Ich weiß aber auch, dass wir auf diesem Feld noch zu forschen haben. Wenn wir uns angesehen haben, wie wir unsere Energieversorgung in der Zukunft aufstellen wollen, nämlich mit dem Dreiklang aus Wasserkraft, Gas und erneuerbaren Energien, dann müssen wir uns auch prinzipiell die Frage stellen: Wo will unser Land hin? Unser einziger Rohstoff ist das Wissen. Wir müssen unser Wissen in Bezug auf die erneuerbaren Energien weiter ausbauen. Wir haben so viele fleißige kleine Unternehmer und Mittelständler, die tüfteln und unglaublich tolle Lösungen in Bezug auf die erneuerbaren Energien gefunden haben. Wir sind in Teilbereichen mit unserem Know-how Weltmarktführer bei den erneuerbaren Energien. Wir müssen deswegen auch die erneuerbaren Energien bei uns anwenden, um diesen einen Rückhalt zu geben und sie zu unterstützen.

Wir müssen aber auch dahin, dass Bayern auch bei den erneuerbaren Energien führendes Innovationsland wird. Es gibt immer noch Länder, die der Kernenergie vertrauen und Kernkraftwerke bauen wollen.

Wir müssen auf Innovation und neue Technologien setzen, wir müssen auf unseren Geist und unsere Wissenschaft setzen und dieses Know-how können wir dann weltweit exportieren, so, wie wir es in Bayern schon auf vielen Innovationsfeldern geschafft haben. Wir werden das auch bei den erneuerbaren Energien schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich die Debatte verfolge, dann bin ich entsetzt, weil ich feststelle, dass sich in der Qualität der Argumente in den letzten zwei Wochen nicht viel verändert hat.

(Hubert Aiwanger (FW): Ihr benutzt jetzt unsere Argumente!)

Auf der anderen Seite möchte ich Sie schon bitten zu sehen, dass jeder dazulernen kann. An dieser Stelle ist mir wichtig zu sagen: Wir haben es erlebt - Herr Minister Söder hat es gesagt -, dass sich die Welt nach Japan verändert hat. Wenn wir zu einer Neubewertung kommen, weil wir sehen, dass Ereignisse eintreten können, die zuvor keiner auf dem Schirm hatte, und zu der Erkenntnis kommen, dass alles, was eine potenzielle Nichtbeherrschbarkeit zur Folge hat, für uns nicht verantwortlich ist, dann würde ich Sie bitten, dass Sie uns die Möglichkeit geben, die Dinge erneut zu prüfen.

Ein Zweites: Ich will nicht verhehlen, dass ich überrascht bin: Wir haben gelernt, dass die Kernenergie möglicherweise gar nicht so unverzichtbar ist, wie man bisher immer den Eindruck hatte. Ich kann an dieser Stelle für mich persönlich sprechen: Ich bin überrascht zu sehen, dass wir sieben Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz nehmen können, ohne dass viel passiert.

Aber eines ist grundfalsch, sich nämlich immer nur hinzustellen und Forderungen zu erheben. Herr Glauber, auch Sie haben es eben getan; übrigens hat "Glauber" nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun, auch das ist heute wieder klar geworden. Wir wollen die Energiewende, und zwar nicht erst seit zwei Wochen. Die CSU war in der Tat in der Frage der Kernenergie nie ideologisch oder fanatisch. Die Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie in Bayern war historisch richtig, denn nur dadurch war es möglich, dass Bayern den Weg des wirtschaftlichen Erfolgs und der Industrialisierung überhaupt gehen konnte. Wir haben in den letzten Jahren - das ist erkennbar im Energiekonzept und anderem dokumentiert - für uns die Energie-

wende vollzogen, weil wir auf den energiepolitischen Dreiklang setzen, der darin besteht, Energie zu sparen, Energie aus erneuerbaren Energieformen zu erzeugen und aus der Möglichkeit, Energie intelligent in das Netz zu bringen und zu speichern. Ich bitte Sie, das zu sehen und nicht fortgesetzt herumzukrakeelen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen auch eine vernünftige Strategie für die beschleunigte Energiewende. Ich kann nur davor warnen, dass wir uns auf ein einziges Ziel verlegen, nämlich so schnell wie möglich aus der Kernenergie auszusteigen. Wir sind uns einig, dass wir raus möchten. Allerdings haben wir vor einem Jahr hier noch groß diskutiert, dass wir in Bayern einen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen. Es soll eine CO₂-Reduzierung in größtmöglichem Umfang erfolgen. Wir haben diskutiert, dass wir Aspekte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Gleichklangs berücksichtigen müssen. Wir wollen Bayern energieautark halten und wir wollen uns nicht wieder in neue Abhängigkeiten von neuen Energieträgern, die wir von außerhalb importieren müssen, begeben. Deswegen brauchen wir ein Gesamtkonzept, das in sich konsistent ist und einen vernünftigen, bezahlbaren und verantwortbaren Weg in das postfossile und postnukleare Zeitalter weist.

Ich komme zum Schluss. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. In diesem Zusammenhang ist das, was Sie, Herr Wörner und Herr Hartmann in einem verbalen GAU, einem größten anzunehmenden Unsinn, verbreiten, nicht hilfreich, diesen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu erreichen. Wir müssen den Menschen sagen, was die Energiewende bedeutet. Sie bedeutet, dass Bayern sein Gesicht verändert. Sie bedeutet auch, dass sich für jeden Einzelnen die Lebensverhältnisse verändern. Es wird sich dabei ändern, was wir an Komfortansprüchen haben, weil jeder Einzelne seinen Beitrag leisten muss. Das setzt voraus, dass wir die Menschen mitnehmen und gemeinsam etwas formulieren, hinter das sich alle gemeinsam stellen können und wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen können.

Es geht nicht um Stimmungen, sondern um eine vernünftige Strategie. Wir sollten uns die Zeit nehmen, vernünftig über die Aspekte zu diskutieren, ein Energiekonzept auszuarbeiten und dann gemeinsam auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Otmar Bernhard das Wort.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema heute lautet "Energiewende jetzt!". Sie tun damit so, als wäre in den letzten zehn Jahren nichts passiert. Damit stellen Sie Ihre eigene Politik unter den Scheffel.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Das tun Sie! Sie tun so, als wäre in zehn Jahren nichts geschehen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) - Hubert Aiwanger (FW): Die Laufzeitverlängerung ist verkündet worden!)

Herr Kollege Hartmann, Sie haben Bayern angesprochen. Sie waren damals noch nicht im Landtag, und vielleicht ist Ihnen das deshalb entgangen: Wir haben in Bayern ein Klimaprogramm geschaffen, wie es kein anderes Bundesland hat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Dafür wird im Übrigen auch eine Menge Geld bereitgestellt.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Das Klimaprogramm enthält Elemente der Klimaforschung und hat als Schwerpunkt die energetische Sanierung. Tun Sie doch nicht so, als wäre in Bayern nichts passiert. Die Staatsregierung hat angekündigt, jetzt ein überarbeitetes Energiekonzept vorzulegen, das all die Elemente enthält, über die wir diskutieren.

(Hubert Aiwanger (FW): Es wäre doch mehr gegangen, wenn man gewollt hätte! - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Wir sollten keine so geifernde Diskussion führen,

(Beifall bei der CSU)

sondern uns gemeinsam überlegen, welche weiteren Strategien wir entwickeln und fahren wollen.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

- Hören Sie doch einmal zu. Das ist doch unerträglich, wirklich unerträglich!

(Beifall bei der CSU)

Meiner Meinung nach ist es notwendig, Herr Kollege Wörner - schade, dass ich nur fünf Minuten Redezeit habe - ,

(Ludwig Wörner (SPD): Gott sei Dank! - Hubert Aiwanger (FW): Das reicht lang!)

das Potenzial der erneuerbaren Energien neu abzuschätzen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das fordern wir seit zehn Jahren von Ihnen!)

Das haben Sie in Ihrer Novelle zum Atomgesetz vorgesehen, und das ist auch völlig richtig. Wir sind also schneller vorangekommen, als Sie geglaubt haben. Jetzt muss ausgelotet werden, was technologisch und was finanziell zusätzlich möglich ist. Da muss man Ross und Reiter nennen und klar sagen, welche Beiträge woher kommen sollen. Ich denke dabei an die energetische Sanierung, die das größte Potenzial birgt, aber eben sehr teuer ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist alles zusammengestrichen worden!)

Wir müssen bei der Auslotung in Betracht ziehen, dass wir auf dem Weg der erneuerbaren Energien auch erhebliche Rückschläge erlitten haben. Denken Sie an E 10 und an die Strategie so mancher Investoren bei den Windrädern, die inzwischen nicht mehr offshore investieren, sondern das Repowering onshore betreiben wollen, weil sich der bisherige Weg als nicht gangbar und finanziell nicht vernünftig erwiesen hat.

(Ludwig Wörner (SPD): Die Laufzeitverlängerung war es!)

Meine lieben Freunde, ganz grundsätzlich wird es darum gehen, die Rahmenbedingungen neu zu definieren; ich nenne die Stichworte Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Stromleitungen, Pumpspeicherkraftwerke, Kosten der Energie und Importstrom. All diese Dinge müssen wir neu bewerten. Wir müssen auch die Rechtssituation ins Auge fassen, liebe Freunde. Wir haben bisher noch wenig darüber diskutiert, was diese Laufzeitgeschichten im Atomgesetz rechtlich bedeuten werden.

(Ludwig Wörner (SPD): Das war eure Laufzeitverlängerung! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ich bin nicht dagegen. Wir haben die Laufzeit verlängert.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber ohne Rechtsgrundlage!)

Wir können die Laufzeiten verkürzen, und wir können Atomkraftwerke vom Netz nehmen, wenn wir das aus

Sicherheitsgründen und anderen Gründen für erforderlich halten. Dann müssen wir der Bevölkerung aber auch sagen, was das kostet.

Meine Damen und Herren, es wird immer gesagt, wir wollen aus Japan lernen. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass wir von Tepco sehr wenig lernen können.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Die sind unter unserem Niveau. Wir sind viel besser!)

Das wird der Kern der Diskussion sein: die neue Bewertung der Restrisiken.

(Hubert Aiwanger (FW): Das kann bei uns alles nicht passieren!)

Dann stellt sich das Thema der sogenannten Stromlücke. Wie groß ist die Stromlücke wirklich?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sehe die Notwendigkeit, diese Frage neu zu bewerten.

Da ich am Anfang Ihre Art der Diskussion kritisiert habe, möchte ich zum Schluss sagen: Gehen Sie auf das Angebot der Bundeskanzlerin ein und versuchen Sie, gemeinsam mit uns eine Strategie zu entwickeln. Wir sind nämlich alle gefordert. Wir sind gefordert, weil wir die eine oder andere Position korrigieren müssen. Sie sind gefordert, weil Sie ebenfalls die eine oder andere Position korrigieren müssen. Wir stehen vor einer nationalen und vielleicht noch mehr vor einer internationalen Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen sollten, weil wir nur so am Ende zu einer sinnvollen Energiestrategie und zu einem Konsens in der Gesellschaft kommen werden, wie wir mit diesem schwierigen Thema umgehen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Nicht einmal den Bundesrat haben Sie gefragt, und jetzt ist von Konsens die Rede!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den schrecklichen Nachrichten über die dramatischen Zustände in dem Kernkraftwerk in Japan ist allen klar: Wir müssen und werden aus den Fällen Konsequenzen ziehen, werden die Energiepolitik weiterentwickeln und in mancher Hinsicht neu denken.

Die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke wird jetzt im Lichte der Ereignisse in Japan grundlegend geprüft und neu bewertet. Die Abschaltung der älteren deutschen Kernkraftwerke ist in diesem Zusammenhang absolut richtig, auch wenn wir damit in Europa und weltweit allein dastehen. Wenn es nach der Staatsregierung geht, werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Isar 1 nach Ablauf des Moratoriums abgeschaltet bleibt.

Meine Damen und Herren, es ist zu begrüßen, dass die EU-Länder eine Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke durchführen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

In meinen Augen ist zwingend, dass sich die EU-Länder auf eine einheitliche Sicherheitsüberprüfung aller Meiler nach den hohen deutschen Standards einigen.

Meine Damen und Herren, ich bin den Rednern der Koalitionsfraktionen sehr dankbar dafür, dass sie sehr nachdenklich und umfassend an das Thema herangegangen sind. Wir müssen Entscheidungen zu den Eckpunkten Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz treffen. Für den neuen Energiekonsens brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte, in der diese Aspekte gegeneinander abgewogen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

In Bayern werden 57 % der Stromversorgung über Kernkraft abgedeckt, in Deutschland insgesamt 23 %. Herr Kollege Wörner, Sie fordern ein Abschalten. Ich weise darauf hin - das gehört auch zur Wahrheit -, dass nach dem von Ihnen seinerzeit verfolgten Atomkompromiss die vier bayerischen Kernkraftwerke weitergelaufen wären, nämlich Grafenrheinfeld bis 2014, Gundremmingen B bis 2015, Gundremmingen C bis 2016 und Isar 2 bis 2020. Es gehört auch zur Wahrheit, sodass Sie sich jetzt nicht als Moralapostel hinstellen und sagen können, Sie hätten sofort alle abgeschaltet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen ist die rot-grüne Bundesregierung seinerzeit offensichtlich davon ausgegangen, dass eine sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke - auch ich unterstreiche das - nicht möglich ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Das sagt auch keiner! - Margarete Bause (GRÜNE): Das hat doch keiner gefordert!)

Wir brauchen die Kernkraft noch kurz- und mittelfristig als Übergangstechnologie auf dem Weg zu einer weitgehend auf erneuerbare Energien gestützten Stromversorgung. Nur so können wir übrigens auch die von uns gemeinsam getragenen Klimaschutzziele erreichen. Deswegen geht es jetzt in der Debatte darum, dass wir beim Umstieg auf eine Energieversorgung ohne Kernkraft ehrgeiziger werden.

Herr Kollege Glauber, Sie haben von den Arbeitsplätzen gesprochen. Dazu will ich darauf hinweisen, dass unser Wohlstand und unsere Arbeitsplätze in hohem Maße auf unseren leistungsfähigen Industrieunternehmen beruhen. Bayern liegt beim Aufschwung in Europa deshalb vorn, weil unser verarbeitendes Gewerbe und die industrienahen Dienstleistungen so leistungsstark sind. Wir liegen vorn, weil wir unsere energieintensiven Industriebranchen haben, wie beispielsweise die Chemie-, die Papier- und die Zementindustrie. Wir wissen alle auch aus aktuellen Gesprächen sehr genau, dass bei einer Standortentscheidung Standort-sicherheit und eine preiswerte Energieversorgung eine große Rolle spielen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Bei einem Gesamtkonzept muss das alles bedacht werden, meine Damen und Herren, damit wir unsere hart erarbeitete internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen. Deshalb werden wir in Bayern bereits im Mai ein fortentwickeltes, ein neues Energiekonzept vorlegen, das aufzeigt, wie und in welchem Umfang in den nächsten zehn Jahren der schnellere Umstieg Bayerns auf eine weitgehend auf erneuerbare Energien gegründete Energieversorgung erreicht werden kann. Die Schwerpunkte des neuen Konzepts liegen im Ausbau und in der Integration der erneuerbaren Energien. Darauf muss eine technologische, eine praktische Antwort gegeben werden. Das ist im Übrigen etwas, was seinerzeit unter Rot-Grün nicht geleistet worden ist, nämlich der Ausbau der Energienetze, die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Speicherkapazitäten und Speichertechnologien. Sie tun gerade so, als müsste uns das erst jetzt einfallen. Schauen Sie sich doch an, was wir allein im Programm "Aufbruch Bayern" bei diesen Zukunftstechnologien an zukunftsweisenden Projekten untergebracht haben. Sie werden sehen, dass Bayern auch hier vorne liegt, vor allen anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden aufzeigen, wie wir den Umstieg auf erneuerbare Energien erheblich beschleunigen können. Bei

den erneuerbaren Energien haben wir in Bayern bereits sehr viel erreicht. Mit 25 % liegen wir weit über dem deutschen Durchschnitt. Wenn ganz Deutschland auf den bayerischen Wert käme, wäre schon viel für die klimafreundliche Energieerzeugung gewonnen. Ich bin den Kollegen der Koalitionsfraktionen sehr dankbar, dass sie auch Themen wie beispielweise die Potenziale bei der Wasserkraft angesprochen haben. Wenn wir die Potenziale bei diesen Energien massiv anheben, dann müssen wir nämlich auch gemeinsam mit den Bedenken vor Ort umgehen. Wir dürfen uns nicht an die Spitzen derselben stellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen zum Beispiel Speichermöglichkeiten und hocheffiziente Gaskraftwerke, damit wir die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien dynamisch weiter ausbauen können. Ohne schnell hochfahrbare Gaskraftwerke werden wir die Grundlast nicht sicher vorhalten können. Es geht also darum, gewaltige Investitionen für unsere Energiezukunft zu mobilisieren. Das kostet Geld, Geld des Verbrauchers ebenso wie des Steuerzahlers.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir müssen unsere energieintensive Industrie auch künftig mit kostengünstigem Strom versorgen. Das gilt beispielsweise für die Karbonfaserherstellung. Wir müssen deshalb auch bereit sein, die Lasten für diesen Konsens zu tragen. Das heißt, die Strommasten, die Windräder, die Wasser- oder auch Gaskraftwerke in unserer Nachbarschaft müssen akzeptiert werden. Das gilt beispielsweise auch für Pumpspeicherkraftwerke. Herr Kollege Wörner oder Herr Kollege Hartmann, ich glaube, einer von Ihnen hat die Windenergie angesprochen. Auch sie ist regional betrachtet immer ein sehr spannendes Thema. Wir müssen aber immer sehen: 0,6 % kann ich nicht hinaufschrauben und sagen: Damit kann ich die Lücke schließen. Das kann nur ein Energiemix aus allem.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, wir sind das Innovationsland Nummer eins in Deutschland.

(Hubert Aiwanger (FW): Traurig genug!)

Wer, wenn nicht wir, könnte durch eine gemeinsame Anstrengung, mit Hochtechnologie und mit innovativen Ansätzen die Energiewende schaffen, den schnelleren Umstieg in ein Zeitalter ohne Kernkraft?

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der FDP und der CSU - Ludwig Wörner (SPD):

Guten Morgen, Staatsregierung! Auch schon aufgewacht?)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Schlussbericht
des Untersuchungsausschusses
zur Prüfung etwaigen Fehlverhaltens und
möglicher Versäumnisse von Ministerpräsident
Horst Seehofer, Staatsminister Georg
Fahrenschon, Staatsminister Joachim Herrmann,
Staatsministerin Emilia Müller, Staatsminister
Martin Zeil, Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund
Stoiber, Ministerpräsident a. D. Dr. Günther
Beckstein, Staatsminister a. D. Prof. Dr. Kurt
Faltlhauser, Staatsminister a. D. Erwin Huber,
Staatssekretär a. D. Georg Schmid, Staatssekretär
a. D. Jürgen W. Heike in Zusammenhang mit dem
Erwerb und dem Verkauf der Hypo Group Alpe
Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank
(BayernLB) (Drs. 16/7500)
- Einsetzungsbeschluss (Drs. 16/3855) -**

Ich eröffne die Aussprache. Hierzu wurde im Ältestenrat eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der Vorsitzende erhält zusätzlich 10 Minuten Redezeit für allgemeine Ausführungen zum Untersuchungsausschuss. Als erstem Redner darf ich dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Herrn Kollegen Dr. Florian Herrmann, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA berichtet diesem Hohen Haus heute über die Ergebnisse seiner einjährigen Aufklärungsarbeit bezüglich der Vorgänge um den Kauf der Hypo Group Alpe Adria durch die Bayerische Landesbank. Der Untersuchungsausschuss wurde durch Beschluss des Plenums am 24.02.2010 eingesetzt. In 27 Sitzungen wurden insgesamt 80 Zeugen vernommen oder schriftlich gehört. Rund 300 Aktenbände wurden gesichtet und zwei schriftliche Sachverständigengutachten zu Rechtsfragen eingeholt. Der Untersuchungsausschuss ließ sich diese Gutachten außerdem von den Sachverständigen mündlich erläutern und konnte bei dieser Gelegenheit Fragen stellen. Um der Sache genau auf den Grund zu gehen, haben wir uns zum Zwecke der Aufklärung sämtlicher zur Verfügung stehender Mittel bedient. Wir haben sogar einem Zeugen Ordnungsgeld auferlegt und Ordnungshaft angedroht, weil er zunächst die Auskunft verweigert hatte.

(Zuruf: Wer war das? - Harald Güller (SPD): Siegfried Naser!)

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses war eine Energieleistung aller Beteiligten. Mein Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes. Dies gilt insbesondere für die Mitarbeiter des Justiziariats und ebenso für diejenigen im Archiv des Landtags. Sie haben Berge von Material bewältigt. Besonderer Dank gebührt dem Stenografischen Dienst, der ebenfalls Großes geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Allein das Protokoll der Zeugenaussage von Professor Falthäuser hat einen Umfang von mehr als 200 Seiten.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hat aber auch nicht gereicht! - Heiterkeit bei den GRÜNEN)

In den Dank einzuschließen sind auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen. Sie haben die Sitzungen des Ausschusses für uns Abgeordnete vor- und nachbereitet. Dank gilt auch den Vertretern der beteiligten Ministerien, die in den Sitzungen des Ausschusses anwesend waren und uns stets als Ansprechpartner zur Verfügung standen.

Ich bedanke mich auch bei den Vertretern der Medien. Sie haben die Arbeit des Untersuchungsausschusses geduldig begleitet und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ganz ausdrücklich darf ich mich an dieser Stelle auch bei den Vertretern der Opposition im Ausschuss bedanken. Ich denke, das Klima im Ausschuss war im Großen und Ganzen gut. Das wird vor allem dadurch deutlich, dass sämtliche Beschlüsse im Ausschuss einstimmig gefasst wurden, mit Ausnahme der Zeugenreihenfolge und des Schlussberichts. Der größte Dank gilt Herrn Staatssekretär Kreuzer. Er hat diesen Untersuchungsausschuss angenehm, kompetent und jederzeit souverän geleitet.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Durch seinen Einsatz und durch sein Engagement konnte der von mir beschriebene Kraftakt erst geleistet werden. Sie, Herr Staatssekretär Kreuzer, haben dem Untersuchungsausschuss ein Gesicht nach außen gegeben. Sie haben dafür gesorgt, dass dieses Hohe Haus durch Ihre engagierte Aufklärung im Ansehen der Bevölkerung gestiegen ist. Ich glaube, ich spreche im Namen aller Fraktionen, wenn ich Ihnen für Ihren verdienstvollen Einsatz meinen herzlichsten Dank ausspreche.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Text des Berichts ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Lassen Sie mich daher die Ergebnisse kurz zusammenfassen:

Erstens. Der Verkauf der Bank an die Republik Österreich im Jahr 2009 und die beiden vorangegangenen Kapitalerhöhungen waren die einzig sinnvollen Maßnahmen.

Zweitens. Die Mitglieder der amtierenden Staatsregierung haben dabei umsichtig und verantwortungsvoll gehandelt.

Drittens. Beim Kauf der HGAA wurden Fehler gemacht. Die gravierendsten Vorwürfe treffen dabei ganz eindeutig den damals amtierenden Vorstand der Bayerischen Landesbank. Auch der Verwaltungsrat hat nicht fehlerfrei gehandelt; das wird durch unseren Bericht deutlich. Die Mitglieder der Staatsregierung, die nicht dem Verwaltungsrat angehörten, trifft natürlich keinerlei Schuld. Das gilt selbstverständlich auch für Ministerpräsident a. D. Dr. Stoiber.

Viertens. Anhaltspunkte verdichten sich dafür, dass die Verkäufer nicht mit offenen Karten gespielt haben.

Fünftens. Den Vorstand der BayernLB trifft der Vorwurf, den Verwaltungsrat nicht korrekt informiert und beim Kauf der HGAA wissentlich schwere Fehler begangen zu haben.

Sechstens. Den Verwaltungsräten kann man lediglich den Vorwurf machen, dass Sie das Verhalten des Vorstands nicht erkannt und daher auch nicht verhindert haben. Der Verwaltungsrat hat zu keiner Zeit aktiv in den Verkaufsprozess eingegriffen. Nach einhelliger Meinung musste auch nicht eingegriffen werden, denn die Vertragsverhandlungen, die Due Dilligence und die Rückschlüsse daraus lagen ausschließlich in der Zuständigkeit des Vorstands der Bayerischen Landesbank.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wer hat das kontrolliert?)

Natürlich hätte der Kauf der HGAA aus heutiger Sicht nicht erfolgen dürfen. Aber hinterher ist man immer klüger.

(Harald Güller (SPD): Aus damaliger Sicht auch nicht!)

- Ob aus heutiger oder aus damaliger Sicht: Das Befolgen des Rates der zahlreichen Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und anderer Berater hätte immer dazu geführt, dass die HGAA gekauft worden wäre. Die HGAA wäre höchstens zu anderen Konditionen gekauft worden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die zivilrechtliche Wertung des Verhaltens der Verwaltungsräte ist bekannt. Ich halte fest: Der Untersuchungsausschuss hat bei keinem der Verwaltungsräte grob fahrlässiges Handeln festgestellt. Soweit die grobe Fahrlässigkeit beim Verwaltungsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter nicht ausgeschlossen wurde, darf dies nicht als Aufforderung verstanden werden, Klage zu erheben.

(Zurufe von der SPD und den Freien Wählern: Sondern?)

Es ist an der Zeit, mit der Behauptung der Opposition aufzuräumen, dass bei jedem zweifelhaften Anspruch auch Klage erhoben werden muss. Fakt ist, dass der Kläger seinen Anspruch beweisen muss. Fakt ist auch, dass das Gericht die Klage abweist, wenn Zweifel am Anspruch bestehen. Der Vorstand der BayernLB hat sich dazu entschlossen, Ansprüche gegen zwei Verwaltungsratsmitglieder geltend zu machen. Der Vorstand der BayernLB muss sehr sorgfältig prüfen, ob die Bank gut beraten ist, angesichts dieser Risiken einen teuren und im Ergebnis wahrscheinlich aussichtslosen Prozess zu führen.

Bevor ich nun im Einzelnen zu Ihrem Minderheitenbericht komme, möchte ich festhalten: Sie, Herr Kollege Güller, haben noch am 10. Februar gesagt, dass Sie mit den Darlegungen in unserem Bericht größtenteils konform gingen und ernsthaft überlegten, ob Sie ihm nicht teilweise zustimmten. Ich bin davon enttäuscht, dass Sie sich anders verhalten und dagegen gestimmt haben. Es handelt sich wieder einmal um ein reines Lippenbekenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Wären Sie doch über Ihren Schatten gesprungen und hätten Sie Ihren Worten Taten folgen lassen.

Leider ist es wie immer: Die Opposition ist gegen alles, was die CSU vorschlägt, egal, wie richtig es ist.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das können wir viel besser!)

Ihr Minderheitenbericht ist jedenfalls ein Schlag ins Gesicht eines jeden anständigen Parlamentariers.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das ist eine Unverschämtheit!)

Von Anfang an ging es Ihnen in diesem Ausschuss nicht darum, den Sachverhalt aufzuklären, sondern nur um ein schäbiges, politisches Kesseltreiben gegen verdiente Minister.

(Beifall bei der CSU)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Mitglieder der Staatsregierung mit Strafanzeigen überzogen, bevor im Untersuchungsausschuss überhaupt der erste Zeuge gehört war. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Hubert Aiwanger (FW): Vor allem nicht in Bayern!)

Wenn jemand wissen sollte, wie schnell man in eine ungewöhnliche, schwierige und unangenehme Situation kommt, dann Sie, Herr Kollege Pohl.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es ist für mich unerträglich, dass jemand, der die Polizei anlügt, sich zum Moralapostel in Sachen BayernLB aufschwingt.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo!)

Sie wollten in diesem Untersuchungsausschuss die Zeugenbank zur Anklagebank machen, und das ging gründlich daneben. Sie wollten die Ära Stoiber, die sicherlich eine Erfolgsgeschichte ist, in Misskredit bringen. Auch dieser Versuch ist kläglich gescheitert.

Als Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, klar wurde, dass an den Strafanzeigen nichts, aber auch gar nichts dran ist, wäre es angemessen gewesen, sie zurückzunehmen und sich zu entschuldigen. Der von uns vernommene Staatsanwalt hat in aller Deutlichkeit und mehr als schlüssig dargestellt, dass bis heute kein Anfangsverdacht gegen die Mitglieder des Verwaltungsrats besteht.

Natürlich wittern Sie sofort wieder eine Verschwörung. Sie, Herr Streibl, fordern sogar eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, damit die Jagd auf die Verwaltungsräte auch ohne Grund weiter betrieben werden kann,

(Beifall der CSU)

ganz nach dem Motto: Was nicht passt, wird passend gemacht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Damit kennen Sie sich besser aus!)

In meinen Augen wäre es das Mindeste, dass Sie sich bei den Verwaltungsräten entschuldigen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sie sollten sich bei den Steuerzahlern entschuldigen!)

Entschuldigen Sie sich bei der Staatsanwaltschaft München I für diese Unverschämtheit.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Soweit kommt es noch, dass wir uns entschuldigen müssen! - Florian Streibl (FW): Entschuldigen Sie sich bei der bayerischen Bevölkerung! - Weitere Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

Zwei Sachverständige, auch der von der Opposition beauftragte und benannte Sachverständige, haben deutlich gemacht: Verwaltungsräte haften nur für grobe Fahrlässigkeit. Sie haben daraus fälschlicherweise den Schluss gezogen, dass das Verhalten der Verwaltungsräte grob fahrlässig sein muss.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Daran wird wieder einmal deutlich, dass für Sie nicht die Aufklärung im Mittelpunkt steht, sondern das Ziel, die CSU vorzuführen und zu beschädigen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Tut ihr mir leid!)

Wer so Politik macht, handelt unredlich und beschädigt die Glaubhaftigkeit der Aufklärungsarbeit.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Das ist nicht zu glauben!)

Das Recht des Parlaments, Sachverhalte von öffentlichem Interesse aufzuklären,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

wird von der politischen Opposition dazu missbraucht, eine Hetzjagd auf den politischen Gegner zu betreiben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Meine Güte!)

Meine Damen und Herren, die Glaubhaftigkeit der Politik leidet massiv,

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

wenn Mitglieder des Untersuchungsausschusses schon vor der ersten Sitzung das Ergebnis verkünden, noch bevor überhaupt der erste Zeuge vernommen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Ein Richter, der so vorgehen würde wie Sie, würde unverzüglich wegen Befangenheit abgelehnt werden, und zwar zu Recht.

(Zurufe der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Die Ausführungen in Ihrem Minderheitenbericht sind überwiegend ein Sammelsurium nicht belegter und nicht belegbarer Vermutungen. Sie stellen Behauptungen als Tatsachen in den Raum, ohne dass es dafür Beweise gibt. In Ihrem Minderheitenbericht ersetzen Sie die seriöse Auswertung von Zeugenaussagen und die Lektüre von Aktenfundstellen durch wilde Spekulationen. Sie versuchen so, die Menschen in Bayern an der Nase herumzuführen.

(Lachen des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ihr Minderheitenbericht besteht aus den Zutaten, aus denen auch ein Thriller von Dan Brown besteht: geheimnisvolle Verschwörungstheorien, abenteuerlicher Belastungseifer und blühende Fantasie.

(Zurufe von der SPD)

Der Höhepunkt Ihrer Arbeit wird dadurch markiert, dass Sie aus Dokumenten zitieren und diesen sogar noch einen geheimdienstlichen Hintergrund beimessen, obwohl diese Dokumente keinen Urheber erkennen lassen und offenbar frei erfunden sind. Sie liefern der Staatsanwaltschaft anonyme Dokumente in dem Wissen, dass diese Dokumente dann Aktenbestandteil werden. Später zitieren Sie dann genau aus diesen Dokumenten, um die Behauptungen zu belegen, und suggerieren damit, es seien objektive Beweise.

(Zuruf von der CSU: Da schau her!)

Es zieht sich wie ein roter Faden durch den Minderheitenbericht. Sie stellen Behauptungen auf und belegen Sie durch Ihre eigenen Ausführungen im Untersuchungsausschuss. Das beste Beispiel dafür bietet wieder einmal Herr Kollege Pohl.

In Ihrem Bericht führen Sie aus, die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit sei unwirksam. Das Ganze belegen Sie dann mit einer Fußnote. Natürlich habe ich mich als Jurist gefragt, wer so eine abwegige Rechtsauffassung vertritt. Da habe ich in die Fußnote gesehen. In der Fußnote steht aber nicht "Professor Lutter",

(Hubert Aiwanger (FW): Guttenberg!)

in der Fußnote steht auch nicht "Professor Schmidt", es steht auch nicht der Bundesgerichtshof drin. Nein, in der Fußnote steht - Zitat -: "Bernhard Pohl in der Befragung des Sachverständigen".

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Pohl verweist auf Pohl, indem er auf Pohl verweist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Originalität 10 Punkte, Seriosität 0 Punkte und das ist noch aufgerundet!

Das geht munter weiter bis hinein in das "Jahrhundertwerk", das Kollege Rabenstein in der vergangenen Woche veröffentlicht hat. Herr Kollege Rabenstein, Sie zitieren schlichtweg falsch. So schreiben Sie, dass Herr Landesrat Martinz vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt habe, und Sie schreiben ihm sogar noch ein wörtliches Zitat zu. In Wahrheit war Herr Martinz aber gar nicht in München und hat auch nicht vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt. Das lässt tief blicken bezüglich der Qualität Ihrer Recherchen.

(Zurufe von der CSU)

Übrigens, wie Sie alle wissen, gehört Landesrat Martinz der Österreichischen Volkspartei an, also der ÖVP. Wieso schreiben Sie dann im Buch "ÖVB"?

(Hubert Aiwanger (FW): Wenn Sie sonst keine Probleme haben! Es geht um Milliarden!)

Gab es da vielleicht einen Ghostwriter oder eine Ghostwriterin, vielleicht aus Oberfranken, Frau Aures?

(Beifall bei der CSU)

Sie meine Damen und Herren von der Opposition, schießen in Ihrem Bericht mit Schrot in der Hoffnung, dass vielleicht die eine oder andere Kugel ins Ziel trifft. Wie wir jetzt wissen, hatten Sie nur Platzpatronen geladen.

(Hubert Aiwanger (FW): Oje!)

Wer am Anfang schon verkündet, was am Schluss der Beweisaufnahme herauskommen wird, mag damit seine politischen Ziele verfolgen, verhindert aber objektive Aufklärung.

(Beifall bei der CSU)

Die Strategie wird einem da sehr deutlich: Auf die Hatz kam es Ihnen an, nicht auf den Hasen! -

(Harald Güller (SPD): Oje! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ja, Sie sind für den Wolf zuständig. Das weiß ich schon. Aber hier ging es eigentlich um den Hasen.

Ich fasse zusammen: Der Minderheitenbericht zeichnet ein Trugbild nicht belegter Vorverurteilungen.

Unser Mehrheitsbericht hingegen beantwortet alle Fragen,

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

die der Untersuchungsausschuss zu beantworten hatte, umfassend, objektiv und überzeugend.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion darf ich den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den Kollegen Güller, bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einem Jahr Untersuchungsausschuss ist heute der Tag der Wahrheit. Der Untersuchungsausschuss zieht Schlussbilanz. Ich sage an dieser Stelle für die SPD auch schon: Der *Untersuchungsausschuss* zieht Schlussbilanz. Dieser Landtag wird sich mit dem Landesbankdesaster und den 3,75 Milliarden Euro, die den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns an Schaden entstanden sind, noch oft beschäftigen müssen. Leider! Und nach dem, was Kollege Herrmann heute vorgetragen hat, befürchte ich sogar: noch öfter, als ich vor Beginn seiner Rede gedacht hatte.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe das, was Kollege Kreuzer noch als Vorsitzender aufgeschrieben und was er auch in seinem Pressestatement verkündet hat, dass auch zivilrechtlich ernsthaft an einer Aufarbeitung des Desasters gearbeitet wird, dass man auch für die Zukunft schaut, dass diese Landesbank in ruhigeres Fahrwasser kommt und zum Beispiel ein Geschäftsmodell diskutiert wird, ernst genommen. Nach Ihren Ausführungen, Herr Herrmann, kann ich nur sagen: Sie machen das Gleiche wie bei der Atomdebatte. Sie drehen sich nach dem Wind. Letzte Woche mussten Sie zugeben, dass alle Verwaltungsräte pflichtwidrig gehandelt haben, dass selbst nach Ihrer Meinung nicht auszuschließen ist, dass Herr Naser und Herr Falthäuser grob pflichtwidrig gehandelt haben und dass damit Schadensersatzklagen möglich sind. Weil heute aber hier in der ersten und zweiten Reihe der CSU Ihre Chefs sitzen, die nach wie vor in Amt und Würde sind, machen Sie sich hier lieb Kind.

(Beifall bei der SPD)

Aber zumindest einen Vorteil hatte Ihre Rede doch, Herr Herrmann: Ich habe Sie hier ungefähr zehnmal so lange reden hören wie in einem Jahr Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Durch sachliche Äußerungen, durch Nachfragen, durch den Eifer, irgendetwas zu erkunden, sind Sie mir in diesem Ausschuss nicht aufgefallen. Das darf ich an dieser Stelle schon einmal klar sagen. Am letzten Tag mal kurz die Klappe aufmachen und eine vorgefertigte Rede vorlesen, Herr Kollege, das finde ich dann doch ein gutes Stück zu dünn für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Die 3,75 Milliarden Euro Schaden schreien nach einer Aufarbeitung des Sachverhalts, sie schreien geradezu nach der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber Verwaltungsräten und Vorständen, wo sie möglich sind, sie schreien danach, endlich ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Bayerische Landesbank zu entwickeln, damit ein solches Desaster in Zukunft nicht mehr passieren kann, und sie schreien auch danach, dass die CSU und einzelne ihrer Vertreter im Verwaltungsrat endlich auch einmal politische Verantwortung für das Desaster übernehmen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wie rechtfertigen Sie es denn, sehr geehrte Kollegen der CSU, dass an der Spitze Ihrer Fraktion mit Georg Schmid nach wie vor ein ehemaliger Verwaltungsrat steht, obwohl selbst in Ihrem Bericht steht: "Daher trifft alle Verwaltungsräte zunächst der Vorwurf, dass sie nicht nur pflichtwidrig, sondern auch einfach fahrlässig gehandelt haben."

(Beifall bei der SPD)

Wie verträgt sich das mit einer Position in diesem Hause? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Huber, jetzt in der zweiten Reihe des Plenums, immer noch große Töne zur wirtschafts- und finanzpolitischen Unfehlbarkeit der CSU spuckt und gleichzeitig Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses dieses Landtags ist? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Schaidinger als letzter Überlebender des Sparkassenverbandes im Verwaltungsrat nach wie vor glaubt, die Geschicke der Bayerischen Landesbank leiten zu können, wenn selbst Sie zugeben müssen, dass all diese Personen pflichtwidrig gehandelt haben und ihren Pflichten im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank und damit gegenüber der Bevölkerung des Freistaats Bayern nicht nachgekommen sind?

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Mit etwas mehr Anstand und Charakter hätten sie ihre Ämter bereits im vergangenen Jahr niedergelegt, oder sie würden die heutige Aussprache dazu nutzen, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu sagen: Ja, ich habe Fehler gemacht und ich ziehe auch politische Konsequenzen aus diesen Fehlern.

(Beifall bei der SPD)

Was Herr Herrmann vorgetragen hat, ist nur die Fortsetzung dessen, woran man feststellt, wie unangenehm Ihnen dieses Thema ist.

In der vergangenen Woche haben Sie im Ältestenrat bei der Diskussion darüber, ob man dieses Thema, das, wie ich glaube, die Öffentlichkeit doch wirklich interessiert, nicht an die erste Stelle der Tagesordnung nehmen sollte, so wie es auch die Medien gewünscht haben, geäußert: Wir müssen auf unserer Ministerbefragung bestehen, und wir sind auch nicht damit einverstanden, dass die Tagesordnung umgestellt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Kollege Schmid, Sie hätten Ihre Befragung von Minister Herrmann auch um 16 Uhr beginnen lassen können. Die GRÜNEN hatten angeboten - -

(Georg Schmid (CSU): Wenn die GRÜNEN verzichtet hätten, hätten wir auch verzichtet!)

- Lautes Zwischenquaken bringt nichts. - Die GRÜNEN hatten angeboten, beide Themen nach hinten zu verlegen.

Ihre Haltung zur Einordnung dieses Punktes in die Tagesordnung ist die Fortsetzung dessen, was Sie wollen: das Thema auf eine für Sie möglichst angenehme Zeit legen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen!

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Mit der Wahrheit haben Sie es nicht so!)

Ob heute oder morgen ein paar Zeilen mehr in der Zeitung stehen oder nicht - das Thema Landesbank wird der CSU wie ein Mühlstein am Hals hängen. Die Menschen in unserem Land haben begriffen - aufgrund der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses, aber auch aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im letzten Jahr -, dass Sie mit Ihrer Wirtschaftskompetenz in diesem Verwaltungsrat schlichtweg versagt haben.

(Beifall bei der SPD)

In die Köpfe der Menschen hat sich das eingebrannt.

Die Vertreter der Medien, die den Untersuchungsausschuss intensiv begleitet haben, konnten sich aus ers-

ter Hand einen Eindruck davon verschaffen, wie die Zeugen ausgesagt haben, wie sie auf Fragen geantwortet haben und wie glaubhaft die Behauptung ist, dass sie tatsächlich ein ganzes Wochenende lang seitenweise Berichte gelesen hätten, um aber am Montag doch darauf zu kommen, lieber keine Nachfragen zu stellen, sondern lieber den Umlaufbeschluss vom 23. April 2007 zu unterzeichnen.

Ab heute ist das alles schwarz auf weiß nachlesbar. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses liegt - für alle Mitglieder des Landtages, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbar - vor. Er ist eine insgesamt 298 Seiten lange präzise Dokumentation des Versagens der Verwaltungsräte, die in ihrem Job die Maxime hatten: "Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und schon gar nicht" - wenn sie denn schon mal anwesend waren - "in der Sitzung nachfragen!".

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Der Abschlussbericht ist aber auch eine präzise Dokumentation des Fehlverhaltens der Vorstände der BayernLB, das bis hin zu strafrechtlich relevanten Vorgängen reicht. Er ist vor allem eine Dokumentation des Größenwahns der CSU und insbesondere von Herrn Stoiber, die die Bank und damit den Freistaat in ein finanzielles Desaster bisher nicht gekannten Ausmaßes gestürzt haben. Das Motto hieß: "Immer größer, immer weiter!" Es wurde überhaupt nicht mehr darauf geachtet, was im Landesbankgesetz als Aufgabe der Bayerischen Landesbank statuiert ist: Mittelförderung, Hausbank des Freistaats, Unterstützung des Sparkassenwesens. Von der Entwicklung hin zu einem global Player - mit einem Unterwegssein in Südosteuropa sowie Dependancen in Shanghai und New York - steht in diesem Gesetz nichts.

(Beifall bei der SPD)

Von den Vorgaben des Gesetzes haben Sie sich aufgrund dieses Größenwahns - "Wir können alles besser, wir sind die Schönsten" - weit entfernt. Das ist eine Ursache dafür, dass es zu diesem Desaster gekommen ist.

Keine Frage: Es gibt Unterschiede in der Bewertung einzelner Fragen; da stimme ich Ihnen zu, Herr Herrmann. Bei der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" geht es um den Kern des Untersuchungsausschusses - aus Ihrer Sicht. Letztlich geht es Ihnen mit Ihrer abweichenden Bewertung aber doch nur um eines: den Schutz der letzten Heiligtümer in Ihrer Fraktion, der amtierenden Abgeordneten Beckstein, Huber und Schmid, und um die Bewahrung des Andenkens des ehemaligen Ministerpräsidenten Stoiber.

Zu allem anderen haben wir im Untersuchungsausschuss breite Übereinstimmung erzielt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Offensichtlich haben Sie - abgesehen von dem Hinweis darauf, dass es in einer Fußnote "ÖVP" statt "ÖVB" heißen muss - unsere Anmerkungen nicht gelesen. Die Beantwortung der Fragen umfasst bei Ihnen 69 Seiten; wir haben sie auf 103 Seiten ergänzt, bei weitgehender Übernahme aller Ihrer Feststellungen und Bewertungen. Wir haben einige Ausführungen dazugetan. Ich zitiere dann schon einmal aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung, in der Sie gesagt haben:

Wir könnten dort in weiten Teilen doch mitstimmen; aber aufgrund der Zeit und des Duktus der Beantwortung der Fragen wollen wir doch davon Abstand nehmen.

Reden Sie doch bitte nicht, nur um einigen in der ersten und der zweiten Reihe Ihrer Fraktion zu gefallen, den Kompromiss und die Einigkeit, die wir im Ausschuss erzielt haben, klein, sondern bleiben Sie bei der Wahrheit. Es gibt große Übereinstimmung. Nur in der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" gibt es einen großen Dissens, und der ist mehr der CSU-internen Situation und dem Schutz ihrer Heiligtümer geschuldet als anderen Dingen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir sind uns doch einig, dass der Verwaltungsrat am 20. April 2007 eine 69-seitige Präsentation bekam, in der 24 Warnhinweise standen, warum man die Bank zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Preis nicht kaufen könne. 24 Warnhinweise - das haben uns mehrere Zeugen bestätigt.

Bei dieser Sitzung waren zum Beispiel Herr Huber, Herr Beckstein und Herr Schmid nicht anwesend. Nichtsdestotrotz hat man am 23. April dem Beschluss im Umlaufverfahren zugestimmt. In der Präsentation stand, dass die erste Prüfung in Kroatien noch nicht stattgefunden habe. Darin stand, dass die Prüfung in Kärnten noch nicht abgeschlossen sei. Darin stand, dass 300 Aktenordner nicht ordnungsgemäß seien. Darin stand, dass Akten ausgetauscht worden seien. Darin stand, dass die Kreditengagements noch nicht ausreichend geprüft worden seien. Und darin stand, dass eine weitere Prüfung, eine "Due Diligence II", notwendig sei.

Sie haben am Montag zugestimmt, ohne eine Rückfrage. Auch danach - das hat der Ausschuss wiederum einstimmig festgestellt - haben Sie das ganze Jahr über kein einziges Mal nachgefragt, ob es eine

zweite Prüfung gegeben hat, wenn ja, was sie ergeben hat, ob der Kaufpreis angemessen und die Kaufpreisberechnung richtig waren. Sie haben auch nicht ein Mal nachgefragt, was denn in diesem Kaufvertrag alles steht.

Der Kaufvertrag hat 23 Seiten - ein riesiges Werk für den Kauf einer Bank für 1,625 Milliarden Euro. Veröffentlicht wurden die 23 Seiten von "Profil" im Januar 2010. Der Vertrag wurde zum Beispiel von Georg Schmid bis zum 28. Oktober 2010, seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss, nicht einmal angeschaut, nicht einmal gelesen. Es war die SPD, die ihm den Vertrag danach, schön verpackt, gegeben hat, verbunden mit der Ansage: "Es wäre zumindest nach der Aussage im Untersuchungsausschuss doch ganz nett, den Vertrag zu lesen, auf dem das ganze Desaster beruht."

Niemand von den Verwaltungsräten hat nachgefragt, wie der Vertrag ausgestaltet ist, und das das ganze Jahr 2007 über, einige, wie gesagt, nicht einmal bis 2010.

Wie ernst die Kolleginnen und Kollegen der CSU ihren Job genommen haben, zeigt die Schwänzerliste: 2006 und 2007 - das war der entscheidende Zeitraum - fanden 21 Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Beckstein war 15 Mal, nein, nicht "anwesend", sondern "nicht anwesend". Bei sechs von 21 Sitzungen war er anwesend. Dennoch hat er fleißig einen Beschluss gefällt, ihn aber nicht einmal richtig angeschaut.

Herr Huber hat bei zehn von 21 Sitzungen gefehlt, Herr Schmid elfmal, unter anderem bei den entscheidenden Sitzungen, weil man Staatsgeschäfte - zwei Straßeneinweihungen! - wahrnehmen musste. Zwei Straßeneinweihungen sind demnach wichtiger als das größte Geschäft, das die Bayerische Landesbank jemals gemacht hat.

(Georg Schmid (CSU): Das stand doch gar nicht auf der Tagesordnung!)

- Kollege Schmid, der Einwand, das habe nicht auf der Tagesordnung gestanden, ist richtig.

(Georg Schmid (CSU): Na also!)

Dann dürfen Sie aber, wenn Sie am Freitag fleißig Bündel durchschneiden und Straßen eröffnen, nicht am Montag dennoch den Beschluss fassen, sondern dann müssen Sie sagen: "Ich fasse ihn eben nicht! Wir machen noch eine Sitzung. Ich höre mir das noch einmal an und stelle Fragen."

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Kollege Schmid, Sie waren es doch, der vor dem Untersuchungsausschuss behauptet hat: Ich war zwar nicht da am Freitag, aber ich habe es über das Wochenende gelesen. Da war keine Frage mehr offen. Darum habe ich am Montag unterschrieben. - Das waren doch Sie im Untersuchungsausschuss! Und jetzt erzählen Sie mir: Weil es nicht auf der Tagesordnung gestanden ist, konnte man am Montag zustimmen. Das ist doch in höchstem Maße erbärmlich, lieber Kollege.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nein, Sie hätten eine eigene Sitzung einberufen müssen, und wenn die anderen das nicht tun wollten, dann hätten Sie schlicht und ergreifend nicht zustimmen dürfen. Da hat es nämlich auch die Möglichkeit gegeben: "Nein, ich stimme dem Beschluss nicht zu." Ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben.

Wir haben festgestellt, dass die Verwaltungsräte blindes Vertrauen hatten. Auch das steht im CSU-Bericht. - Blindes Vertrauen, nicht Kontrolle. Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, den Vorstand zu kontrollieren, Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, die Geschäftspolitik, die Leitlinien zu bestimmen. Aufgabe wäre es gewesen, die Südosteuropa-Strategie zu diskutieren, nicht aber blindes Vertrauen zu üben. Blindes Vertrauen ist fehl am Platze und führt dazu, dass man fahrlässig bzw. grob fahrlässig handelt. Das ist die Erkenntnis des Untersuchungsausschusses. Wer einfach nicht kontrolliert und blind vertraut, ist dann eben auch zivilrechtlich haftbar und sieht sich einem Schadenersatzanspruch gegenüber.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Punkt, bei dem Sie sagen: Da kommen wir heraus, lautet: Wir haben nur fahrlässig gehandelt. Dazu die erste Feststellung: Haben Sie sich diesen Beschluss schon einmal angeschaut? Das ist keine gesetzliche Norm. Normalerweise haften Verwaltungsräte bei Fahrlässigkeit. Aber die Herrschaften in der Bayerischen Landesbank haben Anfang der 2000-er Jahre selber in ihre Satzung hineingeschrieben: Nein, wir wollen nicht mehr bei einfacher Fahrlässigkeit haften. Das ist ja vielleicht mühsam und man muss öfter in Sitzungen gehen. Nein, wir haften nur noch für grobe Fahrlässigkeit. Sie selbst berufen sich jetzt auf etwas, was Sie nur für sich selbst als Sonderrecht in die Satzung der BLB hineingeschrieben haben. Ob das rechtmäßig ist, wird sich in den nächsten Jahren erweisen. Es gibt schon erste ernst zu nehmende Artikel, die wir in unserem Schlussbericht auch zitieren und die besagen, dass man das Thema der Haftung

angehen muss. Aber man muss das Thema der Haftung nicht erst nach einem langwierigen Rechtsstreit angehen, sondern man muss dieses Thema auch politisch heute schon angehen. Deshalb muss der Haftungsmaßstab zumindest in der Satzung der Bayerischen Landesbank ab sofort wieder auf einfache Fahrlässigkeit gesenkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dies können wir, und dies werden wir als Folge des Untersuchungsausschusses auch in diesem Haus beantragen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich für den Ablauf des Untersuchungsausschusses. Bis auf einen Endbericht mündlicher Art, der mit dem schriftlichen Bericht der CSU offensichtlich nichts mehr zu tun hatte, war das Zusammenarbeiten zumindest mit Herrn Kreuzer in Ordnung.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich danke dem Landtagsamt, ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktionen. Ich danke meinen Kollegen insbesondere auf Oppositionsseite. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass man bei einem solchen Bericht so eng und so gut zusammenarbeitet. Vielen Dank, liebe Inge Aures, vielen Dank Herr Pohl, lieben Dank, Sepp Dürr, dafür, dass wir so gut zusammengearbeitet haben. Ich glaube schon, dass wir dem Bayerischen Landtag am Ende, am heutigen Tag, etwas Gutes vorlegen können.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss zur Landesbankaffäre war ein notwendiger und - ich sage: - vor allem ein erfolgreicher Untersuchungsausschuss. Ich würde fast meinen, es war bisher der erfolgreichste Untersuchungsausschuss dieses Hauses. Zudem hat er Maßstäbe gesetzt. Das, was wir in diesem Bericht vorlegen, muss im Landtag, muss in der Staatsregierung und muss in der BayernLB Konsequenzen haben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Das ist die Aufgabe des Landtags. Wir werden das kontrollieren, wir werden es begleiten, und wir werden die entsprechenden Anfragen und Anträge stellen. Das Thema der Haftung, der strafrechtlichen Verfolgung von Vorständen, die Frage, ob es ein Geschäftsmodell gibt, die Frage, wie der Haftungsmaßstab aus-

sieht, werden wir immer wieder auf die Tagesordnung dieses Hauses bringen.

Für uns war der Untersuchungsausschuss erfolgreich. Dass er von Ihnen als CSU nicht als erfolgreich betrachtet wird, weil Sie zugeben mussten, dass Ihre Verwaltungsräte falsch gehandelt haben, und weil Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz durch den Kauf der HGAA massiv zerstört wurde, ist Ihr Problem. Sie werden Verständnis dafür haben, dass mir das relativ egal ist. Uns geht es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, uns geht es darum, möglichst einige Euro des immensen Schadens zurückzuholen. Uns geht es darum, dass es in Zukunft in diesem Haus, in der Landesbank, unter den Augen der Staatsregierung nicht noch einmal zu einem solchen Desaster kommt. Dafür sind wir gewählte Parlamentarier, und dafür nehmen wir in dieser Wahlperiode auch unsere Position als Opposition wahr. Das nächste Mal werden wir sowieso das Landesbankgesetz grundlegend ändern. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der politischen Bewertung sind sich alle Fraktionen im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags einig. Das Desaster der BayernLB ist nicht wie ein Komet vom Himmel gefallen; es hat einen Namen: CSU.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die CSU stellt in ihrem Abschlussbericht fest, es bestehe überhaupt kein Zweifel, dass der komplette Vorstand und alle Verwaltungsräte beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria schuldhaft ihre Pflichten verletzt hätten. Das ist, sehr geehrter Herr Kollege Dr. Herrmann, kein Kesseltreiben gegen ehemalige Minister. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann unterscheiden zwischen dem Respekt, den ich dem früheren Ministerpräsidenten Günther Beckstein für seine politische Lebensleistung entgegenbringe, und der Kritik, die ich an seiner Arbeit im Verwaltungsrat der BayernLB üben muss. Im Übrigen üben Sie diese Kritik auch. Sie werfen ihm ebenfalls schuldhaftes Fehlverhalten vor, und ich denke nicht, dass Sie es an Respekt mangeln lassen.

Herr Kollege Dr. Herrmann, wenn Sie meinen, Sie könnten fehlende Argumente ersetzen, indem Sie mit Schmutz werfen, kann ich Ihnen sagen: Ich werde

mich nicht auf dieses Niveau begeben, Sie nicht an Ihren Vater erinnern oder Ähnliches.

(Unruhe bei der CSU)

Ich denke, man kann das auch sachlich abhandeln, ohne persönlich werden zu müssen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erste Feststellung des Untersuchungsausschusses: Der Vorstand der BayernLB hat versagt. Mitunter war aus den Mehrheitsfraktionen zu vernehmen, der CSU-dominierte Verwaltungsrat würde entlastet. Ich sage Ihnen: mitnichten. Sie haben doch den Vorstand bestellt. Sie tragen doch die volle politische Verantwortung für das unfähige Personal, das Sie in die Landesbank geschickt und damit auf den bayerischen Steuerzahler losgelassen haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Vorstände waren aber nicht nur unfähig, sie waren auch charakterlos. Sie haben kollektiv ihre Aussage vor dem Untersuchungsausschuss verweigert und damit versucht, die Aufklärung dieses Skandals zu behindern. Ich hätte dafür vielleicht noch Verständnis gehabt, wenn es einer strafprozessualen Taktik entsprochen hätte. Aber bei der Staatsanwaltschaft auszusagen und einen Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags arrogant anzuschweigen, das ist eine Respektlosigkeit, die diese Herrschaften hoffentlich noch einmal bereuen werden.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Es ist gut, Herr Kollege Dr. Herrmann, dass die Staatsanwaltschaft mit Hochdruck daran arbeitet, diesen Fall auch strafrechtlich aufzuarbeiten und diejenigen, die es betrifft, dann auch ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Das sah am Anfang leider noch anders aus. Wir mussten mehrfach an die einzigartige Dimension dieses Finanzskandals erinnern - auch Kollege Weidenbusch hat dies Übrigens getan - und mit Nachdruck dem Umfang und der Bedeutung der Angelegenheit angemessene strafrechtliche Untersuchungen anmahnen.

Der Vorstand hat agiert wie in einem schlechten Film: Geheimtreffen im Jahre 2006 mit einem dubiosen Tilo Berlin, der sich mit einer Reihe betuchter Anleger plötzlich für eine marode Kärntner Bank interessierte, der Anteile kaufte, um sie kurze Zeit später mit einem Aufschlag von sage und schreibe 20 % weiter zu veräußern, Anteile an einer Bank, deren Ruf so gut war wie der von Teresa Orłowski im Vatikan.

Meine Damen und Herren, es war doch bekannt: Ein leitender Mitarbeiter der BayernLB, ein Herr Haas, Zögling des früheren Finanzministers Kurt Faltlhäuser, hat in einer Protokollnotiz die Frage aufgeworfen: Was will die BayernLB mit dieser Bank? Er hat sie mit Attributen belegt wie "Balkanbank" und "Haiderbank". Er hat die richtigen Fragen gestellt, aber keiner hat sie zur Kenntnis nehmen wollen.

Bayern hat eine Bank gekauft, deren Vorstand innerhalb von wenigen Wochen dreistellige Millionenbeträge mit Swap-Geschäften verloren hat. Dann hat er versucht, die Verluste auf Jahre hinaus abzuschreiben. Aber das mit dem Abschreiben geht halt leider Gottes manchmal schief. Deshalb hat man den Vorstandschef wegen Bilanzfälschung verurteilt.

Es hat den Bankvorstand damals seinen Job gekostet. Aber weil die Bank meinte, sie könnte auf derartige Koryphäen nicht verzichten, hat sie ihn umgehend zum Aufsichtsratsvorsitzenden gemacht. Dieses Unternehmen hat die BayernLB gekauft, meine Damen und Herren!

Ich frage mich: Was hat den Verwaltungsrat angetrieben, dem Kauf einer solch fragwürdigen Bank zuzustimmen? Warum haben Faltlhäuser, Beckstein, Huber, Schmid, Naser, Schaidinger, Christmann und die anderen zugestimmt? Warum? - Ich sage es Ihnen. Es war das Gen des Größenwahns, das ihnen der damalige Ministerpräsident Dr. Edmund Rüdiger Rudi Stoiber, wie er sich im Untersuchungsausschuss selber vorgestellt hat, eingeflösst hatte. Er verkörperte wie kein anderer die Ideologie des bayerischen Größenwahns, den der leider nicht anwesende Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Landesbankrede am 3. Dezember völlig zu Recht gegeißelt hat. Stoiber blieb im Hintergrund. Er wusste, warum. Er hat die Fäden gezogen, und seine Marionetten müssen die Suppe nun auslöffeln.

Er blieb so geschickt im Hintergrund, dass er sich noch nicht einmal für ein Foto mit dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hergeben wollte. Offizielle Begründung: Mit einem Rechtsradikalen wie dem Haider will ich mich nicht ablichten lassen.

Er hat die Aufgabe dann an seinen Nachfolger Günther Beckstein delegiert. Ist das anständig, meine Damen und Herren? Es ist eine sehr merkwürdige Logik: Wenn es für den amtierenden Ministerpräsidenten unschicklich ist, mit Haider zu posieren, warum ist das dann für seinen Nachfolger unbedenklich? Und überhaupt: Wenn ein Mensch so außerhalb jeder gesellschaftlichen Akzeptanz steht wie eben dieser Haider, warum macht man mit ihm dann solche Milliardenengeschäfte?

Edmund Stoiber, der am liebsten noch dem Bürgermeister von Wolfratshausen Tagesordnung und Beschlussvorschläge für die Stadtratssitzungen diktieren hätte, der soll macht- und hilflos dagestanden haben, als der ganze Stolz der CSU, die Bayerische Landesbank, eine Bank vom rechtsradikalen Haider kauft? Nein, meine Damen und Herren, das glaube, wer will. Stoiber wollte bloß die Finger hier nicht reinstecken; er wollte sich absichern und nicht mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Kauf selbst ist eine Aneinanderreihung schwerer Unzulänglichkeiten. Die Due Diligence, die für den Kauf eine tragfähige Entscheidungsgrundlage liefern sollte, verlief überhastet, ohne ausreichende und belastbare Informationen, und nach Ansicht der beauftragten Berater ohne ausreichenden Erkenntnisgewinn. Dies hat sie dann auch in einem Disclaimer klar festgehalten. Der Kaufpreis von nominell 1,625 Milliarden Euro, tatsächlich aber 1,65 Milliarden Euro, übersteigt die vom Berater genannte Kaufobergrenze von 1,5 Milliarden Euro um sage und schreibe 150 Millionen Euro.

So hat der Berater Oliver Bender bezeichnenderweise vor dem Untersuchungsausschuss gesagt - er war Übrigens bei den Vertragsverhandlungen nicht dabei -, er habe den Abschluss mit den Worten kommentiert: So ein Blödsinn! Das darf man doch einfach nicht machen.

Der leitende Mitarbeiter der BayernLB, den ich vorhin zitiert habe, der Falthäuser-Zögling Haas, soll ebenso gedacht haben. Aber, meine Damen und Herren, damit noch nicht genug: Den absoluten Vogel hat der Vorstand abgeschossen, als er bei so einem Kauf, wo er so wenig Informationen hatte, nicht etwa Geschäftsgrundlagenregelungen vereinbart hat, sich hat Garantien geben ließ, nein, er hat sogar auf die gesetzlichen Gewährleistungsrechte weitgehend verzichtet.

Wenn man nun schon meinte, die Katze im Sack kaufen zu müssen, keine ausführlichen Due Diligence durchführte, hätte man sich wenigstens im Vertrag weitgehend absichern müssen. Der juristische Berater der BayernLB, Rechtsanwalt Brodey, war völlig zu Recht über die Ignoranz des Vorstandes entsetzt. Er bezeichnete ein ordentliches Regelwerk über die Gewährleistung als das Wichtigste in einem solchen Vertrag. Und bei uns fehlt dies fast komplett.

Mit dem Kauf der Bankanteile für effektiv eine Milliarde sechshundertfünfzig Millionen Euro hat der Vorstand übrigens auch die Ermächtigung überschritten, die ihm der Verwaltungsrat damals gegeben hatte. Die Ermächtigung lautete auf 1,7 Milliarden Euro ab-

züglich 100 Millionen Euro bezifferte Risiken, insgesamt also 1,6 Milliarden Euro. Das durfte der Vorstand auch nur, weil er seine eigene Beschlussvorlage, die ein Maximum von 1,6 Milliarden abzüglich 100 Millionen Euro vorsah, noch um 100 Millionen Euro aufstocken ließ, um die Bankanteile ja zu bekommen.

Zusammenfassend: Der Kauf war eine Aneinanderreihung von Pleiten, Pech und Pannen. Und der Verwaltungsrat? Er ist dem Beispiel der berühmten drei Affen gefolgt: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Das haben wir doch schon öfter gehört! - Harald Güller (SPD): Deswegen bleibt es trotzdem richtig, auch wenn Sie es schon gehört haben!)

Kollege Huber ist nicht da, aber der Kollege Schmid ist da. Können Sie mir sagen, wozu wir beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria einen Verwaltungsrat gebraucht haben? Zumindest Erwin Huber hätte eigentlich wissen müssen, dass diese Bank eine Menge Sprengstoff birgt. Sein eigener Staatssekretär Spitzner hat ihn vor dieser Bank gewarnt. Er hat gesagt: Pass auf, das ist eine ganz heiße Kiste. Interessiert hat das Erwin Huber wenig. Er kommentierte das mit den Worten: Beim Spitzner gab es viele heiße Kisten.

(Lachen bei den Freien Wählern - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das täte sogar stimmen!)

Soviel zur Sorgfalt eines Verwaltungsrats, meine Damen und Herren!

Man hat dem Verwaltungsrat die Zustimmung zu einem Kauf erteilt, als habe man über die Beschaffung eines neuen Teppichreinigers abgestimmt.

Der Beschlussvorschlag stand nicht auf der Tagesordnung. Huber, Beckstein und Schmid waren wie so oft nicht bei der Sitzung dabei. Deshalb hat man beschlossen, im Umlaufverfahren zu entscheiden - im Umlaufverfahren, wie wenn man ein Lokal für eine Weihnachtsfeier festlegt! Im Umlaufbeschluss hat man den größten Deal in der Geschichte der BayernLB gemacht! Nein, es war nicht möglich, noch eine weitere Verwaltungsratssitzung durchzuführen. Obwohl überhaupt keine vernünftigen und verlässlichen Grundlagen für einen sachgerechten Beschluss bestanden, weil die erste Phase der Due Diligence absolut chaotisch verlief, hat der Verwaltungsrat dem Vorstand einen Blankoscheck gegeben. Natürlich haben uns die Verwaltungsräte alle gesagt: Nein, nein, der Blankoscheck, der schriftlich vor euch liegt,

war gar nicht so gemeint; der hat geheime Vorbehalte enthalten. Nur wenn die bestehenden Probleme beseitigt und eventuelle Risiken vom Kaufpreis abgezogen werden, nur dann solle die Ermächtigung gelten.

Nur, die Risiken wurden nicht im vollen Umfang abgezogen, und von einem Gewährleistungsausschluss war in der Beschlussvorlage auch nicht die Rede. Der Vorstand hat beim Kauf eindeutig seine Ermächtigung überschritten. Aber der Verwaltungsrat hat es nicht einmal gemerkt. Kein Wunder. Erinnern Sie sich: Der Verwaltungsrat Schaidinger konnte in seiner Vernehmung noch nicht einmal zum Vernehmungszeitpunkt sicher sagen, was die Bank gekostet hat. Schaidinger, der sich einen Arroganzwettbewerb mit seinen Kollegen Falthäuser und Naser geliefert hat, hat gesagt: Shit happens! Das war der Kommentar für sein Fehlverhalten. Ist das nun Ignoranz, Dummheit oder Desinteresse? - Suchen Sie es sich aus.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, selbst wenn man den geheimen Vorbehalt, den sie behaupten, akzeptiert, ändert das noch immer nichts am Totalversagen der Herren Falthäuser; Huber und Co. Wer hat denn die Einhaltung dieser Ermächtigung überwacht? - Kein Mensch hat sich um diese Vorbehalte gekümmert. Man hat es den Vorständen überlassen, sich bei Problemen zu melden. Die Kontrolleure haben den zu Kontrollierenden die Kontrollpflichten übertragen. Das ist eine Perversion sondergleichen.

Der Ausschuss hat völlig zu Recht das Totalversagen aller Verwaltungsräte und damit der tragenden Säulen der Regierung Stoiber festgestellt. Finanzminister, Wirtschaftsminister, Innenminister, Innenstaatssekretär, ihnen haben wir den Verlust von 3,725 Milliarden Euro zu "verdanken".

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Wir meinen, und da unterscheiden wir uns von Ihnen in der CSU und der FDP, dass alle Verwaltungsräte persönlich in die Haftung genommen werden müssen. Wir sind es den Steuerzahlern schuldig, darauf zu drängen, dass Haftungsprozesse geführt werden. Wohlgermerkt, wir müssen darauf achten, dass sich die Verwaltungsräte nicht billig herauskaufen, sondern dass bestehende Ansprüche gerichtlich verfolgt werden.

Es ist ein Erfolg des Untersuchungsausschusses, hier allerdings ein Erfolg der Freien Wähler, der SPD, der GRÜNEN und der FDP, dass die Landesbank immerhin gegen Falthäuser und Naser vorgeht,

(Beifall bei den Freien Wählern)

aufgrund der Bemerkung im Mehrheitsbericht, dass grobe Fahrlässigkeit und damit Haftbarkeit bei Falthäuser und Naser nicht ausgeschlossen werden kann. Wenn Kollege Dr. Herrmann heute wieder behauptet, diese Prozesse seien aussichtslos, dokumentiert das, dass dieses Ergebnis niemals zustande gekommen wäre, wenn Freie Wähler und FDP nicht dem Bayerischen Landtag angehören würden und die CSU noch mit absoluter Mehrheit regieren würde.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Zurufe von der CSU)

Dann wäre dieses Ergebnis nicht zustande gekommen. Ich erinnere an die Sitzung vom 27. Oktober des vergangenen Jahres, als wir mit einem Dringlichkeitsantrag verjährungsunterbrechende Maßnahmen gefordert haben. Kollege König - auch nicht da - hat damals gesagt, Haftungsansprüche seien nicht erkennbar. Finanzminister Fahrenschon hat uns vorgeworfen, wir würden unser politisches Geschäft betreiben. Staatsminister Söder hat gesagt, CSU klage nicht gegen CSU, und Kollege Georg Schmid war als Anwalt in eigener Sache tätig und meinte, Haftungsklagen seien nicht veranlasst. Ohne Freie Wähler und ohne FDP wären SPD und GRÜNE auf verlorenem Posten gestanden, obwohl sie mit ihrer Kritik in der Sache völlig recht haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich will nicht verschweigen, dass es unterschiedliche Bewertungen gab und gibt. Während die Mehrheitsfraktionen bei den einfachen Verwaltungsräten nur normale Fahrlässigkeit annehmen und davon lediglich Falthäuser und Naser ausnehmen, gehen wir bei allen Verwaltungsräten von einer grob fahrlässigen und damit besonders gravierenden Pflichtverletzung aus, so gravierend, dass man sie in die persönliche Haftung nehmen muss.

Ich habe den leisen Verdacht, der eine oder andere in der FDP sieht das genauso.

Aber letztendlich sind das juristische Wertungsfragen, die ein Gericht entscheiden muss. Deswegen appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, nehmen Sie auch nach dem Abschluss des Untersuchungsausschusses die Gewaltenteilung ernst, lassen Sie die juristischen Haftungsfragen von den dafür zuständigen Gerichten klären. Gregor Gysi schreibt in seiner unsäglich genauen Doktorarbeit: "Rechtsetzung und Rechtsprechung gehören in die Hand der Arbeiterklasse, und die Gewaltenteilung ist ein überkommenes bourgeoises Relikt." Meine Damen und Herren, zeigen wir diesem linken Wirt-

kopf, wie wertvoll und segensreich dieses bourgeoise Relikt ist und geben wir der Justiz die Chance, den Landesbankskandal rechtlich verbindlich zu bewerten und zu entscheiden.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Die politische Bewertung, meine Damen und Herren, haben wir im Untersuchungsausschuss trotz der verfehlten Ausführung des Kollegen Dr. Herrmann heute über alle Parteigrenzen hinweg einvernehmlich vorgenommen, haben das Versagen der verantwortlichen Verwaltungsräte deutlich benannt und damit zur Glaubwürdigkeit in der Politik beigetragen. Dafür gilt allen Kolleginnen und Kollegen unterschiedslos, namentlich den Kollegen Kreuzer und Güller als Vorsitzender und Stellvertreter, aber auch allen anderen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses mein aufrichtiger Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Dr. Dürr das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit des Untersuchungsausschusses steht im deutlichen Kontrast zur Arbeit von Vorstand und Verwaltungsrat der Landesbank. Wir haben alle ordentlich gearbeitet, auch wenn das nach der Rede des Kollegen Herrmann niemand mehr glauben würde. Aber man muss sagen, Kollege Herrmann hat bei der Arbeit des Untersuchungsausschusses Gott sei Dank keine Rolle gespielt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man kann mit Stolz feststellen, dass wir ordentlich gearbeitet haben, und deswegen danke ich allen, die zum Erfolg dieses Untersuchungsausschusses beigetragen haben, vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags, der Fraktionen und der Ministerien. Ohne sie hätten wir diese schwierige und umfangreiche Materie nie in so kurzer Zeit durcharbeiten können.

Man kann und darf bei der Bewertung irren, wie das CSU und FDP in ihrem Bericht teilweise machen. Man muss aber die Entscheidungsgrundlagen sauber herausarbeiten. Das ist dem Ausschuss im Unterschied zu den Organen der Landesbank insgesamt gelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen danke ich Karsten Klein und Thomas Kreuzer für die wirklich gute Zusammenarbeit. Tho-

mas Kreuzer hätte ich gern persönlich für seine Arbeit als Ausschussvorsitzender gedankt, weil ich sie als ebenso fair wie kollegial und unterhaltsam erlebt habe. Unsere diversen Dispute habe ich sehr genossen. Vielen Dank dafür.

Besonders danke ich natürlich auch Harald Güller, Inge Aures und Bernhard Pohl. Der Erfolg des Untersuchungsausschusses ist ein Erfolg der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Diesmal wird sich unsere Oppositionsarbeit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sogar in Euro auszahlen; denn nur durch unsere engagierte Arbeit haben wir die Landesbank gezwungen, Schadenersatzklagen einzureichen. Ohne uns würde der Freistaat keinen Euro von den 3,7 Milliarden Euro wiedersehen, die unter CSU-Verantwortung versenkt wurden.

Dass der Untersuchungsausschuss unterhaltsam war, habe ich schon angesprochen. Zu den Höhepunkten hat sicher der Auftritt des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber gehört. Er hat die Erwartungen voll erfüllt. Er war unverändert, auch wenn sich die Welt um ihn herum inzwischen erheblich verändert hat. Er hat nochmals gezeigt, was wir an ihm hatten. Ich meine, dass auch viele in der CSU froh darüber sind, dass wir ihn nicht mehr haben. Wir vermissen höchstens seine kabarettreifen Einlagen. Ein Beispiel: Haider hat behauptet, er habe Stoiber getroffen. Das hat Stoiber mit dem denkwürdigen Satz zurückgewiesen: "Der Vater des Wunsches ist hier letzten Endes der Gedankengang."

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ein kabarettistischer Höhepunkt war auch der Blick hinter die Kulissen des Wirtschaftsministeriums unter Erwin Huber. Es war zwar in allen betroffenen Ministerien nicht immer gewährleistet, dass Stellvertreter für verhinderte Minister oder Staatssekretäre an Verwaltungsratssitzungen teilnahmen, aber beim Wirtschaftsministerium unter Huber hat dies schon groteske Züge angenommen. Das Wirtschaftsministerium war zum damaligen Zeitpunkt im Verwaltungsrat auf Beamtenebene nicht präsent. Das heißt, es war überhaupt nicht vertreten, wenn der Minister oder sein Stellvertreter auf eine Teilnahme verzichteten. Das war öfter der Fall. Deswegen konnte hier keinerlei Informationsweitergabe erfolgen, vor allem dann nicht, wenn ein Punkt nicht auf der Tagesordnung stand, die Tischvorlagen wieder eingesammelt wurden, die Protokolle aber erst, wie häufig, zur übernächsten Sitzung kamen. Das war zum Beispiel bei der berühmten April-Sitzung der Fall. Im Vermerk zum Umlaufbe-

schluss vom 23. April 2007 heißt es dann folgerichtig, ich zitiere:

Die Unterlagen wurden erst heute zur Verfügung gestellt. In der kurzen Zeit ist eine profunde Prüfung der Unterlagen nicht möglich.

Die Gelegenheit, eine Bank, die in den Märkten Südosteuropas tätig ist, erwerben zu können, ist selten. Es konnte in Erfahrung gebracht werden, dass der angedachte Beteiligungserwerb sowohl vonseiten des Staatsministeriums der Finanzen als auch vonseiten des Staatsministeriums des Innern unterstützt wird. Der Beschlussvorlage kann zugestimmt werden.

Das ist ein Armutzeugnis für das Wirtschaftsministerium. So erbärmlich sieht sie aus, die geballte Wirtschaftskompetenz der CSU unter Stoiber und Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Auch an dieser Stelle zeigt sich, wie segensreich ein Untersuchungsausschuss wirken kann; denn in der Folge hat das Wirtschaftsministerium unter Minister Zeil seine Praxis geändert. In einem Vermerk vom November 2009 steht:

Die Oppositionsfraktionen werden in Kürze die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beantragen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Teilnahme des offiziellen Vertreters des Staatsministeriums für die vollständige Dauer der Sitzung erforderlich.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht aber noch weiter:

Sollte Herrn Staatsminister die Teilnahme zeitlich nicht in vollem Umfang möglich sein, könnte Frau Staatssekretärin oder Herr Ministerialdirektor die Vertretung übernehmen.

Es ist ja schön, wenn die Opposition das Wirtschaftsministerium dazu bringt, ordentlich zu arbeiten. Herr Zeil, wir können aber nur wegen Ihnen nicht einen permanenten Untersuchungsausschuss einsetzen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Arbeit im Untersuchungsausschuss war recht abwechslungsreich. Das Landesbank-Debakel war wie eine Wundertüte voller unerhörter Überraschungen. Bei jedem der 300 Aktenordner musste man auf das Unglaublichste gefasst sein.

Die HGAA ist vermutlich der größte Kriminalfall in Europa. Aber es war kein großes Versagen oder Verbrechen, das die Bank hat zusammenbrechen lassen, sondern viele einzelne haben sich wie Piranhas kleine oder größere Häppchen aus dieser fetten Beute herausgerissen. Umgekehrt haben wir im Ausschuss nur wenige getroffen, die ihre Arbeit ordentlich gemacht hatten. Die Vorstände und Verwaltungsräte der BayernLB haben dazu leider nicht gehört. Entsprechend war auch ihr Auftreten im Untersuchungsausschuss. Jeder einzelne Vorstand hat jegliche Auskunft verweigert. Auch diese Befragungen trugen teilweise groteske Züge. Rudolf Hanisch, früher in der Staatskanzlei, habe ich beispielsweise gefragt: "Können Sie mir sagen, ob Sie Aufsichtsrat der HGAA waren, ohne sich zu belasten?"

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Er konnte es nicht. Selbst bei dieser Frage hat er sich auf sein Auskunftsverweigerungsrecht berufen. Ich habe mir das eine Zeit lang angehört und dann von meinem Frageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Auch der ehemalige Sparkassenpräsident Naser hat versucht, die Aussage zu verweigern, bis ihm der Untersuchungsausschuss einvernehmlich mit einer Ordnungsstrafe gedroht hat. Naser ist ein Mann, den vor der Einvernahme im Untersuchungsausschuss vor allem die Frage umtrieb, wer seine Übernachtungs- und Fahrtkosten zahlt. Die Drohung mit 1.000 Euro Strafe hat ihn prompt zum Reden gebracht.

Leider haben alle damals Verantwortlichen bei den Befragungen einen verheerenden Eindruck hinterlassen, nicht nur die Vorstände. Auch das Auftreten der früheren CSU-Größen entsprach ihrer Arbeit im Verwaltungsrat. Sie waren und sind sich bis heute keiner Verantwortung bewusst. Verantwortung und Schuld tragen, wenn es nach ihnen geht, nur andere. Für Stoiber war niemand verantwortlich, aber wenn überhaupt, dann seine Minister. Für seine Minister war niemand schuld, aber wenn überhaupt, dann Faltlhauser. Für Faltlhauser war niemand schuld, aber wenn überhaupt jemand, dann der Vorstand. Er hat aber gesagt, der Vorstand bestünde aus exzellenten Bankern, denen er vorbehaltlos vertraut habe. Es handelte sich um ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Die Staatsregierung hat sich auf den Verwaltungsrat verlassen. Der Verwaltungsrat hat sich auf die Vor-

stände verlassen. Der Vorstand hat sich darauf verlassen, dass schon alles gut gehen wird.

Wir haben uns im Untersuchungsausschuss vorgenommen, die politische und die rechtliche Verantwortung für das Milliarden-Debakel bei der HGAA aufzuklären. Das ist uns gelungen. Wenn es um die politische Verantwortung geht, stellt sich zuallererst die Frage nach der Rolle des früheren Ministerpräsidenten Stoiber. Das Landesbank-Debakel ist exemplarisch für das System Stoiber. Das geht bereits beim Umgang mit Haider los; das ist ein klassischer Stoiber. Bei der Staatsanwaltschaft hat Stoiber erklärt: Mit einem Rechtsradikalen treffe ich mich nicht. Im Untersuchungsausschuss hat er nochmals behauptet: Mit Haider macht man keine politischen Geschäfte. Das war genau der Stoiber, der Herrn Schüssel damals Herrn Haider als Regierungspartner empfohlen hat. Deswegen gab es in Österreich eine Regierungskoalition mit der FPÖ. Dafür hat Herr Schüssel Stoiber später öffentlich gedankt und ihm auch einen Orden verliehen. So war das. Zuhause wollte sich Stoiber jedoch nicht öffentlich mit Haider zeigen. Da musste statt seiner Herr Beckstein mit aufs Foto. Das ist genau die Art Saubermann, wie wir Stoiber kennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schmutzige Geschäfte sind für Stoiber kein Problem, wenn seine persönliche Weste sauber bleibt. Es ist wie früher: Immer aus der Verantwortung stehlen. Das gilt nicht nur für Haider. Auch was den Kauf der HGAA angeht, schiebt Stoiber die Verantwortung ab. Er hat gesagt: Der entscheidende Mann in all diesen Fragen ist der Finanzminister. Stoiber sagte auch, er hätte erwartet, dass die Repräsentanten der Staatsregierung auf ihn zukommen, wenn sie ein Problem gesehen hätten. Das ist genauso, wie die Verwaltungsräte erwartet haben, dass der Vorstand kommt, wenn es ein Problem gibt und sagt: Bitte kontrollieren. Trotzdem hat sich Stoiber immer wieder in die Geschäftspolitik eingemischt. Das bekannteste Beispiel ist der politische Druck gegen das Veto der kroatischen Nationalbank. Um die entscheidenden Fragen hat er sich jedoch nicht gekümmert, im Unterschied zu Ministerpräsident Seehofer, der sich persönlich mit der Abgabe der HGAA befasste und die letzte Entscheidung selbst traf. Grundlegend für das Debakel ist der Umstand, dass Stoiber die Letztverantwortung für die strategische Ausrichtung der Landesbank hatte. Auch dazu bot Ministerpräsident Seehofer in der Befragung das Gegenmodell. Er hat gesagt, er habe selber entschieden, dass die Landesbank nichts auf dem Balkan verloren habe. Die Entscheidung, dass die Landesbank stand alone, wie es dort immer so schön hieß, also eigenständig bleiben musste, wurde außerhalb des Verwaltungsrats und letztlich

durch Stoiber selbst getroffen. Stoiber hat es zu verantworten, dass eine Bank, die in dieser Größenordnung nicht gebraucht wurde, weiterwachsen musste. Das Rezept hieß, so hat Schaidinger die Banken auf dem Balkan charakterisiert: Fehler durch Wachstum ausgleichen. Das ist ein bewährtes CSU-Modell. Dieses Modell ist endgültig gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgrund der staatlichen Gewährträgerhaftung konnte die Landesbank lange konkurrenzlos günstig an Geld kommen. Herr Fallthäuser hat bei der Befragung erklärt, es habe eine weltweite Nachfrage nach billigem Geld gegeben. Er hat von einer Einladung zu weltweiter Präsenz gesprochen. Jeder wollte also das billige bayerische Geld. Nur die Regierung Stoiber hat diese Einladung so begeistert angenommen. Dass die BayernLB mit diesem günstigen Geld nicht nur in ungewöhnlich hohem Maße ABS-Papiere kaufte, sondern auch eine Bank auf dem Balkan, war nur Stoibers Ehrgeiz und Größenwahn geschuldet.

Der Landtag hat bereits 2008 einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Wir haben damals versucht, das ABS-Debakel aufzuarbeiten. Damals wurde deutlich, dass die Ursache dafür eine Mischung aus Größenwahn und Fahrlässigkeit war. Arroganz hatte sich mit Ignoranz gepaart. Der Kauf der HGAA ist kein Betriebsunfall oder einmaliger Ausrutscher, sondern das Ergebnis einer von Grund auf verfehlten Politik der Regierung Stoiber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zieht sich von den Milliardenverlusten in der Asienkrise über die Verluste bei der LWS mit ihren Immobiliengeschäften in Ostdeutschland, dem Milliardenkredit für Kirch und den Milliardenverlusten mit ABS-Geschäften bis hin zur HGAA durch. Allein die Tatsache, dass die Landesbank eine Bilanz von 400 Milliarden aufwies, während der Staatshaushalt, mit dem wir dafür hafteten, ein Zehntel davon betrug, zeigt, wie größtenwahnsinnig diese Politik war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zur rechtlichen Verantwortung. In einem ersten wichtigen Schritt hat sich der Untersuchungsausschuss durch zwei renommierte Gutachter, Professor Lutter und Professor Schmidt, den Rechtsrahmen darstellen lassen. Zu den wesentlichen Sorgfaltspflichten der Verwaltungsräte gehört es, dass sie dem Vorstand nicht blind vertrauen und ihre Entscheidungen nicht auf Hörensagen bauen, dass sie ihre Holschuld bei der Informationsgewinnung beachten und eine Entscheidung nur auf der Grundlage ausreichender Informationen fällen. Es ist ihnen ausdrücklich ver-

wehrt - so sagten die Gutachter -, die sprichwörtliche Katze im Sack zu kaufen. Das sind lauter Selbstverständlichkeiten. Dös is dös, was a jeda doa dad. Wer dös ned duad, der is a Depp. Wer nicht macht, was jeder tun würde, der handelt grob fahrlässig.

Bis heute kennen die Verwaltungsräte ihre Organpflichten nicht. Auf Kritik an der unzureichenden Informationsgrundlage für die Entscheidung - sie haben nämlich nicht gewusst, in welchem Zustand die Bank überhaupt war - haben alle mit dem Verweis auf das sogenannte strategische Rational geantwortet. Aus damaliger Sicht sei es richtig gewesen, die HGAA zu kaufen. Keiner war in den Befragungen fähig, zwischen der unternehmerischen Entscheidung, der Frage, ob man kaufen soll, und den Sorgfaltspflichten, also der Frage, wie man kaufen muss, zu unterscheiden. Das haben sie bis heute nicht verstanden. Deshalb hat auch keiner die Kritik der Sonderbeauftragten Linner verstanden. Deswegen haben sie auch zu Ihrer Entschuldigung - nicht nur öffentlich, sondern auch im Ausschuss - immer wieder auf den Eigentümergehalt verwiesen, auf die noch ausstehende Billigung durch Kabinett und Sparkassenverbandsversammlung. Diese beiden Organe, die Eigentümervertreter, unterliegen aber gerade nicht den besonderen Sorgfaltspflichten des Verwaltungsrats. Sie haben ganz andere Pflichten. Das haben sie bis heute auch nicht verstanden.

Der Exfinanzminister Faltlhauser hat gesagt, er sei für die Kapitänsentscheidungen zuständig gewesen und nicht für den Maschinenraum der Landesbank. Wer möchte aber mit einem Kapitän fahren, der nicht weiß, was im Maschinenraum los ist?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dementsprechend hat sich der Verwaltungsrat bei der Kaufentscheidung nur auf die strategische Chance konzentriert. Die HGAA war die letzte noch zu kaufende Bank auf dem Balkan, und deswegen hieß die Devise statt, wie wir wissen, der in diesem Fall besonders angebrachten Sorgfalt: Augen zu und durch. Arroganz paarte sich mit Ignoranz. Alle Zeugen mussten einräumen, dass kein einziges Verwaltungsratsmitglied jemals danach gefragt hat, ob der Bankvorstand beim Kauf der Hypo Alpe Adria auch nur die primitivsten Regeln für den ordentlichen Kaufmann beachtete. Die Herren mussten zugeben, dass sie bis heute nicht die genauen Vorgänge oder den Inhalt der Verträge kennen. Kein einziger konnte sagen, ob die 200 Millionen Wertberichtigung, die laut Wirtschaftsprüfer abgezogen werden mussten, abgezogen wurden oder nicht. Der Verwaltungsrat hat sich auch nicht die Ergebnisse der Due Diligence, also die Prüfung der HGAA, darlegen lassen. Die Entscheidung, ob es

sogenannte Dealbreaker gegeben hätte, blieb allein dem Vorstand überlassen. Eine Kontrolle dieser Entscheidung fand nie statt, weder beim Kauf noch danach. Deshalb ist es absurd, wenn Herr Beckstein erklärt - ich zitiere:

(...) wenn man nur ansatzweise das gehört hätte, was jetzt so in den Medien herumgeistert, dann hätte das natürlich nicht gemacht werden können, sowohl von der Höhe des Preises als auch von der Frage der Risiken.

Das haben Beckstein und die anderen nur deswegen nie gehört, weil sie den Vorstand nie gefragt haben. Das war grob fahrlässig. Das müssen sich die Herren Beckstein, Huber, Faltlhauser, der CSU-Fraktionsvorsitzende Schmid und alle anderen heute vorwerfen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Huber hält sich immer noch für den großen Wirtschaftsfachmann, obwohl er die größte Pleite in der Geschichte Bayerns mit zu verantworten hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Auf die Frage im Untersuchungsausschuss, wer die Verkäufer waren oder wohin der Verkaufserlös ging, hat er großspurig geantwortet, nur die Ware müsse man als Käufer kennen. Das sagt ein Mann, der bis heute keine konkrete Kenntnis vom Kaufobjekt hat. Der Kauf der HGAA ist ein Lehrstück gemäß dem Sprichwort: Hochmut kommt vor dem Fall. Bei den Vorständen und Verwaltungsräten der Landesbank bleibt der Hochmut leider auch danach noch. Der Kauf der HGAA war unverantwortlich. Es war unverantwortlich, mit Steuergeldern solche enormen Risiken einzugehen und die Landesbank sich auf dem Balkan tummeln zu lassen. Das würde auch dann gelten, wenn der Kauf rechtlich in Ordnung gewesen wäre. Der Kauf der HGAA war aber rechtlich nicht in Ordnung. Alle, die ihn gebilligt haben, haben pflichtwidrig gehandelt und deshalb den Verlust von mehreren Milliarden zu verantworten. Darin sind sich alle einig. Das steht auch im Bericht der CSU.

Deshalb ist es unerträglich, dass die Versager von damals, nämlich Erwin Huber und Georg Schmid, noch mit wichtigen parlamentarischen Ämtern in der CSU-Fraktion betraut sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso skandalös ist, dass der Sparkassenverband Herrn Schaidinger nicht längst aus dem Verwaltungsrat geschmissen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders empörend ist bei Huber, Schaidinger und Schmid, dass alle drei bis heute ihr Versagen leugnen und meinen, sie könnten so weitermachen, als wäre nichts gewesen. Ich habe bei der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses vor gut einem Jahr hier in diesem Hause gesagt, es sei unerhört, wenn Schmid wie andere Verwaltungsräte vor ihm beteuere, er habe nach bestem Wissen und Gewissen entschieden. Soviel hat sich schon vor Beginn des Untersuchungsausschusses erkennen lassen: Wissen oder Gewissen der CSU-Führung haben beim Kauf der HGAA keine Rolle gespielt. Diese Einschätzung hat sich bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Selbst die eigenen Leute müssen das jetzt einräumen. Deshalb erwarten wir, dass die CSU daraus endlich Konsequenzen zieht, wenn Schmid und Huber dazu selber nicht fähig sind.

Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss hat sich nicht nur mit dem Kauf selbst befasst, sondern auch mit möglichen Versäumnissen danach. Hier muss man leider feststellen, dass es auch unter der Regierung Seehofer/Zeil zu erheblichen Versäumnissen kam. Insbesondere Finanzminister Fahrenschon, aber auch Wirtschaftsminister Zeil müssen wir eine Reihe von Pflichtverstößen vorhalten. Ich will nur fünf herausheben.

Erstens: Da ist der Sündenfall Corinna Linner. Das ist der gravierendste Pflichtverstoß. Als Finanzminister Fahrenschon im April 2009 der Zwischenbericht der Sonderbeauftragten Linner vorlag, hätte er eine juristische Prüfung beauftragen müssen. Er hätte prüfen müssen, ob der Kauf beim damaligen Kenntnisstand ohne Garantien und zu dem Preis, der im April bekannt geworden ist, zu verantworten war. Linner stellt in ihrem Bericht ausdrücklich die Frage, ob die Beteiligten ihrer Sorgfaltspflicht gerecht geworden sind. Dieser Frage sind die beiden Herren nicht nachgegangen. Finanzminister Fahrenschon wurde außerdem von den Rechtsanwälten Gaßner und Janik mehrfach aufgefordert, eine juristische Prüfung vorzunehmen und gegen die alten Verwaltungsräte vorzugehen. Minister Fahrenschon hat sich weggeduckt und sich totgestellt. Er hat erst gehandelt, als der Untersuchungsausschuss vor der Tür stand. Alle damaligen Verwaltungsräte hätten den Hinweisen von Frau Linner nachgehen müssen. Der Vorwurf der Unterlas-

sung trifft beide Minister, Herrn Zeil und Herrn Fahrenschon.

Zweitens: Die neuen Verwaltungsräte hätten schon im Herbst 2009 nach der Regierungsübernahme gründlich prüfen lassen müssen, wo die Bank steht. Das sogenannte Asset Screening wurde mit einem Jahr Verspätung durchgeführt. Das hätte man noch vor der Kapitalerhöhung von 700 Millionen Euro machen müssen. Zu diesem Zeitpunkt stand schon fest, dass die BayernLB die HGAA aufgrund der EU-Auflagen ohnehin loswerden musste. Dass die Alternative der vorzeitigen Abgabe der Bank oder die Prüfung einer Rückabwicklung nicht erwogen worden ist, ist beiden Ministern, Fahrenschon und Zeil, anzulasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kirschner?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): - Er kann sich nachher zu Wort melden.

Drittens: Minister Fahrenschon ist aus meiner Sicht ebenfalls vorzuhalten, dass ihm in seinem Hause die Verträge erst im Herbst 2009 vorlagen. Vor diesem Zeitpunkt lagen dem Finanzministerium keine der vielen Verträge mit den Verkäufern der HGAA und keine Nebenabsprachen vor. Das war mit der Grund, warum die Zwei-Jahres-Frist aus dem Sideletter mit der Kärntner Landesholding nach zwei Jahren unbemerkt verstrichen ist. Laut Sideletter waren danach sogar Minimalgarantien ausgeschlossen. Das ist ebenfalls ein Versäumnis.

Viertens: Herr Fahrenschon und Herr Zeil haben Mitte 2009 das Kreditlimit für die HGAA ohne Prüfung von Alternativen um Jahre verlängert, obwohl die schwere Schieflage der Bank damals schon feststand.

Fünftens: Herr Fahrenschon und Herr Zeil haben ebenfalls zu verantworten, dass in keinem einzigen der vielen Betrugsfälle bei der HGAA Schadensersatz gefordert wurde. Finanzminister Fahrenschon - das muss man zu seiner Ehrenrettung sagen - war der Einzige, der sich im Aufsichtsorgan um die vielen Betrugsfälle gekümmert hat. Er hat immer gesagt: Jetzt müssen wir etwas machen. Passiert ist bis zum Schluss leider nichts. Die Lorbeeren - sprich die Klagen - ernten jetzt die Österreicher. Wir haben die Klagen vorbereitet, und die Österreicher ziehen diese jetzt durch. Den Schaden dieser Versäumnisse hätte man minimieren können. Leider ging der Pfusch auch unter der neuen Regierung weiter.

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt war der Untersuchungsausschuss ein großer Erfolg. Am Ende -

zwar haben wir das heute nicht gehört, das kann jedoch jeder nachlesen - musste selbst die CSU einräumen, dass nicht nur die Vorstände, sondern auch die Verwaltungsräte - Fallthäuser, Beckstein, Huber, Schmid und all die anderen - gegen ihre Pflichten verstoßend schuldhaft gehandelt haben. Damit ist die CSU fast vollständig mit uns auf einer Linie.

Wenn der Zug erst einmal richtig auf das Gleis gesetzt ist, ist er nicht mehr zu stoppen. Die CSU hat im vergangenen Jahr ständig versucht, neue Haltesignale aufzustellen. Erst hieß es, dass das Aktienrecht nicht gelte. Darauf hat die CSU infrage gestellt, ob der Vorstand überhaupt fahrlässig gehandelt habe. Schließlich wollte sie feststellen, dass nur der Vorstand pflichtwidrig gehandelt habe. Dann haben sie behauptet, dass es lediglich um eine einfache Pflichtwidrigkeit des Verwaltungsrats gehe. Dass die CSU mit Fallthäuser und Naser zwei Sündenböcke zum Abschuss freigibt, ist nicht sachgerecht, sondern rein parteipolitisch motiviert. Immerhin wurde damit eine heilige Hemmschwelle durchbrochen. Selbst CSUler sind nicht unantastbar. Am Versagen der CSU-Regierung unter Stoiber besteht kein Zweifel. Das hat jeder in Bayern mitbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Landesbank will bisher nur die Vorstände auf Schadensersatz verklagen. Dabei pfuschen Sie offenbar schon wieder. Das kann man in der Zeitung lesen. Offenbar sind Sie noch nicht einmal dazu in der Lage, ordentliche Klagen einzureichen. Gegen Fallthäuser und Naser stellen sie bisher nur Regressforderungen. Offenbar wollen sie sich mit denen ohne Klagen einigen. Jedoch trägt nur eine öffentliche Verhandlung dem Sühnebedürfnis der bayerischen Bevölkerung Rechnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass die einfachen Verwaltungsräte wie Huber oder der CSU-Fraktionsvorsitzende Schmid straffrei ausgehen sollen, widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin mir sicher, dass auch diese Verteidigungslinie nicht zu halten ist, wenn sich die Vorstände erst einmal vor Gericht verantworten müssen. Dann kommt das ganze Versagen der Aufsichtsorgane auf den Richtertisch. Die Verjährungsfrist beträgt noch sieben Jahre. Spätestens mit der neuen Regierung werden wir die Herrschaften zur Rechenschaft ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Untersuchungsausschuss hat längst eine bundesweite Wirkung erzielt. Ab sofort werden alle Aufsichtsräte, egal ob in Unternehmen oder staatlichen oder kommunalen Beteiligungen, ihre Kontrollfunktionen ernst nehmen, weil sie Angst haben müssen, dass Schadensersatzklagen auf sie zukommen.

Die frohe Botschaft des Untersuchungsausschusses lautet: Gesetze gelten auch in Bayern, selbst wenn ehemalige CSU-Größen davon betroffen sind. Deshalb kann ich zum Schluss mit Stolz feststellen: Das einzig Erfreuliche an der ganzen Landesbankaffäre ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses und der Erfolg der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Für mich persönlich war dieses lange Jahr ein Gegenmittel gegen die grassierende Politikverdrossenheit. Die Botschaft lautet: Wer ordentlich und ausdauernd arbeitet, kann etwas bewirken. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss hat mir wirklich Freude gemacht. Ich bin froh, dass sie erfolgreich war. Aber ich bin auch froh, dass sie vorbei ist.

(Heiterkeit - Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Dürr, es gibt noch ein kurzes Nachspiel. Herr Kollege Dr. Kirschner möchte eine Zwischenbemerkung abgeben.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sie und Ihre Kollegen haben gegenüber Herrn Zeil und Herrn Fahrenschon Vorwürfe erhoben.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es waren mehrere Vorwürfe.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sie haben fünf Vorwürfe hintereinander erhoben, die alle den gleichen Inhalt hatten, dass nämlich versäumt wurde, rechtzeitig rechtliche Schritte einzuleiten. Sie vermischen das politisch Gewollte mit dem politisch Realisierbaren. In der Landesbankkommission haben wir einen einstimmigen Beschluss gefasst. Die GRÜNEN haben ebenfalls dem Beschluss zugestimmt, ein eigenes Gutachten von Flick Gocke Schaumburg anfertigen zu lassen. Das kennen Sie. Wirtschaftsminister Zeil und der Verwaltungsratsvorsitzende Herr Fahrenschon haben zur Sicherheit ein Gutachten von Hengeler Mueller anfertigen lassen. Dass ein solches Gutachten nicht innerhalb von vier Wochen angefertigt werden kann, müsste Ihnen eigentlich bekannt sein. Insofern sind Ihre Vorwürfe null und nichtig.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das stimmt nicht ganz. Zwar ist es richtig, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, jedoch haben Sie mit erheblicher Verspätung gehandelt. Sie haben gehandelt, als der Landtag gehandelt hat, nicht nur mit der Beauftragung der Kommission, sondern auch mit der drohenden Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Sie hätten viel früher handeln müssen. Bei Frau Linner können Sie das nachlesen. Sie haben kein einziges Mal erwogen oder darüber diskutiert, ob Sie diese Vorwürfe rechtlich prüfen müssten. Es gab jede Menge Vorwürfe. Der entscheidende Vorwurf kam von Frau Linner. Sie hat das gesagt, was die Verwaltungsräte und die CSU heute beklagen: Der Vorstand hat uns nicht richtig informiert. Das hat Frau Linner Ihnen damals vorgeworfen. Sie hat noch nicht einmal die Verwaltungsräte attackiert, sondern den Vorstand. Damals haben sie das in ihrer Blindheit nicht kapiert, weil sie immer glaubten, sie befänden sich auf der Kapitäns-ebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Dürr, Ihr Fraktionskollege, Herr Hallitzky, hat sich noch zu Wort gemeldet.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Dürr, stimmen Sie mir zu, dass die Argumentation des Herrn Kollegen Kirschner etwas ungewöhnlich ist, weil es beim Gutachten von Flick Gocke Schaumburg um die ABS-Papiere und nicht um die Hypo Group Alpe Adria ging?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Für diesen Hinweis bin ich sehr dankbar.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das habe ich vollkommen verpennt. Ich habe natürlich - freundlich, wie ich bin - gedacht, dass der Kollege Hengeler Mueller meint. Ich habe praktisch übersetzt, was er gesagt hat. Man muss aber dazu sagen - ich habe ja noch Redezeit -, dass Ministerpräsident Seehofer das in der Befragung ebenso verwechselt hat, weil auch er davon ausgegangen ist, dass nach der Linner-Sitzung gehandelt worden wäre. Es ist aber in diesem Punkt nicht gehandelt worden, sondern nur in puncto ABS. Der Vorwurf des Versagens und der Versäumnisse gegen die beiden Minister bleibt bestehen. Sie haben vertuscht, statt gegen die CSU-Verantwortlichen rechtzeitig und konsequent vorzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Klein für die FDP-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Novum in der Geschichte des Bayerischen Landtags, dass der Untersuchungsausschuss mit einem Mehrheitsbericht endet, der das Fehlverhalten von ehemaligen Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung feststellt. Wir haben in unserem Bericht festgestellt, dass alle Mitglieder des Verwaltungsrats fahrlässig gehandelt haben und dass bei den Personen des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden, Dr. Naser und Professor Dr. Kurt Faltlhauser, grobe Fahrlässigkeit nicht auszuschließen ist. An dieser Stelle machen wir auch keine Rolle rückwärts. Der Bericht ist so, wie wir ihn verabschiedet haben, und genau diese Worte sind darin enthalten.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Die FDP hat von Anfang an objektiv und sachlich zur Aufklärungsarbeit beigetragen. Wir haben nicht zur Treibjagd geblasen, sondern haben ohne Ansehen der Person aufgeklärt. Das Ergebnis ist auch, dass es keinen Freischein für Politiker gibt. Wir haben mit dem Ergebnis des Untersuchungsausschusses ein Stück weit - alle Redner vor mir haben es praktisch schon hervorgehoben - gemeinsam einen Beitrag dazu geleistet, dass Vertrauen zurückgewonnen werden konnte. An dieser Stelle sei mir nach dieser Debatte auch zugestanden zu sagen: Wie nötig die FDP in diesem Untersuchungsausschuss und die neuen Kräfte in diesem Parlament sind, hat die Debatte heute gezeigt.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Der Bayerische Landtag hat uns beauftragt, mögliches Fehlverhalten und etwaige Versäumnisse zu untersuchen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien bedanken. Ich glaube, ohne den entschiedenen Einsatz aller wäre diese Aufklärungsarbeit nicht möglich gewesen. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle diesen Dank aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Sie können gerne am Schluss Stellung nehmen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es tut mir leid. Sie können sich dann gern am Schluss melden.

Karsten Klein (FDP): Wir haben im Untersuchungsausschuss in 29 Sitzungen 74 Zeugen befragt. Wir haben über 300 Aktenordner verarbeitet und ausgewertet. Wir von der FDP haben uns schon am Anfang aktiv eingebracht und den Fragenteil, den die Opposition eingebracht hatte, um weitere siebzig Fragen ergänzt. Unser Schwerpunkt lag klar bei Fragen an Berater und Aufsichtsbehörden. Ich glaube, es war ein entscheidender Beitrag in den Befragungen - das hat zur Sachlichkeit und auch zur Aufklärung beigetragen -, dass wir diese Fragen und Themenkomplexe besonders beleuchtet haben. Wir haben uns engagiert in die Darstellung des Sachverhalts im Abschlussbericht eingebracht. Wir haben dafür Sorge getragen, dass am Ende des Sachstandsberichtes eine Zusammenfassung der Entscheidungen des maßgeblichen Entscheidungszeitraums gegeben wurde, und wir haben bei der rechtlichen Würdigung hart gerungen.

Ich glaube, dass der Bericht, der heute vorgestellt wird und den wir im Ausschuss mit Mehrheit beschlossen haben - ohne die Stimme der FDP wäre es nicht zu einem Mehrheitsbericht gekommen -, sehr wohl die Aufklärungsarbeit widerspiegelt. Ich möchte Herrn Kollegen Güller ausdrücklich recht geben: In vielen Teilen der Darstellung des Sachstands haben wir große Übereinstimmungen. Man sollte an dieser Stelle auch klar das Signal geben, dass wir - alle Fraktionen - in der Aufklärungsarbeit über weite Strecken einer Meinung waren. Es ist tatsächlich so, dass wir uns in dieser einen Fragestellung - grobe Fahrlässigkeit: ja oder nein - auseinanderdividieren. Das ist eine knifflige Entscheidung, zu der ich nachher noch komme.

Im Untersuchungsausschuss ist ein ganzes Arsenal an Fragen und neuen Themen angekommen. Wir hatten - wie schon gesagt - über 300 Aktenordner. Ich möchte mich bei meinen weiteren Betrachtungen auf den engen Bereich, nach unserer Meinung den Kernbereich, konzentrieren, nämlich die Entscheidungsfindung zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria. Eines muss man vorweg stellen: Das Debakel um die HGAA wäre zu verhindern gewesen oder zumindest deutlich abgemildert abgelaufen, wenn man sich an die Vorgehensweise gehalten hätte, die der Verwaltungsrat beim Prozess um einen möglichen Erwerb der BAWAG angewandt hatte. Es ist heute noch nicht erwähnt worden: In diesem Prozess hat der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank dem Vorstand sehr konsequent klare Vorgaben gemacht, was in den Vertrag einzuarbeiten ist, wie sämtliche Risiken abgebildet werden müssen und wie er sich den Prozess vorstellt. Im Jahr 2007 waren also keine neuen Pro-

zesse, keine völlig neuen Aufgaben an den Verwaltungsrat gestellt worden. Man kannte den Prozess vielmehr aus dem Jahr 2006.

Im Jahr 2007, bei der Sitzung des Verwaltungsrats am 20.03., in der der Verwaltungsrat zum allerersten Mal mit dem Thema eines möglichen Erwerbs der HGAA konfrontiert wurde - im Übrigen ist richtig: Der Punkt ist nur unter "Sonstiges" aufgerufen worden -, bestand im Verwaltungsrat die klare Meinung, dass man für einen solchen Erwerb eine detaillierte Unternehmensbewertung, eine Due-Diligence-Prüfung braucht und eine solche vonnöten ist. Man hat damit den Vorstand beauftragt. Insofern muss man feststellen: Am 20.03. war noch alles im grünen Bereich. Auch am 20.04. stand der Punkt wiederum ohne Ankündigung auf der Tagesordnung - ich komme gleich noch dazu - und man hat einen Vortrag der Berater gehört, in dem über 25 Punkte - Herr Kollege Güller hat es schon gesagt - benannt wurden, in denen eine Nachprüfung, eine weitere Prüfung, eine zweite Due-Diligence-Prüfung, vonnöten gewesen wäre. Diese hat man auch in Auftrag gegeben. Es war aber nicht der Zeitpunkt, dass der Verwaltungsrat schon fähig gewesen wäre, pro oder kontra den Erwerb der HGAA zu entscheiden. Am 20.04. war das noch nicht so weit. Das haben die Berater klar zum Ausdruck gebracht, und zwar nicht nur in der Sitzung, sondern auch in den Befragungen. Auch das gehört zur gesamten Wahrheit.

Der Vorstand wiederum wollte einen Beschluss schon an diesem Tag. Man hatte auf Antrag von Professor Fallthauer vereinbart, am 23.04. einen Umlaufbeschluss zu machen. Interessant ist, dass in der Zwischenzeit, also vom 20.04. bis zum 23.04., bis der Beschluss unterschrieben sein musste, keine einzige zusätzliche Information erfolgt ist, keine einzige zusätzliche Sitzung, auch keine Telefonkonferenz und auch kein Meeting. Einige haben bilateral miteinander telefoniert, aber das Gremium ist weder in Gänze noch in Teilen zusammengetreten.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass am 23.04. die Entscheidungsgrundlage exakt die gleiche war wie am 20.04. und dass der Verwaltungsrat deshalb am 23.04. zu diesem Thema nicht beschlussfähig gewesen ist. Das haben wir in unserem Mehrheitsbericht festgestellt.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den Freien Wählern)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf meinen Eindruck hinsichtlich der Befragungen kurz eingehen. Ich möchte zuallererst die Vertreter der Sparkassen benennen. Die Herren, die bei uns im Untersuchungs-

ausschuss Stellung genommen haben, haben sehr viel Wert darauf gelegt, dort nur als Gäste aufzutreten und aus Nettigkeit zu uns zu kommen. Die Spitze der unsäglichen Auftritte lag bei Herrn Dr. Naser und bei Herrn Schaidinger. Es gehört auch zur Wahrheit am Ende eines solchen Untersuchungsausschusses, dass man das benennt. Es war kein gutes Bild, das die Vertreter der Sparkassen und der kommunalen Spitzenverbände hier in diesem Haus abgegeben haben. Verantwortung übernehmen sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Das gilt insbesondere für eine Person, für Herrn Schaidinger. Obwohl der Vorsitzende der Bayerischen Landesbank im Dezember 2010 festgestellt hat, dass sein Verhalten im Jahr 2007 fehlerhaft und fahrlässig war, sitzt er nach wie vor im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank. Er hat in überhaupt keiner Weise vor dem Ausschuss deutlich gemacht, dass er, rückblickend betrachtet, eine andere Verhaltensweise an den Tag legen würde. Deshalb finde ich es höchst bedenklich, dass Herr Schaidinger nach wie vor Mitglied des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank ist.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch: Das zu ändern, ist nicht Aufgabe des Bayerischen Landtags, ist nicht Aufgabe der bayerischen Staatsregierung, sondern das ist Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände, in denen auch Vertreter der SPD und der Freien Wähler eine entscheidende Rolle spielen. Sie könnten da sicher noch Druck ausüben, damit dieser Fehler geheilt wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch kurz einen Blick auf die Verkäuferseite bei den Befragungen richten. Es war interessant, dass die dort unisono erklärt haben, sie hätten jemanden wie die Bayerische Landesbank gebraucht. Alle Argumente, die darauf hinausliefen, dass man hier in der schlechteren Verhandlungsposition gewesen wäre, haben sich nicht bewahrheitet.

Zusammenfassend muss man über die Arbeitsweise im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank sagen, dass sie für diesen Fall völlig unangemessen war. Man hat die Federführung im Verwaltungsrat dem Finanzministerium, dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter zuerkannt. Man hat dort Tischvorlagen über sich ergehen lassen, ohne dagegen vorzugehen. Man hat zugelassen, dass die Themen immer wieder unter "Sonstiges" auf die Tagesordnung genommen

worden sind. Dagegen gab es keinen nachhaltigen und starken Widerstand. Im Verwaltungsrat herrschte damals kein konstruktiv-kritisches Klima. Das ist der Hintergrund für die Entscheidung am 20. bzw. 23. April. Auch die Teilnahme an den Sitzungen, die heute schon angesprochen wurde, ist ein Indiz dafür, wie ernst damals den Agierenden das Thema war. Das ist leider kein guter Aspekt im gesamten Verfahren.

Eines ist besonders bezeichnend: Bei den Befragungen konnte niemand der damals Anwesenden den Bruch zwischen der Sitzung am 20. April 2007 und dem Umlaufbeschluss am 23. April klar herausarbeiten. Nicht jedem war klar, woher und warum der Bruch kam. Am 23.04. war man nicht beschlussfähig, um den Vorstand der Bayerischen Landesbank zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria zu ermächtigen. Die Unterlagen der Berater sahen eine solche Ermächtigung überhaupt nicht vor; trotzdem hat man die Ermächtigung beschlossen. Dieser Widerspruch ist eventuell damals überhaupt niemandem aufgefallen. Jedenfalls konnte uns niemand sagen, wie es dazu kam. Das muss am Ende dieses Untersuchungsausschusses festgestellt werden.

Hinzu kommt, dass sich offensichtlich niemand der Bedeutung der Entscheidung so richtig bewusst war oder niemand ihre Bedeutung einfließen lassen wollte; denn das hätte bedeutet, dass man bei der Risikoprüfung und der Betrachtung der Themen noch sorgfältiger hätte vorgehen müssen. Das konnten wir leider nicht feststellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb haben wir bei allen Verwaltungsräten Fahrlässigkeit beim Verhalten beim Kauf der Hypo Group Alpe Adria 2007 festgestellt. Das gilt für alle Verwaltungsräte und natürlich auch, selbst wenn wir dieses Urteil nicht niederschreiben sollten, auch für die von der Sparkassenseite.

Warum sprechen wir nur von Fahrlässigkeit und nicht von grober Fahrlässigkeit? - Wir sind der Meinung, dass die Aussagen der einfachen Verwaltungsratsmitglieder glaubhaft sind, dass sie davon ausgegangen sind, dass vor der Unterzeichnung des Vertrags, also vor dem Signing, noch eine Sitzung des Verwaltungsrats stattfindet. Überlegungen, wie die Entscheidung ausgefallen wäre, wenn es eine solche Sitzung gegeben hätte, sind reine Spekulation. Die Behauptung, dass die HGAA nur für ein bisschen weniger Geld gekauft worden wäre, halte ich für gewagt.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das Ergebnis einer solchen Sitzung kann man nicht beurteilen und auch nicht festhalten. Deshalb spre-

chen wir von Fahrlässigkeit bei den einfachen Mitgliedern des Verwaltungsrats.

Anders stellte sich das natürlich beim Vorsitzenden und beim Stellvertreter des Gremiums dar. Die beiden sind laut dem Gutachten, das wir in Auftrag gegeben haben, die Ersten unter Gleichen. Das heißt im Umkehrschluss, dass das auch für diese einfache Fahrlässigkeit gilt. Ihnen wurden aber per Gesetz, Satzung und Corporate-Governance-Regelung zusätzliche Rechte eingeräumt. Das bedeutet nicht nur Berichtspflichten des Vorstands zwischen den Verwaltungsratssitzungen, das bedeutet nicht nur, dass sie in dringenden Fällen ohne den Verwaltungsrat entscheiden dürfen, wenn es die Situation nötig macht; das bedeutet nicht nur, dass sie auf eigenen Wunsch an Sitzungen des Vorstands hätten teilnehmen können; das bedeutet auch das Recht, den Geschäftsbetrieb und sämtliche Rechtsverhältnisse der Bank zu prüfen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, man sieht schon an dieser Aufzählung, dass der Vorsitzende und der Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank weitgehende Rechte und damit auch Pflichten hatten, um in das Handeln der Bank einzugreifen. Diese besonderen Rechte führen auch zu Pflichten. Die wichtigste Pflicht wäre die Einberufung einer Sitzung vor Signing gewesen. Das haben die zwei Betroffenen versäumt. Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir im Verhalten des Vorsitzenden und des Stellvertreters grobe Fahrlässigkeit nicht ausschließen können. Das ist eine ziemlich eindeutige und klare Positionierung in einem Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags.

(Beifall bei der FDP, der SPD; den Freien Wählern und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Das ist mit Herrn Herrmann nicht durchbesprochen!)

Sollten einige jetzt darauf hinweisen, dass die österreichische Seite und der Vorstand Tatsachen vorenthalten haben, muss man hier festhalten, dass das Fehlverhalten der Verwaltungsräte an dieser Stelle umso schlimmer wiegt; denn erst dieses Verhalten hat den Spielraum für ein solches Vorgehen eröffnet, zumindest hätten sie es unterbinden können.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wer aber Kontrolle durch Vertrauen ersetzt, fordert das Schicksal heraus. Deshalb kann das auch nicht als Entschuldigung dienen.

Weitab von juristischen, inhaltlichen und sachlichen Erwägungen möchte ich an dieser Stelle eines festhalten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer damals,

als die Entscheidung gefallen ist, als Kurfürst mitentschieden hat, kann heute für sich gewiss nicht in Anspruch nehmen, dass er ein Bauernopfer sei.

(Beifall bei der FDP, der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Neben den inhaltlichen Themen, die ich soeben aufgeführt habe und die sich im Bericht wiederfinden, die auch für das Votum entscheidend sind, ob Fahrlässigkeit oder grobe Fahrlässigkeit, möchte ich noch auf ein paar andere Aspekte hinweisen, die auch im Untersuchungsausschuss behandelt wurden. Der Kauf der Hypo Group Alpe Adria war im Prinzip auch gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Satzung eine Richtungsentscheidung, zu der allein der Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank befähigt war, nicht der Vorstand, übrigens im Gegensatz zur freien Wirtschaft und zu Aktiengesellschaften. Wir mussten aber den Eindruck gewinnen, dass das dort keinem so richtig bewusst war. Viele haben sich auf die Osteuropastrategie zurückgezogen. Die Osteuropastrategie umfasste aber explizit nicht die Länder, in denen die HGAA ihren Schwerpunkt hatte.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Damit hier kein Missverständnis entsteht: Hier geht es nicht darum, dass in der Osteuropastrategie einige Länder vergessen wurden, sondern die HGAA hatte in Ländern ihren Schwerpunkt, die eine ganz andere Risikoklasse haben als die Länder in der Osteuropastrategie. Deshalb impliziert diese Entscheidung damals auch eine Richtungsentscheidung. Diese Richtungsentscheidung hätte es auch erfordert, dass man sich mehr und tiefer gehende Gedanken über das eigene unternehmerische Potenzial gemacht hätte. Man hätte sich nämlich die Frage stellen müssen, ob die Bayerische Landesbank damals - zu diesem Zeitpunkt ohne Konzernmanagement - in der Lage gewesen wäre, ein Unternehmen wie die Hypo Group Alpe Adria mit mehr als 400 überwiegend im Ausland tätigen Töchtern überhaupt zu führen. Darüber hat man sich zu dem Zeitpunkt aber nur in ganz eingeschränktem Maß Gedanken gemacht. Deshalb fallen Argumente wie die, dass man sich bei der Entscheidung getäuscht gefühlt, dass man eine falsche Entscheidung gefällt habe, ins Leere. Es geht um eine elementare Entscheidung, die der Verwaltungsrat damals gefällt hat. Diese Entscheidung hat er aufgrund von ungenügenden und unzureichenden Informationen und aufgrund einer unzureichenden Diskussion getroffen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und den Freien Wählern)

Das alles wäre nicht so dramatisch, wenn es nicht um Steuergelder, wenn es nicht um die Gelder der Bür-

gerinnen und Bürger gehen würde. Deshalb bleibt nach wie vor die Frage für das künftige politische Alltagsgeschäft offen, nämlich die Frage, ob der Freistaat Bayern neben einer Förderbank wirklich eine Staatsbank braucht.

Hier komme ich zu einem weiteren Punkt, den wir ebenso im Untersuchungsausschuss behandelt haben, nämlich das Thema öffentlicher Auftrag. Der öffentliche Auftrag, auch das haben unsere Gutachter festgehalten, steht über allen Geschäften, die die Bayerische Landesbank durchführt. Über allen Geschäften steht der öffentliche Auftrag! Alle Geschäfte sind nur im Sinne des öffentlichen Auftrags durchzuführen. Das hätte doch zumindest eine tiefere und aufksamere Prüfung erfordert. Alle uns im Untersuchungsausschuss vorgelegten Theorien von einer Zwei-Säulen-Bank finden wir im Landesbankgesetz nicht. Ich glaube, dort sind sie auch nicht niedergeschrieben, zu diesem Ergebnis kommt man vor allem, wenn man die Begründung durchliest.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Viel schwerer, liebe Kolleginnen und Kollegen, wiegt, dass wir nicht den Eindruck gewinnen konnten, dass man sich damals über die Frage, öffentlicher Auftrag ja oder nein, überhaupt Gedanken gemacht hat. Es gibt hierzu keinen einzigen Hinweis in einem der Protokolle, und es gibt auch bei den Befragten keine Aussage, dass sie an solchen Diskussionen teilgenommen hätten. Es gibt allein die Aussage, dass man sich persönlich, privat, für sich selbst, damit beschäftigt habe und zu einem positiven Urteil gekommen sei. Das alles ist dann auch noch im Hinblick auf die Ost-europastrategie zu sehen. Das halte ich persönlich angesichts dieser schwerwiegenden Frage aber für ungenügend.

Das Ergebnis des Untersuchungsausschusses liegt Ihnen vor. Der Untersuchungsausschuss hat aber auch eine ganze Reihe von Themen genannt, die in die Zukunft weisen. An dieser Stelle, wenn ich über das Thema Zukunft und die gegenwärtige Regierung spreche, muss festgehalten werden, dass diese Koalitionsregierung aus FDP und CSU die Landesbank und die Problematik in der Landesbank als Bürde von der alten Regierung übernommen hat. Diese Koalitionsregierung hat aber gehandelt. Wir haben gemeinsam ein neues Landesbankgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben auch dafür gesorgt, dass in den Verwaltungsrat zunehmend Sachverstand eingezogen ist. Wir haben die Aktionsmöglichkeiten der Bayerischen Landesbank räumlich und inhaltlich eingegrenzt, und wir haben die Tür für die Privatisierung in dieses Landesbankgesetz eingebaut. Daran können

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Diese Koalition hat verstanden. Wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und das Gelernte auch umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Thema war die Rechtsaufsicht. Bei unseren Befragungen hat sie sich als äußerst zahnloser Tiger erwiesen. Die Rechtsaufsicht im Finanz- und im Innenministerium hat nämlich noch nicht einmal darüber nachgedacht, zu prüfen, ob der Kaufvertrag in Übereinstimmung mit dem Gesetz steht. Wir denken, auch hier muss künftig nachgebessert werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und ein Drittes: Das betrifft dieses Hohe Haus im besonderem Maß, und zwar geht es um die Beteiligung des Landtags und um das Haushaltsbudget. Man muss sich nämlich durchaus fragen, ob der Kauf einer Bank in dieser Dimension angesichts der Größe des Geschäftes nicht das Haushaltsrecht und die Budgethoheit des Bayerischen Landtags berührt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist durchaus zu fragen, ob es damals ausreichend war, den Haushaltsausschuss kurz zu informieren und mit Hinweis auf den Nachtragshaushalt die Behandlung möglicher Kapitalerhöhungen in den nächsten Nachtragshaushalt zu verschieben. Das alles wiegt umso mehr, weil es nicht nur um die damals, in der aktuellen Situation, notwendigen Mittel ging, sondern vielmehr um das übernommene Risiko, das auf den Staatshaushalt zukommen könnte. Ich glaube, hier haben wir ein Thema, über das wir reden müssen. Wir haben in dieser Frage auch gemeinsam nachgebessert, damit solche Themen künftig im Haushaltsausschuss mit Zustimmung verabschiedet werden müssen. Ich glaube, auch das war eine richtige Entscheidung in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der FDP)

Es ist aber auch wichtig, dass das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses auch Folgendes nach außen signalisiert: Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, dass wir keine Freischeine geben und dass wir auch einen Beitrag dazu leisten, dass Ähnliches nicht mehr passiert. Wir wollen vorbeugen und ich glaube, in dieser Frage muss ich Herrn Kollegen Dr. Dürr recht geben: Viele Verwaltungsräte, nicht nur in der Bayerischen Landesbank, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland, werden sich künftig zweimal überlegen, wie sie nach diesen Ereignissen

ihre Aufgaben in einem Verwaltungsrat oder in einem Aufsichtsrat erfüllen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem Bericht des Vorsitzenden hat die FDP nur zugestimmt, weil dort fahrlässiges Verhalten aller Verwaltungsräte festgestellt wurde. Wir haben nur zugestimmt, weil im Bericht in der Person des Vorsitzenden und seines Stellvertreters grobe Fahrlässigkeit nicht ausgeschlossen werden konnte. Nur mit der Zustimmung der FDP ist der Bericht zu einem Mehrheitsbericht geworden. Ich denke, unser Beitrag in der Aufklärungsarbeit kann sich nicht besser widerspiegeln.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letztendlich muss nach diesen Vorfällen auch über das staatliche Engagement neu nachgedacht werden. Bei waghalsigen Investitionen und beim Engagement in Regionen, die nicht zum Freistaat Bayern gehören, geht es um das Geld der Steuerzahler. Hier steht das Geld der Bürgerinnen und Bürger auf dem Spiel. Wir haben hier die politischen Verantwortlichkeiten geklärt und die zivilrechtlichen Folgen klar zugeordnet; das ist ein Gewinn an politischer Hygiene. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns allen gemeinsam in Zukunft der Auftrag anheimfällt, dafür Sorge zu tragen, dass den Bürgerinnen und Bürgern solche Probleme und ein derart hoher Schaden nicht mehr zugezogen werden. So etwas muss abgewendet werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das Wort hat jetzt Herr Professor Dr. Bausback. Ihm folgt Frau Kollegin Aures. Bitte schön, Herr Kollege Professor Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Leider habe ich nicht mehr die volle Redezeit. Deshalb will ich mich auf einige Punkte beschränken, die sich auch auf die vorangegangenen Beiträge beziehen. Ich will nicht alles wiederholen, was Herr Kollege Herrmann zu Recht als das wesentliche Ergebnis des Untersuchungsausschusses dargestellt hat.

Vorweg noch zu Herrn Kollegen Klein. Das Ergebnis des Mehrheitsberichts ist ein gemeinsames Ergebnis von CSU und FDP, daran sollten wir festhalten. Wenn Sie hier die Frage des öffentlichen Auftrags ansprechen, so ist hervorzuheben, dass Herr Professor Schmidt, der Gutachter, klar ausgesagt hat, dass der Kauf der HGAA durch das Landesbankgesetz gedeckt

war. Wenn es nicht so wäre, und in dieser Frage stehen Sie genauso in der Verantwortung wie wir, dann müsste man sofort über die MKB-Bank nachdenken. Insoweit sollten wir doch an diesem gemeinsamen Ergebnis festhalten.

Die Opposition hat behauptet, die Bayerische Landesbank habe bis heute kein tragfähiges Geschäftsmodell. Dies ist ein von Ihnen erhobener Vorwurf.

(Harald Güller (SPD): Das ist nachzulesen in zig Aussagen und steht im Protokoll!)

Die Bank schreibt inzwischen schon wieder schwarze Zahlen.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, im Übrigen bestätigen Sie hier nur, was Kurt Tucholsky schon vor Jahrzehnten festgestellt hat: Neben dem Fortpflanzungstrieb und dem Trieb zu essen hat der Mensch zwei Leidenschaften, zum einen die Leidenschaft, Lärm zu machen, und zum anderen, nicht zuzuhören.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb stehen Sie ja auch am Mikrofon!)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Landesbank hat ein tragfähiges Geschäftsmodell. Wenn Sie sich die Entwicklung nach der Wirtschaftskrise anschauen, dann müssten Sie auch wissen, wie wichtig die Bayerische Landesbank inzwischen für die Finanzierung des größeren Mittelstandes ist.

Meine Damen und Herren, 29 Sitzungen, 74 Zeugen, mehr als 300 Aktenbände und nun das: Ihre Auftritte, Herr Güller, Herr Pohl, Herr Dürr, waren "dürr" im wahrsten Sinne des Wortes

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN: Oh!)

"Ein Tag der Wahrheit", sagten Sie, Herr Güller. Schon in dieser Sitzung sollten Sie sich an dieser Aussage messen lassen. Wir hätten auf die Ministerbefragung heute verzichtet, wenn die GRÜNEN auf die Aktuelle Stunde verzichtet hätten. Dann wäre die Beratung des Schlussberichts der erste Tagesordnungspunkt gewesen. Uns vorzuwerfen, dass wir nicht auf unsere Rechte verzichten, wenn die anderen Fraktionen ebenso wenig kompromissbereit sind, ist scheinheilig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dass Sie, Herr Güller, es mit der Wahrheit auch im Untersuchungsausschuss nicht immer so genau ge-

nommen haben, durften wir während der Beweisaufnahme erleben, als Sie nach einer Sitzung vor die Presse getreten sind und wider besseres Wissen behauptet haben, dass die Verwaltungsräte aus der Staatsregierung ihre Aufwandsentschädigungen für ihre Verwaltungsratsstätigkeit eingesteckt hätten, obwohl drei-, viermal zuvor im Untersuchungsausschuss Thema war, dass diese Gelder unmittelbar zugunsten von Stiftungen des Landes abgeführt wurden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Behauptung, der Untersuchungsausschuss sei Ihr Erfolg,

(Inge Aures (SPD): Eurer nicht!)

ist der Gipfel der Unverfrorenheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn es keine Verfehlungen gegeben hätte, hätten wir den Ausschuss nicht gebraucht! Das haben wir euch zu verdanken!)

Der Gipfel der Unverfrorenheit ist auch, dass Ihr Fraktionsmitglied Dr. Rabenstein in seinem Buch auf Seite 152 feststellt, dass der Untersuchungsausschuss

(Zuruf von der SPD)

- ja, ich bin Schnellleser - eine Abrechnung Seehofers mit der Ära Stoiber sei. So ein Unsinn.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten sich zumindest darüber einig werden, ob das nun ein Erfolg der Opposition ist oder die Rache Seehofers, der mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gar nichts zu tun hatte; denn er ist nicht Mitglied des Hohen Hauses, was man natürlich bedauern kann.

(Harald Güller (SPD): Wenn Sie auch im Ausschuss nur einmal soviel gesagt hätten wie heute!)

- Herr Kollege, ich habe mich im Ausschuss immer dann, wenn es notwendig war, zu Wort gemeldet.

(Harald Güller (SPD): Heiterkeit im Saale!)

Die Behauptung, ohne Sie wäre der Untersuchungsausschuss zu keinem Ergebnis gekommen, ist falsch. Wir haben gemeinsam mit der FDP für die objektive Aufklärung gesorgt. Was Sie in Ihrem Minderheitenbericht als Substanz bringen, ist zum großen Teil Unsinn.

(Bernhard Pohl (FW): Haben Sie ihn gelesen?)

Herr Pohl, vom Niveau, das Sie für sich in Anspruch nehmen, haben wir mit Ihrem Metzger-Bild im Untersuchungsausschuss einen Eindruck erhalten.

(Bernhard Pohl (FW): Das Sie bis heute nicht kapiert haben!)

Dieses Niveau zieht sich durch und kann mit dem Unsinn, den Sie hier heute zur rechtlichen Würdigung und zur Fahrlässigkeit verbreiten - ich werde später noch darauf eingehen -, mithalten.

(Bernhard Pohl (FW): Jawohl, Herr Professor!)

Eines ist auf jeden Fall klarzustellen, Herr Pohl: Die bayerische Staatsanwaltschaft braucht keine Ratschläge von einem, der eigenes Fehlverhalten mit Lügen zudeckt.

(Widerspruch bei den Freien Wählern - Beifall bei der CSU)

Die Staatsanwaltschaft in Bayern handelt nach Recht und Gesetz und ist dem Legalitätsprinzip verpflichtet. Das müssten Sie eigentlich seit Ihrer Referendaraus- bildung wissen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen brauchen wir, was die Gewaltenteilung angeht, von Ihnen keine Nachhilfestunden.

(Bernhard Pohl (FW): Offenbar doch!)

Herr Dürr, Sie sprechen ebenfalls von einem Erfolg der Opposition mit diesem Untersuchungsausschuss. Träumen Sie weiter! Nachdem, was wir heute erleben, wird deutlich: Alle tragfähigen Ergebnisse sind im Mehrheitsbericht niedergelegt. Daran ändert sich nichts, wenn Sie sich in billiger Weise über Versprecher des früheren Ministerpräsidenten Stoiber lustig machen.

(Bernhard Pohl (FW): Falscher Zettel!)

Herr Dürr, Sie haben nach all den Sitzungen offensichtlich nicht mitbekommen, wer für eine Klage gegen Vorstand und Verwaltungsrat zuständig ist. Falls Sie auf eine Regierungsbeteiligung hoffen, die nie kommen wird: Für eine Klage ist ausschließlich die Bank zuständig, niemand sonst.

Die Behauptung der Opposition, der frühere Ministerpräsident Stoiber habe im Hintergrund die Fäden gezogen, ist in sich widersprüchlich. Wenn Sie auf die Neigung des früheren Ministerpräsidenten abstellen, Dinge nach außen darzustellen, die zugegebenerma-

ßen vorhanden ist, hätte das deutlich werden müssen. Im Untersuchungsausschuss wurde kein Beleg für eine Einflussnahme Stoibers gefunden. Wenn Sie ehrlich wären und neutral an der Aufklärung interessiert wären, müssten Sie das bestätigen.

(Bernhard Pohl (FW): Er lag regungslos im Bett!)

Durchsichtige Rücktrittsforderungen gegen unseren Fraktionsvorsitzenden Schmid und gegen Erwin Huber werden wir nicht mittragen. Wenn Sie diese Rücktrittsforderungen heute erheben, dann tun Sie nur das, was Sie schon von Anfang an gemacht haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können wir dieses Drama nicht beenden?)

Für Sie standen die Schuldigen, die Verantwortlichen vorab fest. Deshalb ist es ein durchsichtiges Manöver, wenn Sie jetzt mit diesen Rücktrittsforderungen kommen.

Die Bewertung, dass alle Verwaltungsräte grob fahrlässig gehandelt haben, steht auf juristisch sehr dünnem Eis, was offensichtlich Ihrer mangelnden Neutralität in diesem Untersuchungsausschuss entspringt. Sie begründen das in Ihrem Votum nicht ansatzweise. Ihre hanebüchenen Argumente dafür, die Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit für unwirksam zu erklären, sind eine Beleidigung für jeden ernsthaften Juristen.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Die Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit wollen Sie jetzt aus der Satzung streichen. "Respice Finem" sagt der Lateiner; überlegen Sie, was das heißt. Überlegen Sie, was das für die vielen öffentlichen Unternehmen und auch für die Sparkassen in Bayern bedeuten würde, wenn die Verwaltungsräte, wenn solche Gremien auf eine Haftung für einfache Fahrlässigkeit verpflichtet würden: Sie würden die öffentlichen Unternehmen ihrer Handlungsfähigkeit berauben.

Meine Damen und Herren von der Opposition, letztlich haben wir in dem Ausschuss wertvolle Aufklärungsarbeit geleistet. Die Ergebnisse wurden vom Kollegen Dr. Florian Herrmann im Wesentlichen dargestellt. Dazu haben wir weder die FDP gebraucht, obwohl wir gut zusammen gearbeitet haben, noch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition. Wer in der Bundesrepublik Deutschland hat sich bei privaten Banken oder öffentlichen Banken, bei denen Sie oder Ihre Parteifreunde in Aufsichtsgremien saßen, nach der Finanzkrise einer ähnlichen Aufklärungsarbeit unterzogen?

(Bernhard Pohl (FW): Das war sehr notwendig! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Witz! - Bernhard Pohl (FW): Wer hat denn sonst noch 3,7 Milliarden verzockt?)

Wir haben das in verantwortungsvoller Art und Weise gemacht, nicht im Interesse eines billigen politischen Schaukampfes, sondern um für die Zukunft aus den Fehlern, die es in der Bayerischen Landesbank gegeben hat, zu lernen und die Bank als Bank des Freistaates Bayern zukunftsfähig zu machen, egal in welcher Richtung sich der Freistaat Bayern für diese Bank entscheiden wird.

Meine Damen und Herren, es ist schade, dass Sie mit Ihrem Minderheitenbericht an einigen wenigen Stellen das Gesamtergebnis des Untersuchungsausschusses konterkarieren. Die Zusammenarbeit war über Strecken sicherlich gut und sachlich. Alle Kollegen haben das schon festgestellt. Mit billigen und polemischen Feststellungen zu einzelnen Punkten, insbesondere was die Frage der Fahrlässigkeit angeht, können wir nicht einverstanden sein. Wir müssen uns dagegen entschieden zur Wehr setzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, bleiben Sie noch kurz am Redepult. Jetzt folgt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege, nachdem Sie so heldenhaft den ehemaligen Ministerpräsidenten verteidigt haben und vielleicht im Untersuchungsausschuss nicht alles mitbekommen haben: Wie werten Sie denn Ihre Aussage, dass er keinerlei Einfluss auf die kroatische Nationalbank genommen habe? In seiner Aussage hat er das so gesagt. Uns liegt eine Pressemitteilung der kroatischen Nationalbank von Gouverneur Dr. Rohatinski vor, die in einfachen englischen Worten sagt: "There ist no truth in Mister Stoiber's claim". - Auf Deutsch gesagt: Stoiber lügt.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, Sie hätten mir zuhören sollen. Ich habe gesagt, dass der bayerische Ministerpräsident Stoiber keinen Einfluss auf die Kaufentscheidung genommen hat, und dabei bleibe ich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Aures. Danach hat sich Herr Kollege Dr. Bauer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Aures.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Prima, möchte ich sagen, dass Herr Professor Bausback heute einmal munter ist - im Aus-

schuss war er immer recht ruhig - und dass er heute einmal richtig "aufgedoppelt" hat.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wenn Sie Tucholsky zitieren, dann antworte ich Ihnen natürlich mit unserem alten Wehner: "Quatsch, quätscher, am quätschesten!" Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Lieber Herr Klein, ich habe mich heute einmal so angezogen wie die FDP, damit Sie nicht alleine sind. Ich kann Ihnen sagen: Sie haben objektiv mitgearbeitet, Sie haben sich immer kritisch eingebracht. Es ist schade, dass Sie am Schluss nicht mitstimmen durften, obwohl Sie sicher gewollt hätten. Aber wir werden natürlich dafür sorgen, dass es in eine gute Zukunft geht.

Sie haben das Landesbankgesetz angesprochen, das geändert worden ist. Dabei haben Sie leider vergessen zu sagen, dass wir von der Opposition, wir von der SPD, dafür gesorgt haben, dass der Haushaltsausschuss zukünftig bei Verkäufen und Zukäufen der Bayerischen Landesbank tätig werden muss. Es ist sogar eine Haushaltssitzung unterbrochen worden, weil das nicht drin war. Aber das war nicht euer Verdienst, sondern da haben wir aufgepasst. Außerdem hätten Sie die Opposition mit hineinnehmen sollen, denn dann hätten Sie so etwas wie jetzt gar nicht erleben müssen. Das will ich schon noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zu Dr. Herrmann möchte ich Folgendes sagen: Das, was er heute vorgelesen hat, was man ihm aufgeschrieben hat, war wunderbar. Wenn er mir so süffisant unterstellt, ich sei wohl der Ghostwriter aus Oberfranken für Dr. Rabenstein, kann ich nur sagen: Ich wäre doch nicht so blöd, einem anderen sein Buch zu schreiben. Da würde ich das Buch selbst herausgeben. Außerdem schreibe ich in Fränkisch und nicht in Hochdeutsch, nur damit das einmal klar ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Liebe Freunde, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben die Sparkassen in dieses Drama mit hineingeritten. Die Staatsregierung war dafür zuständig, dass auch die Sparkassen 1,5 bis 1,8 Milliarden Euro verloren haben. Der Wertverlust beläuft sich auf das Drei- bis Vierfache. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. Und wenn Ihre Sparkassen daheim immer

sagen, das hätten sie alles wertberichtigt und abgeschrieben, dann haben Sie auch das Geld vernichtet, nämlich das Geld der Kommunen, der Gewährträger, der Landkreise, der Städte und Gemeinden, die die Eigentümer sind, liebe Freunde.

(Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zu Dr. Naser. Er ist fulminant gestartet und hat alles an sich gerissen. Das ist eine Fehlleistung, die er hier hingelegt hat, ist an Arroganz, an Selbstüberschätzung, an Großmannssucht nicht zu übertreffen. Aber da hat er sich bei der Staatsregierung in guter Gesellschaft befunden.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Er hat dafür gesorgt, und Sie haben ihm die Vorlage dafür geliefert, dass die Bank gekauft worden ist - zu schnell, überteuert, ohne eine Prüfung vorgenommen zu haben, ohne eine Einschränkung festzulegen, was Garantien und Haftungen betrifft. Ein Kaufvertrag für 1,625 Milliarden Euro auf 23 Seiten ist durchgerutscht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Tischvorlagen. Da hat selbst der CSU-Fraktionsvorsitzende gesagt: Das stand ja nicht auf der Tagesordnung. Ja, wissen Sie denn, dass diese Bayerische Landesbank, dieses grandiose Unternehmen nicht einmal eine Geschäftsordnung hat? Da ist nicht einmal geregelt, was wie auf die Tagesordnung kommt. Jeder "Bauernbürgermeister" draußen muss sich an das halten, was in der Bayerischen Gemeindeordnung steht, und hier macht man, was man will.

(Alexander König (CSU): Na, na, na!)

- Doch, das ist so. Die Bürgermeister bekommen gleich eine Dienstaufsichtsbeschwerde, wenn sie die Tagesordnung nicht richtig aufstellen, und hier kümmert sich kein Mensch drum. Darauf muss Herr Fahrenschoen in Zukunft ein wenig mehr achten.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Die Finanzkrise, die hier die ganze Zeit angesprochen wird, kommt nicht von ungefähr, sondern Sie haben sie selber produziert. Da brauchen Sie jetzt nicht zu lamentieren.

Zu Herrn Schaidinger, der immer noch an seinem Stuhl klebt und uneinsichtig ist - er hat uns auch mit hineingeritten, denn er ist der Vertreter unseres Bayerischen Städtetags - dann kann ich nur sagen: Mancher fällt auch einmal mit seinem Stuhl um, und das kann ihm jetzt passieren.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Wir von der SPD haben dafür gesorgt, dass die Verjährungsfristen verlängert werden. Deshalb machen wir uns im Moment keine großen Sorgen. Wir haben es gehört: Die Frist läuft länger als bis 2013. Und der Sonntag vorgestern sollte der FDP auch ein bisschen zu denken geben: Schnell kann man wieder weg sein von der Regierung. Wir werden die Zeit nutzen, um die, die dieses Drama verursacht haben, zur Rechenschaft zu ziehen.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Es geht um Schadenersatz- und Haftungsansprüche. Das Geld der Bürgerinnen und Bürger muss wieder zurück in die Staatskasse, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Deshalb kann man auch feststellen, dass es nach wie vor kein Geschäftsmodell bei der BayernLB gibt. Das Papier, das bei der EU eingereicht worden ist, datiert - ich habe es mir extra aufgeschrieben - vom 17. März 2009. Fortschreibungen sind uns in der Landesbank-Kommission bisher nicht vorgelegt worden. Am kommenden Donnerstag haben wir wieder eine Sitzung der Landesbank-Kommission. Ich bin gespannt, ob wir da etwas Neues hören.

Tatsache ist, dass die Landesbank ihre Kernkompetenzen völlig vernachlässigt hat. Sie hat in Amerika, sie hat in Schanghai, sie hat rund um den Erdball den Global Player geben wollen, dabei aber leider vergessen, dass die Musik daheim in Bayern spielt. Die Landesbank soll die heimische Wirtschaft stärken, sie ins Ausland begleiten, und sie soll vor allem ein Partner der Kommunen sein. Das hat sie alles vergessen.

Sie haben leider nichts daraus gelernt. Lieber Herr Verwaltungsratsvorsitzender, Sie haben, denke ich, in der nächsten Zeit noch einiges vor sich, denn wir werden mit Argusaugen darauf schauen, dass da nichts passiert.

Deshalb möchte ich Ihnen zum Schluss noch ein Schmankerl sagen. Im Jahre 2009 gab es ein Schreiben des Vorstands der BayernLB von Herrn Häusler und Herrn Kramer. Darin beschwerten sie sich bei der BaFin, also bei der Aufsichtsbehörde, über deren Kritik am Risikomanagement der BayernLB. Sie beschwören dabei das Bild eines Tankers. Vorhin haben wir schon den Kapitän gehört. Der Kapitän ist zwar im Moment nicht da, aber irgendeiner wird es ihm schon erzählen.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, er ist im Maschinenraum. - Die beiden beschwören also das Bild des Tankers, der nicht rechtzeitig

vor den Hindernissen zum Stehen gebracht wird. Die Antwort der BaFin greift diese Metapher auf: Wenn die Mannschaft auf der Brücke die Möglichkeiten moderner Navigationstechniken gar nicht nutzt, kann sie natürlich den Aufprall auf das Hindernis schon deshalb nicht verhindern, weil sie es gar nicht erkennt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Fußnote Nr. 777, Seite 213 des Untersuchungsberichts zur Frage 3.2.23.

Zum Schluss bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß, dass ich manchmal Ihre Ruhe gestört habe, aber dafür sind wir gewählt. Beim Neujahrsempfang der CSU in Erlangen-Höchstadt warnte Herr Beckstein vor zu großer Schwarzmalerei im Zusammenhang mit der Finanzkrise - ein Zitat aus der "Bayerischen Rundschau", das ist die Heimatzeitung bei uns, vom 26. Januar 2009, das ist die Fußnote dazu -: "Ich habe immer gedacht, wenn jemand fünfmal so viel verdient wie der Ministerpräsident, muss er auch mindestens doppelt so viel Verstand haben."

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Aures. Es gibt noch einen Nachschlag durch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Klein. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Frau Kollegin Aures, zuerst freue ich mich natürlich, dass Sie sich in den Farben der FDP angezogen haben. Das tut momentan sehr gut.

(Heiterkeit)

Aber zum eigentlichen Thema: Sie haben jetzt in Ihrer ganzen Euphorie alles für die SPD vereinnahmt. Das will ich ein bisschen richtigstellen. Die Regelung in der Gesetzgebung im Haushaltsausschuss geht, wenn man ehrlich ist, auf eine Initiative von Georg Winter, CSU, zurück. Das wurde gemeinsam mit Unterstützung von Kollegen Halbleib beschlossen. Da muss man die Urheberschaft schon richtigstellen.

Was die Verjährung angeht, ist es zwar richtig, dass die SPD dazu einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht hat, aber die Änderung auf Bundesebene hat die Frau Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger durchgesetzt. Nur damit die Urheberschaft klar ist. Das ist ja momentan sehr wichtig.

Inge Aures (SPD): Und der Bundespräsident hat das noch vor Weihnachten unterschrieben. Sonst wäre sie

von uns selbst verabschiedet worden - mit Ihren Stimmen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Damit sind alle guten Dinge wieder richtig zugeordnet, und wir können in der Aussprache mit Herrn Dr. Bauer fortfahren. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den ganzen Tag ein juristisches Seminar erlebt. Es hat mich schon fasziniert, was der Kollege Herrmann alles gesagt hat. Aber eines möchte ich ihm ins Stammbuch schreiben: Die Juristerei ist nicht das ganze Leben, sondern die Juristerei ist ein Teilbereich des Lebens. Wir dürfen dieses Leben nicht vergessen. Es geht hier auch um die sozialen Interessen der Menschen. Mein Beitrag bezieht sich auf Folgendes: Welche sozialen Auswirkungen dieser Skandal für das Land hat, dürfen wir nicht vergessen. Die müssen hier auch zur Sprache kommen. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass die Freien Wähler einen Sozialpolitiker in diesen Ausschuss entsandt haben.

Wo sie recht hat, hat sie recht, die Frau Bundeskanzlerin - fast möchte ich sagen: Noch-Bundeskanzlerin - Angela Merkel. Sie hat recht, wenn sie sagt, man brauche kein Studium zu absolvieren und müsse kein Wirtschaftswissenschaftler sein, um mit Geld, auch mit großen Summen, umgehen zu können. Man müsse nur seinen gesunden Menschenverstand einsetzen und solle sich - so hat sie sich ausgedrückt - an der schwäbischen Hausfrau orientieren. Die schwäbische Hausfrau folgt einer ganz einfachen Regel: Jeder Euro, der eingenommen wird, kann nur einmal ausgegeben werden.

Genau diese Regel gilt auch für die Landesbank, für die HGAA, für dieses Debakel. Heute möchte ich aufzeigen, welche Folgen dieses Debakel, dieser Skandal für den Sozialetat in Bayern hat.

Zwischen 2009 und heute umfasste der Sozialhaushalt - Einzelplan 10 - 2,27 bis 2,54 Milliarden Euro. Der entstandene Schaden durch die HGAA beträgt, wie schon mehrfach gesagt, insgesamt 3,75 Milliarden Euro. Das heißt konkret: Der Schaden ist rund 1,5 Milliarden Euro höher als das, was für den gesamten Sozialetat im Freistaat Bayern in einem Jahr ausgegeben worden ist. Das sollte Ihnen zu denken geben, und das sollten Sie auch in dieser juristischen Auseinandersetzung beachten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Summe ist ungeheuer groß. Ein Vergleich zeigt auf, was man mit diesem Geld machen könnte. Um es deutlicher zu sagen: Dieser Schaden ist unsäglich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch ein anderer Punkt ist in diesem Zusammenhang wichtig. Sie könnten mir jetzt vorwerfen, die 3,75 Milliarden Euro seien doch abgeschrieben. Ich möchte aber darstellen, welche Wirkungen die Zinszahlungen für den 10-Milliarden-Euro-Kredit auf den sozialen Bereich haben. Leider sind nur wenige Sozialpolitiker im Raum; vorhin habe ich einige gesehen. Aber ich gehe davon aus, Herr Dr. Detsch wird dem Ministerpräsidenten berichten, was das bedeutet.

Es wurden Kredite im Umfang von 10 Milliarden Euro aufgenommen, um die große Mehrheit der Anteile an der BayernLB aufzukaufen und die Eigenkapitalquote aufzustocken. Die Zinszahlungen für diese 10 Milliarden Euro - so steht es im Haushalt - betragen allein 400 Millionen Euro jährlich. Wenn Sie sich mit diesen großen Zahlen nicht zurechtfinden, dann sollten Sie sich vor Augen halten, was das für einen einzigen Tag heißt: Jeden Tag werden allein für Zinsen auf diese Kredite über 1 Million Euro ausgegeben, das heißt, dem Steuerbürger aus der Tasche gezogen. Jeden Tag - auch heute, wo wir so lange darüber diskutieren - fließen über 1 Million Euro einfach weg!

Damit fallen jährlich 400 Millionen Euro für wichtige sozialpolitische Projekte weg. Was könnten wir damit umsetzen? Was könnten wir damit dauerhaft und ohne Schulden, das heißt seriös, finanzieren? Die rechte Seite neigt immer dazu, uns vorzuwerfen, wir könnten zwar viel fordern, wollten aber Schulden machen. Nein, ich spreche jetzt nur von diesen 400 Millionen Euro. Wenn das Geld nicht versemmt worden wäre, dann hätten wir diesen Betrag zur Verfügung.

Einige Beispiele: Das kostenfreie Kindergartenjahr - eine wichtige sozialpolitische Forderung - würde ungefähr 100 Millionen Euro im Jahr kosten. Was machen wir? Wir zahlen stattdessen Zinsen!

Der Sozialhilfenausgleich für die Bezirke - ich brauche hier sicherlich nicht zu erklären, was das bedeutet - ist das nächste Beispiel. Der Bezirksetat ufert im Moment aus, die Bezirke stöhnen unter der Finanzlast. 70 Millionen Euro könnten wir den Bezirken für wichtige sozialpolitische Ausgaben geben. Was machen wir? - Wir zahlen stattdessen Zinsen!

Das Megathema der Zukunft wird wohl die Generationenpolitik sein. Dazu gehören generationenübergreifende Projekte wie Mehrgenerationenhäuser, die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, die Ehrenamtskarte, alternative Wohnformen und Pflegestützpunkte. Ich habe die Aufwendungen dafür einmal

geschätzt und bin auf ungefähr 50 Millionen Euro gekommen. Diesen jährlichen Betrag könnten wir in einem wichtigen Zukunftsbereich, einem sozialen Bereich, einsetzen, damit es den Menschen besser geht. Was machen wir hier? - Wir zahlen Zinsen!

Letztes Beispiel: Abschaffung der Studiengebühren. Das ist nicht nur ein bildungspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Thema; denn die Familien werden davon belastet, sie müssen die Studiengebühren zahlen. Das sind ungefähr 160 Millionen Euro pro Jahr. Was machen wir? - Wir zahlen Zinsen!

Meine Damen und Herren! Alle genannten Vorhaben könnten solide, dauerhaft und seriös - ohne Schuldenaufnahme! - finanziert werden, wenn der Landesbankskandal nicht passiert wäre und wir dadurch nicht dauerhaft in unserer Handlungsunfähigkeit blockiert würden.

Das immer wieder vorgebrachte Lamento über hohe Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich müsste nicht jedes Mal aus der Mottenkiste der Politiker herausgezogen werden, wenn wir diesen Skandal ernst nähmen; denn wir hätten genügend Geld!

(Beifall bei den Freien Wählern)

Jetzt müssen die damals Verantwortlichen endlich politische Verantwortung übernehmen. Für mich als Sozialpolitiker ist es vordergründig egal, ob sie im juristischen Sinne fahrlässig oder grob fahrlässig gehandelt haben. Sie müssen einfach die politische Verantwortung übernehmen!

In diesem Haus wurde schon oft gesagt: "Was wollen denn die Freien Wähler? Die sind doch noch gar nicht richtig im Landtag angekommen." Das Gegenteil trifft zu. Wir sind bereits am ersten Tag im Landtag angekommen und haben auch sofort gehandelt. Bereits in der ersten regulären Sitzung am 23.10.2008 haben wir den Antrag auf Bildung einer "Sonstigen Kommission" nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gestellt. Lesen Sie unseren Antrag auf Drucksache 16/17 nach. Die Kommission wurde später tatsächlich eingerichtet.

Wenn Sie hier gelegentlich fragen, was wir denn überhaupt wollten, dann gebe ich Ihnen eine ganz klare Antwort: Wir wollen die verschleuderten, versammelten Milliarden für die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates zurückhaben. Das fordern wir, das wollen wir. Dafür kämpfen wir jeden Tag im Landtag. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass die Freien Wähler im Landtag sitzen!

Herr Klein, das, was Sie gesagt haben, war ganz gut. Damit schließt sich der Kreis. Ich denke, nur durch die

neue Konstellation war es möglich, diese Ergebnisse zu erzielen.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erkennen Sie endlich an, welchen Schaden die Verantwortlichen angerichtet haben, welcher Schaden den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern durch den Landesbankskandal zugefügt worden ist; ich habe das für den sozialpolitischen Bereich dargestellt. Stehen Sie als verantwortliche Politiker endlich zu Ihrer Verantwortung! Übernehmen Sie die politische Verantwortung und ziehen Sie die Konsequenzen daraus! Beteiligen Sie sich endlich daran, den finanziellen Schaden angemessen auszugleichen, zum Beispiel durch Inanspruchnahme Ihrer Versicherungen! - Vielen Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. - Zum Ende der Aussprache hat sich Herr Kollege Dr. Rabenstein zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Herrmann von der CSU hat mir vorgeworfen, dass ich in meinem Buch "Der große Deal - Wie die BayernLB beim Kauf der Hypo Alpe Adria Milliarden verzoockte" eine falsche Behauptung aufgestellt hätte.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): In welchem Verlag ist es erschienen? Was kostet es? - Heiterkeit)

- Das kommt später noch.

Es wurde behauptet, ich hätte gesagt, dass Josef Martinz, Obmann der Kärntner ÖVP, vor dem Untersuchungsausschuss in Bayern ausgesagt habe. Das weise ich zurück. Ich weise natürlich auch die Behauptung zurück, ich hätte einen Ghostwriter gehabt. Der zweite Guttenberg werde ich in jeder Beziehung mit Sicherheit nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich muss dazusagen: Ich freue mich natürlich, dass dieses Buch - es ist zweimal zitiert worden - so genau gelesen wird. Das ist eine große Freude.

(Zuruf von der CSU: Einer hat es schon gelesen!)

Es gibt Schwierigkeiten bei der Auslieferung. Der Verlag kommt gerade nicht nach.

Es geht um Seite 149, wo ich über den Untersuchungsausschuss kurz berichte. Ich gebe zu, dass ich Josef Martinz im Zusammenhang mit Gerhard Dörfler, der ja vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, und Othmar Ederer nenne, aber nie behaupte, dass er hier im Untersuchungsausschuss des Landtags gewesen wäre. Denn diese Klammer "Untersuchungsausschuss am 09.07.2010" bezieht sich eindeutig auf Herrn Dörfler, der nachweislich ausgesagt hat, und dann kommt das Zitat des Herrn Martinz, und das heißt: "Das Land Kärnten kann nicht der Watschenmann für Bayern sein." Dieses Zitat stammt aus der "Kleinen Zeitung".

(Zurufe von der CSU)

Dort ergänzte er, und zwar - damit das klar wird - in dem Zusammenhang damit, dass die Österreicher hier ein tolles Geschäft gemacht haben.

(Alexander König (CSU): Jetzt müssen alle das Buch kaufen und nachlesen!)

Dieses Zitat - das möchte ich ganz deutlich sagen - stammt aus der "Kleinen Zeitung" vom 5. Januar 2010. Dort heißt es wörtlich:

Auch Martinz betonte den Verkaufserfolg und kritisierte die CSU: "Das Land Kärnten kann nicht der Watschenmann für Bayern sein."

Das ist das Zitat. Genau dieselbe Äußerung fällt übrigens noch einmal im "Handelsblatt" vom 6. Januar 2010. Ich habe also richtig zitiert und nie behauptet, dass er hier im Untersuchungsausschuss in Bayern war,

(Alexander König (CSU): Wann und wo ist denn die nächste Lesung, Herr Dr. Rabenstein?)

wobei man dazusagen muss, dass Josef Martinz im Untersuchungsausschuss in Kärnten war. Das stimmt allerdings. Aber die andere Behauptung weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Erste Lesungen

zu Gesetzentwürfen und einem Staatsvertrag, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/7656)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (Drs. 16/8084)

und

Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller (Drs. 16/7717)

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Beratungsgegenstände mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen.

Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch wenn die Handzeichen auf der rechten Seite recht dürftig waren, gehe ich davon aus, dass die Zustimmung einstimmig war, einschließlich der Frau Kollegin Dr. Pauli.

Die Gesetzentwürfe und der Staatsvertrag werden damit diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf aller im Landtag vertretenen Fraktionen zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) (Drs. 16/8100) - Erste Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt fünf Minuten. Erster Redner ist Herr Kollege Eisenreich für die CSU. Bitte sehr.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle fünf Fraktionen des Bayerischen Landtags legen heute einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Schulbereich vor. Dieser heute eingebrachte interfraktionelle Gesetzentwurf bedeutet aus meiner Sicht - ich glaube, dem können sich viele anschließen - eine Sternstunde für das bayerische Parlament. Es ist ein besonderer Moment, wenn sich die Volksvertretung in ihrer Gesamtheit einer Herausforderung stellt, die die ganze Gesellschaft annehmen muss. Diese UN-Behindertenrechtskonvention hat das klare Ziel, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden. Sie ist eine Verpflichtung für Bund, Länder, Kommunen und auch politisch-moralisch für jeden Einzelnen in dieser Gesellschaft.

Wie, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt es, dass bei diesem Thema, das geradezu zu theoretischen, emotionalen, vielleicht sogar ideologischen Diskussionen verleitet, eine Gruppe ein Jahr zusammen bleibt, zwei interfraktionelle Anträge stellt und am Ende diesen gemeinsamen Gesetzentwurf auf den Weg bringt? Was uns zusammengehalten hat, waren zwei Dinge: zum einen die gegenseitige Wertschätzung, die in diesem einen Jahr gewachsen ist, und zum anderen der Wille, die UN-Konvention anzunehmen, umzusetzen und damit für die behinderten Kinder und Jugendlichen in unserem Land etwas zu bewegen. Das liegt daran, dass dieses Thema für die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe nicht nur eine politische Aufgabe, sondern ein ganz persönliches Anliegen ist, weil sich jeder von uns entweder beruflich oder ehrenamtlich für Kinder mit Behinderung engagiert.

Als Leiter dieser Arbeitsgruppe möchte ich Ihnen, da heute nicht alle reden können, die Abgeordneten nennen, die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren: von der SPD die Kollegen Martin Güll und Margit Wild, von den Freien Wählern Günther Felbinger, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thomas Gehring, von der FDP Renate Will und für die CSU waren es die Kollegen Klaus Steiner und ich.

Wir wollen alle miteinander Erfolg, und wir alle wissen, dass die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein großes und ein großartiges Ziel, ein langfristiger Prozess und ein Auftrag an die gesamte Gesellschaft ist, der eine Bewusstseinsänderung erfordert und viele Bedenken und Ängste überwinden muss. Daher ist der wichtigste Beitrag, den die Politik leisten kann, ein klares gemeinsames Signal. Wir wollen Erfolg, keinen Streit und keine theoretischen Diskussionen.

Dies erfordert eine unübliche Herangehensweise. Man darf nicht das Trennende in den Vordergrund stellen, sondern muss das Gemeinsame hervorheben. Das haben wir in vielen intensiven Diskussionen getan. Wir haben einen konsequenten, einen pragmatischen Ansatz gewählt, der fordert und Neues ermöglicht, der aber nicht überfordert und Bewährtes nicht kaputt macht.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten noch Zeit zur Diskussion haben. Wir wollen eine breite Diskussion mit den kommunalen Spitzenverbänden, mit den Verbänden in diesem Bereich führen. Wir wissen auch, dass dies noch nicht die vollständige Umsetzung, sondern ein wichtiger erster Schritt ist. Weitere Schritte, zum Beispiel in der Lehrerbildung, sind notwendig. Wir wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Inklusion nicht zum Nulltarif möglich ist. Wir fangen in diesem Doppelhaushalt mit zweimal 100 Lehrern an, aber es bedarf weiteren Geldes und weiterer Stellen. Das ist uns bewusst. Deswegen werden wir dieses Thema auch begleiten.

Es heißt, der Erfolg habe viele Väter. In diesem Falle stimmt es. Ich möchte dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Hans-Ulrich Pfaffmann, danken, der die Idee zu dieser Arbeitsgruppe gehabt hat. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium bedanken, insbesondere bei Frau Ministerialrätin Tanja Götz und bei Herrn Ministerialrat Erich Weigl. Auch bei Herrn Minister Ludwig Spaenle möchte ich mich bedanken, der letztes Jahr als Präsident der Kultusministerkonferenz für sich und seine Amtszeit einen ganz persönlichen Schwerpunkt im Bereich der Inklusion gesetzt hat. Auch möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen in unseren Büros und in den Fraktionen und natürlich auch bei den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe für offene, kollegiale und intensive Zusammenarbeit bedanken.

Für das Parlament ist das eine Sternstunde, meine sehr geehrten Damen und Herren. Für mich persönlich, als Abgeordneter und auch als Leiter dieser Arbeitsgruppe, war das ein Höhepunkt in meiner bisherigen parlamentarischen Arbeit. - Ich wünsche der Umsetzung und uns viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Güll für die SPD.

Martin Güll (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche heute für zwei Personen, nämlich auch für meine Kollegin Wild mit. Gleichwohl will ich versuchen, mich kurz zu fassen.

Ich möchte mich der Aussage des Kollegen Eisenreich anschließen, dass es ein besonderes Erlebnis war, in diesen acht Sitzungen an diesem Gesetzentwurf mitzuarbeiten. Der Begriff "Sternstunde" ist nicht fehl am Platze, auch wenn ich erst seit zweieinhalb Jahren dem Hohen Hause angehöre. Für mich war es ein wunderschönes Erlebnis, zu erfahren, wie man in einer Sache absolut ideologiefrei gemeinsam vorankommen kann. Ich würde manchen in diesem Parlament wünschen, das auch einmal zu erleben. Wir haben es erlebt. Diese Gemeinsamkeit war im Übrigen diesem Thema angemessen. Denn es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in nationales Recht. Diesen Auftrag haben wir auch in unserem Parlament umzusetzen.

Auch ich schließe mich dem Dank an die Kollegen in der Gruppe und an das Staatsministerium, vor allem an deren Mitarbeiter im Fachbereich Förderschulen an. Es war ein gutes und intensives Miteinander. Zehn Stunden am Stück zu arbeiten, das macht man nicht jeden Tag, wir aber haben es gemacht. Und das ist durchaus bemerkenswert.

Warum ist ein gemeinsames Vorgehen in dieser Sache nun unabdingbar? Es handelt sich bei diesem Thema um einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag von einer Tragweite, die wir vermutlich noch nicht richtig ermessen können.

Wir in der Gruppe haben im Grunde nur Artikel 24, der den Auftrag an die Schulen zum Gegenstand hat, bearbeitet. Diese Arbeit ist umso wichtiger, als sich nicht nur in der Gesellschaft, sondern insbesondere in den Schulen viel verändern wird, wenn wir Kinder mit und Kinder ohne Behinderung gemeinsam unterrichten und wenn sie gemeinsam individuell lernen sollen. Das ist ein hoher Anspruch, bei dem man alle Beteiligten mitnehmen muss, und zwar sowohl die Lehrkräfte, die die Konvention umsetzen müssen, als auch die Eltern, die sie inhaltlich mittragen müssen. Ich erinnere daran, dass es insbesondere für Eltern von nicht behinderten Kindern nicht ganz einfach ist, so etwas mitzutragen. Man muss den Befürchtungen entgegengetreten, ihre Kinder könnten zu kurz kommen.

Es war ein schönes Erlebnis für unsere Arbeitsgruppe, die Möglichkeit zu haben, uns gemeinsam einige Beispiele anzusehen. Wir erfuhren gute Beispiele, dass nämlich alle Eltern, die so etwas bereits erlebt haben, positiv reagieren und auch hoch wertschätzen.

Im Übrigen dürfen wir um dieses Thema nicht herumreden. Es ist kein einfaches Thema. Wir haben einen Auftrag zu erfüllen, der da heißt, eine inklusive Schule herzustellen. Meine Damen und Herren, ich weiß

nicht, ob allen in diesem Hohen Hause klar ist, was es bedeutet, eine inklusive Schule herzustellen, also eine Schule, in der Menschen mit und ohne Handicap gemeinsam lernen können. Das ist eine gewaltige Herausforderung für unser allgemeinbildendes Schulwesen.

Wir sprechen bei diesem Auftrag von einem Auftrag für alle Schularten, und nicht nur für einen Auftrag für die Grund- oder Haupt- oder Mittelschulen. Nein, für alle!

Ich glaube, darin liegt die größte Herausforderung. Darüber hinaus möchte ich feststellen, dass mit der Schaffung des Artikels 30 b eine wegweisende Regelung getroffen wurde, wenngleich wir damit noch nicht am Ende des Weges angekommen sind, wie Sie alle wissen. Wir müssen durchaus überlegen, wie das in unser Schulsystem eingepasst werden kann.

Auch etwas anderes möchte ich deutlich feststellen. Wir waren nicht zufrieden mit den Vorgaben der Fachverwaltung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Das war auch der Anlass, warum wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht und gesagt haben, hier muss mehr kommen, als nur die Weiterentwicklung des bayerischen Weges von Integration durch Kooperation zur Inklusion. Wir haben uns verständigt, dass wir alles Trennende, wie es Kollege Eisenreich bereits gesagt hat, zunächst weglassen und den ersten Aufschlag auf einem Stand machen, den wir alle mittragen können. Damit haben wir einen extrem wichtigen Schritt getan. Wir haben diese Gesetzesgrundlage für die Schulen so geschaffen, dass wir noch im September damit anfangen können. Wir haben sozusagen eine gute Rechtsgrundlage geschaffen.

Insofern bin ich sehr zufrieden. Aber auch in der Sache ist es ein Highlight gewesen, selbst wenn ich hinzufügen muss, dass die noch vor uns liegenden Aufgaben mindestens die gleiche Dimension haben. Das wissen wir alle, die wir an dieser Thematik mitgearbeitet haben. Wir müssen weitermachen und haben uns auch darauf verständigt, weiterzumachen. Es ist nicht nur ein Muss, sondern es ist uns auch wirklich ein Bedürfnis, dies zu tun. Das kann man an dieser Stelle ruhig sagen. Wir wollen weitermachen und müssen uns Gedanken darüber machen, wie es mit den Förderschulen in den nächsten zehn bis 15 Jahren weitergeht. Dazu brauchen die kommunalen Mandatsträger natürlich Ansagen von uns darüber, wie das gehen könnte.

Insgesamt halte ich es für eine wirklich gelungene Sache, die man sich möglicherweise auch bei ande-

ren bildungspolitischen Themen einmal zum Vorbild nehmen könnte.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Güll. Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich auf der Besuchertribüne die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Frau Irmgard Badura, herzlich begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Mit diesem gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen setzen wir ein wichtiges Signal für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben. Gerade der Besuch von Kindern mit Behinderung in der Regelschule ist Ihnen, Frau Badura, stets ein besonderes Anliegen gewesen. Umso mehr freuen wir uns, dass Sie heute hier sind. Vielen Dank für Ihren Besuch.

Als drittem Redner erteile ich nun für die Fraktion der Freien Wähler Herrn Kollegen Felbinger das Wort.

Günther Felbinger (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine beiden Vorredner haben schon sehr ausführlich zur Zusammensetzung dieser interfraktionellen Arbeitsgruppe Stellung genommen. Sie haben die gute Zusammenarbeit gelobt. Ich möchte das unterstreichen. Dieses Arbeiten an der Sache hat mir sehr viel Freude gemacht. Manchmal war es auch sehr, sehr anstrengend, aber es hat sich gelohnt. Das Besondere an diesem Gesetzentwurf ist, dass es ein Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen und nicht des zuständigen Ministeriums ist. Das ist auch schon gesagt worden.

Es war ein politischer Auftrag an uns, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen. Aber es war natürlich auch unser persönliches Ziel, möglichst einen Konsens zu erreichen, der über alle Fraktionen hinweg zumindest einen Anfang in der Umsetzung dieser UN-Konvention zur Inklusion darstellt.

Dass wir hier zunächst nur einen ersten Schritt getan haben, ist sehr sinnvoll. Diese Menschen mit Behinderung, diese benachteiligten Menschen haben unseren Respekt verdient. Wir müssen sorgsam und sensibel mit dieser Thematik umgehen. Mit diesem vorliegenden Gesetzentwurf werden nun zunächst sowohl die Regelschulen wie auch die Förderschulen nicht überfordert. Das halte ich für sehr wichtig; denn es könnte nichts Schlimmeres passieren, als wenn wir landauf, landab große Diskussionen darüber führten, ob es sinnvoll ist oder nicht.

Die Inklusion ist der Alltag. Das muss vor allem in der Gesellschaft in die Köpfe der Menschen, in die Köpfe der Eltern, der Schulleiter und der Lehrkräfte, aber auch der kommunalen Mandatsträger. Daran haben wir noch in hohem Maße zu arbeiten.

Wenn ich sage, dass die Politik hierzu die Vorgaben machen muss, und wenn ich die Reaktionen nach dem Bekanntwerden des Gesetzentwurfes gestern sehe - das geht den Kolleginnen und Kollegen sicherlich nicht anders; es sind sehr viele Mails und Anrufe gekommen mit Anfragen, was sich hinter dem Gesetzentwurf verbirgt -, dann sagt mir das, dass es noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten gilt, wie der Gesetzentwurf im Einzelnen umgesetzt werden kann.

Gestern in unserer gemeinsamen Pressekonferenz ist die Frage gestellt worden, wie das Ganze im Detail aussieht, wie viel Personal benötigt wird und wie viele Stunden angerechnet werden. Ich denke, es war ein schwieriger Prozess, zunächst einmal den Gesetzentwurf überhaupt auf den Weg zu bringen. Wir müssen in den nächsten Wochen noch viel Detailarbeit leisten, um diese Fragen beantworten zu können, damit wir dann mit Beginn des nächsten Schuljahres konkrete Maßnahmen der Umsetzung zur Hand haben.

Kollege Güll hat es eben erwähnt: Vor uns liegen mindestens noch einmal genauso viele Anforderungen und Aufgaben, die zu lösen sind. Ich will hier nur an das Thema Lehreraus- und -fortbildung erinnern. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Lehrkräfte an den Regelschulen mit einem Grundgerüst auszustatten, damit sie für diese Aufgaben gewappnet sind. Wir brauchen in den nächsten Jahren weitere personelle Ressourcen, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wirklich mit Leben zu erfüllen. Ich denke, für den Anfang ist es ein gelungenes Werk. Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Ich hoffe, dass wir in der interfraktionellen Zusammenarbeit noch ein gutes Stück des gemeinsamen Weges gehen können.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich Kollege Gehring gemeldet. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft war wichtig, weil wir ein bedeutendes Zeichen für Gemeinsamkeit bei der UN-Behindertenrechtskonvention gesetzt haben, aber auch, weil wir inhaltlich etwas erreicht haben. Wir haben das nur erreicht, weil wir interfraktionell zusammengearbeitet haben, weil wir

uns mit Respekt begegnet sind, weil wir uns auf inhaltliche Auseinandersetzungen eingelassen und versucht haben, die Perspektive "Inklusion" im gemeinsamen Denkprozess und der gemeinsamen Arbeit zu durchdenken. Kollege Güll hat recht, wenn er sagt, dass es zu wünschen wäre, wenn wir die inhaltlichen Auseinandersetzungen zur Bildungspolitik öfter in diesem Stil in Bayern und in diesem Hause betreiben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gesetz ist ein erster Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Ich möchte das an drei Punkten deutlich machen. Erstens. Im Gesetzentwurf steht, dass inklusiver Unterricht Aufgabe aller Schulen ist. Kollege Güll hat darauf hingewiesen, dass das heißt, dass dies die Aufgabe auch aller Schularten ist. Inklusion ist keine exklusive Veranstaltung, sondern eine Aufgabe aller Schularten und aller Schulen. Das Gesetz ist ein Auftrag an die Schulen, aber auch ein Auftrag an das Kultusministerium und die Schulen dafür auszustatten und ihnen die entsprechenden Rahmenbedingungen für diesen Weg zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zweitens. Mit Artikel 41 wird deutlich gemacht, dass die Eltern ohne die bisherige Einschränkung der aktiven Teilnahme das Recht haben, zu entscheiden, an welche Schule ihr Kind gehen soll. Es gibt die Möglichkeit der Ausnahme, die im Absatz 5 geregelt ist. Meines Erachtens ist die Ausnahmeregelung restriktiv. Alle Fördermöglichkeiten müssen ausgeschöpft sein, es darf keine Schule mit dem Profil "Inklusion" in der Nähe geben und die Entwicklung des Kindes oder die Entwicklung anderer Kinder darf nicht gefährdet sein. Ich sehe das als restriktive Ausnahmeregelung. Wir werden die Praxis beobachten, ob die Regelung restriktiv ausgelegt wird.

Drittens. Artikel 30 b ist im Gesetzentwurf entscheidend. Es geht um das Schulprofil "Inklusion". Ich sehe das als Startsignal für eine Entwicklung inklusiver Schulen in Bayern. Es geht um die Entwicklung von Regelschulen zu inklusiven Schulen. Diese Entscheidung ist eine Korrektur, Weiterentwicklung und die Abkehr vom bisherigen bayerischen Weg. Inklusion durch Kooperation ist weiterhin durchaus gangbar. Aber es wird ein neuer Weg beschritten. Die Schule wird als Ganzes gesehen, in der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden. An den Schulen mit dem Profil "Inklusion" unterrichten die Sonderpädagogen und -pädagoginnen als Teil des Lehrerkollegiums fest an der Schule und nicht wie früher als Mobiler Sonderpädagogischer Dienst. Das

heißt, das Kollegium einer Schule mit inklusivem Profil wird auch ein inklusives Kollegium sein, an dem die Lehrkräfte mit unterschiedlichen pädagogischen Voraussetzungen und Ausbildungen zusammenarbeiten. Damit wird an der Regelschule ein Unterstützungssystem geschaffen. Inklusive Schule ist kein Modellprojekt, das an ein paar Schulen durchgeführt wird und das man wieder sein lässt. Sie ist auch keine neue Sonderschule, sondern sie ist der Regelfall. Meine Vorstellung ist, wie die aller in der Arbeitsgruppe, diesen Weg zu gehen, sodass die inklusive Schule dann tatsächlich der Regelfall in Bayern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie groß der Schritt in Richtung inklusive Schulen in Bayern sein wird, hängt von den Rahmenbedingungen ab, welche weiteren Bedingungen geschaffen werden und dass die Lehreraus- und -fortbildung ausgebaut wird. Dazu muss das Kultusministerium etwas vorlegen. Dazu haben wir bisher wenig gesehen. Es hängt auch von den Haushaltsmitteln ab. Die 100 Stellen für Lehrkräfte wurden schon öfter angesprochen. Der Haushaltstitel muss systematisch richtig eingeordnet sein. Die Mittel zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dürfen nicht aus dem Bereich der Förderschulen kommen, sondern das muss ein eigenständiger Titel sein. Außerdem muss vorgesehen werden, dass Stunden für Regelpädagogen und für Sonderpädagogen finanziert werden. Dass der Titel nicht ausreicht, haben wir GRÜNEN durch einen Änderungsantrag dokumentiert. Die Mittel werden nicht ausreichen, wenn wir immer mehr Schulen mit dem Profil "Inklusion" haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen wird es notwendig sein, dass nicht nur in der Arbeitsgruppe, sondern im gesamten Haus das Thema Inklusion ernsthaft bearbeitet wird. Wir brauchen zusätzliche Ressourcen und Mittel, und wir brauchen die Unterstützung des gesamten Hohen Hauses. Es wird nötig sein, dass wir zum Thema Inklusion möglichst im Konsens arbeiten, aber, wenn es sein muss, auch produktiv streiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die FDP darf ich Frau Kollegin Will das Wort erteilen. Bitte schön.

Renate Will (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben sehr viel zum Inhalt dieses wichtigen Gesetzes gesagt. Als letzte Rednerin möchte ich noch einmal betonen, dass es mich mit großer Freude erfüllt, dass Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen über den langen Zeitraum eines Jah-

res ein gemeinsames Ziel verfolgten, nämlich einen Gesetzentwurf für Bayern zu erarbeiten, der sich aus der Verpflichtung der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt.

Ich möchte mich ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die unglaublich kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Sie war immer an der Sache orientiert. Ich habe selten erlebt, dass man, wenn es um eine gemeinsame Sache geht und ein gemeinsames Ziel vor Augen ist - Kollege Eisenreich hat es bereits gesagt -, über zehn Stunden lang hart diskutiert und am Ende das herauskommt, was man sich vorgestellt hat. Der Gesetzentwurf ist ein Beleg, dass bei diesem wichtigen Thema eine gute interfraktionelle Zusammenarbeit möglich ist.

Ich könnte mir eine solche Zusammenarbeit auch für andere schulpolitische Themen vorstellen. Das Wort "Sternstunde" ist schon gefallen. Zumindest ist das einmalig in der landespolitischen Geschichte Bayerns. Ich bin stolz darauf, dass ich mit Ihnen diesen Gesetzentwurf erarbeiten durfte.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeitern der Fraktionen und ausdrücklich auch bei Frau Götz und Herrn Weigl aus dem Kultusministerium sowie für die Begleitung durch den Minister bedanken, der voll hinter diesem Gesetzentwurf steht.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf ist der Anfang für einen bayerischen Weg der Inklusion gemacht. Diesen Weg wollen wir weiterhin gemeinsam beschreiten; denn er stellt einen Paradigmenwechsel dar. Mit der Inklusion gibt es keine zwei Gruppen von Schülerinnen und Schülern, sondern einfach Kinder und Jugendliche, die die Schülerschaft darstellen und die unterschiedliche Bedürfnisse haben. Viele dieser Bedürfnisse werden von der Mehrheit geteilt und bilden die gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsbedürfnisse. Bisher verfolgte der Freistaat Bayern den Weg der Integration durch Kooperation, der das Miteinander von allgemeiner Schule und Förderschule vorsieht. Der Wechsel von der Integration zur Inklusion kann auf allen Ebenen nur schrittweise erfolgen; denn wir alle verstehen Inklusion als einen Prozess. In diesem Punkt sind wir uns einig. Das hat sich in vielen gemeinsamen Sitzungen und Gesprächen gezeigt.

Der Gesetzentwurf bietet allen Akteuren die Grundlage, um die Inklusion in den Schulen voranzubringen. Das gilt vor allem für die kommunalen Mandatsträger, die im Herbst eine Rechtsgrundlage brauchen. Wir wollen aber dabei allen Akteuren die größtmögliche Freiheit geben, selbst zu entscheiden. Wir waren uns in der Arbeitsgruppe darüber im Klaren, dass die Re-

gelschulen und die Förderschulen zusammenfinden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch künftig die Förderschulen als Kompetenzzentren brauchen werden. Für die Regelschulen brauchen wir Leuchttürme, also einzelne Schulen, die als inklusive Schulen vorangehen. Durch ihr Beispiel wird das Thema sukzessive bei allen Mitgliedern der Schulfamilie und in der Gesellschaft ankommen. Gestärkt werden sollen vor allem die Schulen, die bereit sind, schon jetzt die Inklusion umzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Schulen mit dem Profil Inklusion einen Prozess einleiten werden.

Meine Vorredner haben bereits betont, dass inklusiver Unterricht Aufgabe aller Schulen ist. Alle an der Bildung Beteiligten müssen sich auf diesen Weg machen. Ein Umdenken muss sowohl bei den Lehrern als auch bei den Eltern stattfinden. Dies gilt wiederum sowohl für die Eltern, deren Kinder keine Behinderungen haben, als auch für die Eltern, die ihre Kinder bisher an der Förderschule unterrichten ließen.

Wir benötigen diesen Gesetzentwurf für die Begleitung der Umsetzung; denn vieles ist noch nicht geregelt, zum Beispiel die Lehrerfort- und -weiterbildung. Sonderpädagogen sollten zum Beispiel nicht nur einen der sieben Förderschwerpunkte studieren, sondern zwei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Will, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Renate Will (FDP): Wir werden die Umsetzung dieses Gesetzes begleiten. Die Arbeitsgruppe wird weiterhin bestehen bleiben. Ich freue mich auf die weitere intensive Zusammenarbeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, Frau Kollegin Wild, Frau Kollegin Will, Herr Kollege Eisenreich, Herr Kollege Steiner, Herr Kollege Güll und Herr Kollege Felbinger!

(Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Gehring!)

- Selbstverständlich auch Herr Kollege Gehring.

Ich bin stolz, heute mit Ihnen gemeinsam in diesem Hohen Haus Bildungspolitik gestalten zu dürfen. Dies ist in der Tat eine Sternstunde für den Parlamentarismus in Bayern. In den 16,5 Jahren meiner Zugehörig-

keit zu diesem Hause durfte ich selbst an zwei verwandten Unternehmen teilhaben, nämlich an der Einführung des Islamunterrichts in Bayern und an einem Antragspaket zur Lehrerbildung in der vergangenen Legislaturperiode. In solchen Stunden definieren wir über die Parteigrenzen hinweg politische Gemeinsamkeiten, die eine jeweils unterschiedliche Herkunft haben. Alle Kolleginnen und Kollegen haben ihre Grundüberzeugung im Umgang mit dem Thema Integration und Inklusion, die aus scheinbar unüberbrückbaren Ausgangspositionen zu einem gemeinsamen Ganzen gefunden haben.

In den vergangenen 16 Jahren habe ich in diesem Haus drei große Diskussionsrunden erlebt, die sich diesem Thema gewidmet haben. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass dabei ein großes Engagement für die jungen Menschen mit Förderbedarf spürbar war, dass die Diskussionen jedoch von der großen Emotion aus der Grundhaltung der einzelnen Fraktionen geprägt waren. Die Arbeitsgruppe hat sich über die lange Wegstrecke ihrer Arbeit hinweg an dem Ziel orientiert, heute einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorlegen zu können. Dies verdient den uneingeschränkten Respekt und den Dank der Staatsregierung, den ich hiermit ausdrücklich ausspreche. Ich bin stolz darauf, ein Kollege von Ihnen sein zu dürfen, die Sie diesen Weg gegangen sind.

Wir wollen diesen Weg gemeinsam gehen. Ich bin in den vergangenen Monaten des Jahres 2010 als Präsident der Kultusministerkonferenz wiederholt auf dieses gemeinsame Unternehmen angesprochen worden. Der Bayerische Landtag war in der Lage, dieses wichtige und sensible Thema über alle Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf zu führen. Die Staatsregierung weiß um den Auftrag. Selbstverständlich werden sich die Geister wieder scheiden. Ich habe das bei meinem ersten Zusammensein mit Ihnen in der Arbeitsgruppe gesagt und das Beispiel der Ressourcen genannt, die diesem Thema gewidmet werden sollen. Klar ist, dass die Opposition und die Regierungsfaktionen in dieser Frage unterschiedliche Vorstellungen entwickeln werden. Ich bin aber froh darüber, dass sich die Arbeitsgruppe für den nächsten Doppelhaushalt auf jeweils 100 zusätzliche Stellen verständigt hat. Das ist ein wichtiges Signal.

Selbstverständlich gibt es neben den positiven Punkten auch Punkte, die in der bayerischen Bildungslanschaft nicht positiv sind. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Lehrerausstattung der bayerischen Förderschulen nennen, die im bundesweiten Vergleich eine der schlechtesten ist. Auch dies gehört zum Bild. Ich möchte diesen Punkt ausdrücklich benennen, um mit Ihnen zusammen gemeinsame An-

strengungen zu unternehmen, damit wir auf diesem Feld vorankommen.

Ich glaube, dass sich die Familien und die jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf auf einen verlässlichen Weg machen können. In dem Gesetzentwurf sind verschiedenste Dinge grundgelegt worden. Die Schule kann sich ein Profil geben. Schulen, die wünschen, mit den bisherigen und erweiterten Instrumenten, zum Beispiel der Integration durch Kooperation, fortfahren zu wollen, können diesen Weg weiter gehen. Aus diesem Werk werden aber viele weitere Ansätze erwachsen. Vielen Dank dafür, dass Sie sich dieser Mühe unterzogen haben. Ich freue mich in diesem Feld auf die weitere Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt 5, dabei handelt es sich um die Zweite Lesung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (Freie Wähler) zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes auf der Drucksache 16/6447, wird im Einvernehmen mit allen Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 6 und 7 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6369)
- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6668)
- Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit beträgt fünfzehn Minuten pro Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Widmann von den Freien Wählern.

Jutta Widmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir Freien Wähler haben einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem wir eine öffentliche Ausschreibung für die Position des BLM-Präsidenten fordern. Vor Kurzem wurde ein neuer BLM-Präsident gewählt. Aber die alten Probleme sind aus unserer Sicht immer noch die gleichen. Zwar ist es erfreulich, dass zum ersten Mal zwei Kandidaten zur Wahl standen und dass der Verwaltungsrat vorab das Gehalt festgelegt und veröffentlicht hat; aber das reicht uns immer noch nicht. Wir wollen das Bayerische Mediengesetz ändern.

Noch immer gibt es keine öffentliche Ausschreibung für den Spitzenposten der BLM. Für uns Freie Wähler ist das Verfahren immer noch nicht transparent genug. Eine Ausschreibung schränkt die Souveränität des Medienrats in gar keiner Weise ein. Die Medienräte würden weiterhin den BLM-Präsidenten wählen. Der Vorteil wäre aber, dass eine größere Anzahl von Bewerbern zur Auswahl steht. Gleichzeitig wäre für jeden Bewerber das Verfahren offen und nachvollziehbar. Den Medienräten würde so die Möglichkeit gegeben, ein konkretes Profil von den Kandidaten zu verlangen. Sie könnten sagen, was sie von einem guten BLM-Präsidenten erwarten.

Eine öffentliche Ausschreibung spricht eine größere Zahl von potenziellen Kandidaten mit entsprechendem Fachwissen an, vor allem dann, wenn die Ausschreibung im Staatsanzeiger oder in einschlägigen Fachzeitschriften für Medienkreise publiziert wird. Eine öffentliche Ausschreibung hätte auch den Vorteil, dass interessierte Kandidaten nicht mehr die Unterstützung einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern des Medienrats bräuchten, um überhaupt als Kandidaten aufgestellt zu werden. Bisher brauchte ein Kandidat die Unterstützung von mindestens sechs Mitgliedern des Medienrats, um sich überhaupt bewerben zu können. Dieses Zwangskorsett möchten wir aufschneiden, damit die Kandidaten Luft bekommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir stellen es uns so vor: Die Bewerber könnten sich innerhalb einer bestimmten Frist ganz normal mit ihren Unterlagen bewerben. Die Kandidaten müssten auf der Suche nach Unterstützern nicht mehr Klinkenputzen gehen. Mittagessen in ausgewählten Kreisen wären auch nicht mehr nötig. Statt taktischer Spielchen und politischen Kuhhandels hätten wir ein sauberes und transparentes Auswahlverfahren. Dann wäre auch der allgemeine Vorwurf, die BLM sei ein Austragsstübchen für altgediente Parteisoldaten, vom Tisch.

Im Übrigen lohnt sich ein Blick über den Tellerrand hinaus auf die Landesmedienanstalten in den anderen Ländern. Dort gibt es teilweise sehr detaillierte Voraussetzungen für den Posten an der Spitze der Medienanstalt. In Mecklenburg-Vorpommern ist der Direktor der Medienanstalt Beamter auf Zeit und muss über ausreichend Sachkunde im Rundfunkwesen und in der Verwaltung verfügen. Die Bewerber werden durch eine öffentliche Stellenausschreibung ermittelt und vom Medienausschuss gewählt.

Ein anderes Beispiel ist Nordrhein-Westfalen. Dort wird der Spitzenposten auch öffentlich ausgeschrieben. Gleiches gilt für Thüringen. Betrachten wir auch die Kraft des Südens. Ich meine das Nachbarland Baden-Württemberg.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das sollten wir!)

Dort ist auch eine öffentliche Ausschreibung vorgesehen. Gewählt wird der Präsident dort übrigens nicht von den Mitgliedern des Medienrats, sondern sogar von einer Zweidrittelmehrheit des Landesparlaments. Dort ist die Messlatte noch viel höher als bei uns. Ich dachte immer, Bayern sei spitze.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass in einigen Bundesländern die öffentliche Ausschreibung problemlos funktioniert und dass diese Länder immer genügend Bewerber mit entsprechenden Fachkenntnissen haben. Warum sollte das in Bayern nicht funktionieren? Bei unseren Nachbarn funktioniert es auch. Die öffentliche Ausschreibung würde mehr Bewerber, mehr Transparenz und auch die Vorabveröffentlichung eines fixen Gehalts bedeuten. Dies wäre zum Wohle der BLM. Dagegen kann doch niemand etwas haben. Es wäre eine gute demokratische und rechtsstaatliche Praxis, den Posten des BLM-Präsidenten öffentlich auszuschreiben.

Bei anderen Gelegenheiten ist das für Sie doch auch kein Problem. Ein Beispiel ist die Neubesetzung des Direktors der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Schauen wir uns das Verfahren dort an. Dort gibt es eine öffentliche Ausschreibung und eine von vorn herein klar definierte Gehaltseinstufung. Außerdem ist vorgeschrieben, dass der Direktor - ich zitiere - eine angesehene, in Forschung und Lehre ausgewiesene Persönlichkeit sein muss. Hier hat die Fachkompetenz sehr viel Gewicht. Mittlerweile haben sich in Tutzing dreißig Personen um die Nachfolge von Herrn Professor Dr. Oberreuter beworben. Eine Findungskommission trifft nun eine Vorauswahl. Anschließend wird aus diesen Bewerbern der künftige Direktor ausgewählt.

Warum ist es bei der Akademie für Politische Bildung möglich, die Spitzenposition öffentlich auszuschreiben, bei der BLM dagegen nicht?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Natürlich könnten Sie jetzt sagen, darüber sollte der Medienrat entscheiden. Darin würde ich Ihnen sogar recht geben, diese Ausschreibung könnte der Medienrat in seiner Geschäftsordnung festlegen. Ich persönlich würde es begrüßen. Ich bin aber auch der Meinung, dass es uns als Gesetzgeber gut ansteht, dies zu regeln. In den anderen Bundesländern ist die öffentliche Ausschreibung bereits in den jeweiligen Mediengesetzen festgehalten.

Sie hatten lange genug Zeit, etwas zu verändern, aber Sie haben es nicht getan. Deshalb muss dieses Thema wieder im Landtag behandelt werden. Es muss jetzt endlich Schluss sein mit dem Anschein der Selbstbedienungsmentalität und dem Verteilen von Posten und Pöstchen nach Gusto. Wenn wir bei der letzten Wahl des Präsidenten keine eigene Kandidatin aufgestellt hätten, wäre nicht einmal eine richtige Wahl zustande gekommen. Ich weiß nicht, wie Sie es sehen. Für mich aber gehört zu einer Wahl auch eine Auswahl. Bei den teilweise überzogenen Reaktionen im Vorfeld der Wahl schien dieses Demokratieverständnis nicht bei allen vorhanden zu sein.

Die CSU hat das Jahr 2011 zum Jahr der Frau erklärt. Die Zielvorgabe, mehr Frauen in Spitzenpositionen zu bringen, kam von unserem Ministerpräsidenten. Wir sind aber im Unterschied zu Ihnen durchaus bereit, dieses Ziel auch zu verfolgen. Bei der Diskussion über die Nachfolge an der Spitze der Akademie für Politische Bildung habe ich in der Zeitung gelesen, jetzt sei die Zeit reif für eine Frau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist schon lange reif. Sie war schon vor einem Monat reif, als wir den BLM-Präsidenten gewählt haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Damals wäre es schön gewesen, wenn Sie Ihren Worten hätten Taten folgen lassen. Leider aber klafft zwischen Ihren Worten und Taten manchmal ein bayerischer Grand Canyon.

Meine Damen und Herren, wir Freien Wähler unterstützen auch den Gesetzentwurf der GRÜNEN. Wir wollen nicht nur Transparenz im Bewerbungs- und Auswahlverfahren. Wir wollen auch Transparenz über die Gehälter des Führungspersonals. Wir wissen zwar alle, was der künftige BLM-Präsident verdienen wird. Es war auch gut, dass sein Gehalt schon im Vorfeld offengelegt wurde. Trotzdem sind 220.000 Euro aus unserer Sicht immer noch zu viel.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meiner Meinung nach stehen hier das Gehalt und die Aufgaben nicht in einem gesunden Verhältnis zueinander. Daher halten wir den Vorschlag der GRÜNEN, das Gehalt in Zukunft an der Beamtenbesoldung auszurichten, für einen Schritt in die richtige Richtung. Wofür erhält denn der Präsident der BLM so viel Geld? Die BLM produziert nichts, sie trägt kein unternehmerisches Risiko, sie kontrolliert die privaten Rundfunk- und Fernsehanbieter. Dabei sollten für das Führungspersonal die gleichen Maßstäbe gelten, die auch für andere Behördenleiter in Bayern gelten.

Wenn Sie jetzt sagen, der BLM-Präsident sei kein Beamter, kann ich nur sagen: Der Ministerpräsident ist auch kein Beamter. Trotzdem orientieren sich seine Bezüge an der Beamtenbesoldung. Wenn dies beim Ministerpräsidenten funktioniert, kann es beim BLM-Präsidenten auch funktionieren. Die Bürger fragen sich immer wieder: Warum musste denn der BLM-Präsident mehr verdienen als unser Ministerpräsident? Ihr Argument war doch, dass es ohne ein ausreichend hohes Gehalt keinen guten Kandidaten gäbe.

Schauen wir uns die mathematische Formel einmal genauer an. Sie sagen, ein hohes Gehalt ist gleich ein guter Kandidat. Gilt dann auch der Umkehrschluss, dass ein geringes Gehalt einen schlechten Kandidaten bedeutet? Um bei der Gleichung zu bleiben: Wenn wir jetzt wissen, dass der ehemalige BLM-Präsident mehr verdient hat als unser Ministerpräsident, heißt das dann, dass man für das Gehalt, das der Ministerpräsident bekommt, keinen besseren Ministerpräsidenten bekommt?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Orientierung und Einordnung heißt nicht, dass der Präsident künftig ein Beamter sein soll.

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nadler (CSU))

Wichtig ist uns, dass von vornherein bestimmte Gehaltsgrenzen eingehalten werden. Wichtig ist uns auch, dass sich das Gehalt nicht wieder sprunghaft erhöht, so wie es bei den Tantiemen der Fall war. Damit würde eine bestimmte Gerechtigkeit im Vergleich zu anderen Ministerien einziehen. Es würde Transparenz herrschen. Das Gehalt könnte nicht jedes Mal frei aus dem luftleeren Raum herbeigezaubert werden.

Ich habe es vor Kurzem schon bei der Debatte über die Tantiemen gesagt: Das Gehalt darf sich nicht nach dem Selbstwertgefühl richten, sondern es muss den Aufgaben angemessen sein. Wo kommen wir

denn hin, wenn künftig jeder sein Gehalt mit dem Verweis auf andere aushandelt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Aufgaben überhaupt mit dem Gehalt übereinstimmen?

Wir Freien Wähler wollen außerdem, dass die diversen Nebentätigkeiten, die mit dem Amt des BLM-Präsidenten verbunden sind, beim Gehalt berücksichtigt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es kann nicht sein, dass zu einem Gehalt von aktuell 220.000 Euro diverse weitere Beträge hinzukommen. Wir fordern zudem, dass die Gehälter des Führungspersonals künftig nicht wiederum um dreißig bis vierzig Prozent steigen, sondern dass sich die Gehaltsentwicklung ähnlich wie bei uns an Diätenindices orientiert. Große Gehaltssteigerungen aufgrund von speziellen Aufbauleistungen oder langjähriger Amtsvorführung sind unnötig und nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Gote von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Wir beraten zwei Gesetzentwürfe, die sich zwar nicht mit derselben, jedoch mit einer ähnlichen Thematik befassen. Als wir die Beratungen begonnen haben, gab es einen anderen Sachstand. Die Zeitläufte sind weiter vorangeschritten. Frau Widmann, das haben Sie beschrieben. Es wurden bereits Fakten geschaffen. Das Ergebnis war, dass der neue Präsident der BLM wieder ohne Ausschreibung vom Medienrat gewählt worden ist. Das Gehalt, das der Präsident bezieht, halten wir von den GRÜNEN immer noch für deutlich zu hoch. Das ist dem Umstand geschuldet, dass man der Forderung des scheidenden Staatskanzleiministers, nicht weniger verdienen zu wollen als zuvor, entgegenkam. Das steht jedenfalls in keiner Relation zur Aufgabe, die in der BLM zu leisten ist.

Nachdem meine Vorrednerin die beiden Gesetzentwürfe im Detail und in unserem Sinne hervorragend begründet hat, kann ich mich in der Tat sehr kurz fassen. Von den Beratungen im Ausschuss bin ich enttäuscht. Dort hat sich kein einziges neues Argument aufgetan. Viel Bereitschaft zur Diskussion und zur Suche nach Alternativen hat es nicht gegeben. Insofern haben wir bereits in der Ersten Lesung und im Ausschuss unsere Argumente weitgehend ausgetauscht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass das Mediengesetz die richtige Stelle für diese Regelung

wäre. Wir sehen - das können wir beide als Mitglieder des Medienrats gut beurteilen -, dass der Weg über eine Änderung der Geschäftsordnung im Medienrat sehr schwierig wäre. Sauber wäre eine Regelung im Mediengesetz. Das machen auch viele andere Länder.

Hinsichtlich der Ausschreibung möchte ich darauf hinweisen, dass der Saarländische Rundfunk eine neue Intendantin oder einen neuen Intendanten sucht. Sechs Frauen und Männer haben sich auf diese Stelle beworben. Sechs Leute, die sich bewerben und unter denen man auswählen kann - das wäre hier unvorstellbar. Ausschreibungen und die Schaffung von Transparenz im Gehaltsgefüge, was national und international Standard ist, das will man in Bayern nicht hören.

Deshalb bitte ich Sie noch einmal, beiden Gesetzentwürfen zuzustimmen. Ich kann Ihnen versichern, wir werden an anderer Stelle und wiederholt mit demselben Instrument nach geraumer Zeit weiter versuchen, mehr Transparenz in diese Fragen zu bringen. Wir haben vor, die BLM wieder zu dem zu machen, was sie eigentlich ist, nämlich die Aufsichtsbehörde für den privaten Rundfunk - nicht mehr und nicht weniger. Ich versichere Ihnen, wir bleiben an diesem Thema dran. Heute haben Sie die Chance, diesen beiden Gesetzentwürfen zuzustimmen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Sinner für die CSU.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist die Prime Time, um über Medienpolitik zu diskutieren. Im Vorabendprogramm werden normalerweise News gesendet, nach Möglichkeit Breaking News. Von den Vorrednerinnen haben wir jedoch nur Wiederholungen gehört. Schon die erste Fassung hatte keine hohe Qualität und keine hohe Einschaltquote. Die Wiederholung war nicht gerechtfertigt.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wundere mich darüber, welche Fragen Sie im Plenum vorbringen. Frau Kollegin Widmann, Ihr Kollege, Herr Felbinger, hat am 1. Dezember eine Schriftliche Anfrage eingebracht. Dort wird die Staatsregierung gefragt: Welche Funktion hat der Präsident der BLM? Welche Aufgaben muss er erfüllen? Seit wann gibt es die BLM? Mit welchem Verfahren wird die Stelle des Präsidenten besetzt? Wer solche Fragen stellt, ist medienpolitisch

relativ ahnungslos. Jedoch muss man voraussetzen, dass sich jemand, der sich mit der Medienpolitik beschäftigt, in die Materie einarbeitet. Sieben Monate vor der Wahl des neuen Präsidenten hat der Vorsitzende des Medienrates die Mitglieder des Medienrates aufgefordert, Vorschläge einzureichen. Vor diesem Hintergrund kann man nicht davon sprechen, dass die Transparenz fehle. In Artikel 10 des Mediengesetzes steht, dass es sich beim Medienrat um ein autonomes Gremium handle. Das Gremium hat die Pflicht und die Möglichkeit, Kandidaten zu benennen. Schließlich ist Ihnen eine respektable Kandidatin eingefallen. Der Kandidat, der mit 33 zu 11 Stimmen letztendlich gewonnen hat, wurde von 29 Medienräten vorgeschlagen. Sie können nicht die Mitglieder des Medienrats beschimpfen, die einen Kandidaten vorgeschlagen haben, der letzten Endes gewonnen hat.

(Beifall bei der CSU)

Am 23. Februar, einen Tag vor der Wahl am 24. Februar, haben wir hier im Plenum darüber diskutiert. Sie haben eine Fülle von Fragen gehabt. Ich blicke auf die rechte Seite und freue mich, dass Minister Dr. Huber da ist. Er ist für die Medienpolitik zuständig. Ich blicke auf die linke Seite und sehe nur leere Sitze.

Es gibt die eingeschränkte Rechtsaufsicht, die dem Staat ganz bewusst nicht viel Mitspracherecht einräumt. Der zuständige Minister Dr. Heubisch hat sich damals am 23. Februar, wie heute durch seinen Stuhl vertreten lassen. Soweit sollte man die eingeschränkte Rechtsaufsicht nicht einschränken. Es wäre gut, wenn der zuständige Minister bei so einer Debatte einmal anwesend wäre. Für das Verständnis des Parlaments wäre das wichtig. Jedoch hätte er Ihnen die Fragen nicht beantworten können.

Ich habe mich auch über die Frage der Fraktion der Freien Wähler, wie das Gehalt entstehe, gewundert. Die Höhe des Gehalts bestimmt der Verwaltungsrat. Frau Kollegin Widmann, im Verwaltungsrat sitzt Dr. Eberhard Reichert von den Freien Wählern. Er hat das Gehalt des Präsidenten in Höhe von 220.000 Euro auch beschlossen. Solche Aspekte können Sie im Medienrat zur Sprache bringen. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion - ich habe den Artikel mitgebracht - hat der "tz" ein Interview gegeben. Die Überschrift lautet: "Sieg durch Gehaltsverzicht?" Er hat angekündigt, dass sich Frau Goderbauer-Marchner dazu bereitklärt habe, den Job für 150.000 Euro zu machen. Jeder hat darauf gewartet, dass ein Medienrat diesen Vorschlag macht. Im Medienrat hat jedoch weder die Kandidatin gesagt, sie mache das für 150.000 Euro, noch hat irgendjemand das vorgeschlagen. Welche Schlafmützen sitzen im Medienrat? Denen fällt nichts ein.

Liebe Freunde, Sie haben damals viele Fragen gestellt. Herr Thalhammer hat auch Fragen gestellt. Herr Thalhammer ist ein Anschaubeantworter: Wenn man ihn anschaut, macht er den Mund auf und springt hoch. Am nächsten Tag sind Ihre Fragen im Medienrat behandelt worden. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates ist immer der Herr, der links vorne sitzt. Vielleicht haben Sie das noch nicht mitbekommen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie sitzen doch gar nicht im Medienrat! Woher wollen Sie das wissen?)

- Frau Gote, Herr Nüssel sitzt in jeder Medienratssitzung links vorne.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Nüssel ist im letzten Jahr zwei Mal dagewesen!)

- Sie sind akustisch gut zu verstehen. Schonen Sie Ihren Kehlkopf und strengen Sie stattdessen Ihren Kopf ein bisschen mehr an.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Sinner, das ist keine Märchenstunde! Es reicht jetzt!)

Vor der Wahl hat Herr Nüssel vom Vorsitzenden des Medienrates das Wort bekommen. Er hat das erläutert. Dann stellt der Vorsitzende des Medienrats die Frage nach einer Aussprache. In der Aussprache Frau Kollegin Gote, Herr Kollege Dr. Rabenstein, Kollege Werner, Kollegin Widmann und Herr Kollege Thalhammer, da war Silent Spring - Schweigen, nichts. Wir sind medienpolitisch schon ein bisschen weiter als im Stummfilm. Inzwischen gibt es sogar schon 3 D, aber Ihnen sind noch nicht einmal mehr die Fragen vom Vortag eingefallen. Ich sage sehr deutlich: Der Medienrat hat eine Aufgabe, und deswegen werden Sie dort hingeschickt. Sie hätten in dem aus pluralen Gruppen zusammengesetzten Medienrat einen Antrag stellen können, Auskunft zu geben, wie das Gehalt letztendlich festgelegt wird. Ich frage das Plenum des Landtags, welchen Sinn es macht, dass ein Fraktionsvorsitzender, der nicht im Medienrat sitzt, in der "tz" Gehaltsforderungen aufstellt und Gehaltsankündigungen macht, während die Mitglieder des Medienrates, die den entsprechenden Fraktionen angehören, diese Vorstellungen nicht in den Medienrat einbringen. Wenn der Kandidat gewählt ist und alles gelaufen ist - -

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt doch nicht!)

- Sie wären auch dann noch akustisch gut zu verstehen, wenn Sie leiser sprechen würden, Frau Kollegin Gote. Die Lautstärke ist meistens ein Zeichen dafür, dass man argumentativ nicht ganz sattelfest ist.

Sie kommen jetzt wieder mit dem Versuch, im Landtag den Job zu machen, den Sie eigentlich im Medienrat erledigen müssten. Jedes Mitglied des Medienrats bekommt 680 Euro an Aufwandsentschädigung im Monat, plus 70 Euro Sitzungsgeld. Da wäre ein bisschen mehr als Schweigen im Medienrat günstig, um solche Fragen dort zu diskutieren, wo sie hingehören.

(Beifall bei der CSU)

Man kann eine Ausschreibung machen. Auch der Rundfunkrat hat einen Intendanten gewählt und keine Ausschreibung gemacht. Andere führen eine Ausschreibung durch. Aber ob eine Stelle ausgeschrieben wird oder nicht, ist die Entscheidung des autonomen Gremiums Rundfunkrat oder Medienrat. Sie kommen mit einem Gesetzentwurf und fordern, im Medienrat auszuschreiben, während Sie über den Rundfunkrat nichts schreiben. Der Rundfunkrat kann also machen, was er will, während der Medienrat als Gremium zweiter Klasse gesehen wird, dem der Landtag vorschreiben muss, ob er ausschreibt oder nicht. Im Medienrat sitzen nur zwölf Mitglieder aus dem Bayerischen Landtag. Es sind bewusst alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Sie schließen diese Vertreter vom Meinungsbildungsprozess aus und machen vonseiten des Landtags Vorgaben.

Der Medienrat hat das Recht auf Selbstverwaltung, und die CSU-Fraktion respektiert dieses Recht auf Selbstverwaltung. Wir erwarten, dass der Medienrat seine Aufgaben wahrnimmt. Die Diskussion um das Gehalt lief seit September des letzten Jahres. Das Gehalt ist deutlich reduziert worden. Man kann über manches diskutieren, und wir werden auch in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Sender die Frage aufgreifen: Sind die dort gezahlten Gehälter richtig? Ich denke an Gehälter von Moderatoren, wie zum Beispiel Monika Lierhaus und viele andere. Es werden teilweise Gehälter gezahlt, die nicht richtig sind. Dies zu klären ist jedoch Aufgabe der Gremien, die staatsfern organisiert sind. Es ist nicht Aufgabe des Landtags, die Finanzierung und Bezahlung der Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Sender wie der Medienanstalt in das Korsett der Beamtenbesoldung hineinzupressen. Frau Kollegin Gote, wollen Sie eine Zwischenintervention machen oder eine Zwischenfrage stellen?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Mir wurde eine Zwischenbemerkung signalisiert. Mir ist es als Zwischenbemerkung angekündigt, Frau Kollegin Gote. - Herr Sinner, Sie dürfen weitermachen.

Eberhard Sinner (CSU): Dann haben Sie sich schon warmgelaufen.

Wir achten die gesamtplurale Verantwortung in den Medien- und Rundfunkräten. Die Wahl des Präsidenten ist gelaufen. Sie ist mit einem guten Ergebnis zu Ende gegangen, und wir gratulieren dem neuen Präsidenten. Er wird seine Sache gut machen, und ich hoffe, dass die Mitglieder des Medienrats - in erster Linie die Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags - die Zusammenarbeit und nicht die Konfrontation suchen und dass sie in der Autonomie des Medienrats und des Rundfunkrates ein hohes demokratisches Gut sehen, das es zu bewahren und zu gestalten gilt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommen wir zu der sich schon abzeichnenden Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Kollege Sinner, ich frage mich, was Sie reitet, diesen Redebeitrag abzuliefern. Besteht noch eine Unzufriedenheit, weil Sie selber keine Chance hatten, an die BLM-Spitze zu gelangen? Das könnte man fast meinen. Ansonsten muss ich Ihnen sagen: Das, was Sie hier bezüglich der Berichte aus dem Medienrat erzählt haben, entspricht in weiten Teilen nicht den Tatsachen. Sie haben das sehr verkürzt berichtet. Sie haben keine Ahnung, worüber in den Ausschüssen diskutiert wird, weil Sie kein Mitglied im Medienrat sind. Sie können das gar nicht wissen. Was Sie stimmungsmäßig unterstellt haben - von wegen, die Medienräte bekämen mehr als 600 Euro und sollten dafür etwas tun -, halte ich für bodenlos. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, suggerieren zu wollen, wir Medienräte würden unseren Job nicht tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Das sollte ein Vertreter Ihrer Fraktion nach der Debatte, die wir heute Nachmittag geführt haben, nicht tun. Wir nehmen unsere Kontrollfunktion wahr und Sie haben das in den letzten Monaten deutlich genug spüren können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Ich erinnere an die Anhörung der letzten Woche. Das, was Sie dort abgeliefert haben - Sie waren nicht als Experte geladen, haben sich aber so aufgeführt -, zeigt, welchen Schlingerkurs Sie in der Medienpolitik fahren. Sie waren jemand, der einmal kritisch war, was die Finanzierung des Privatrundfunks und die Konstruktion der BLM angeht. Sie haben sich aber zu jemandem entwickelt, der nur noch auf Linie gebracht

ist und mittels Arroganz und dem Verbiegen der Wahrheit versucht, Stimmung zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Sinner, bitte.

Eberhard Sinner (CSU): Frau Kollegin Gote, ich hätte nicht gedacht, dass sie derartig persönliche Vorwürfe machen, als ob ich Interesse am Posten des Präsidenten der BLM gehabt hätte. Das, was Sie erzählen, ist ein ziemlicher Schmarrn.

Wenn Sie auf die Anhörung hinweisen: Sie haben es vorgezogen, dort in weiten Teilen überhaupt nicht anwesend zu sein.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich war im Ältestenrat!)

Wenn die Fraktion der GRÜNEN ein Interesse gehabt hätte, hätte sie einen Vertreter schicken können. Ihr Interesse war es lediglich, vor der Anhörung und unter Missachtung des Parlaments eine Pressekonferenz durchzuführen. Ansonsten haben Sie kein Interesse an der Anhörung gezeigt. Das war doch Ihr Thema.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Jetzt gibt es keine Zwischenfragen mehr. Diese Chance haben Sie verpasst, Frau Gote.

Sie haben außerhalb des Parlaments Pressekonferenzen durchgeführt. Mein Vorwurf ist: Die Themen, die im Medienrat erörtert werden sollten, erörtern Sie hier und die Themen, die im Parlament erörtert werden müssen, erörtern Sie in Pressekonferenzen. Das ist Ihr Stil und deswegen stimmen wir formal und inhaltlich diesen beiden Gesetzentwürfen nicht zu. Bringen Sie demnächst etwas Vernünftiges in der Medienpolitik, dann arbeiten wir wieder gern zusammen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt kommt Herr Kollege Dr. Rabenstein, anschließend Frau Sandt und dann hat sich Frau Kollegin Gote noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Dr. Rabenstein, bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gedacht, dass ich es kurz machen kann, aber Herr Kollege Sinner fordert einen direkt heraus.

(Eberhard Sinner (CSU): Damit das Plenum nicht einschläfft!)

- Wer schläft ein? Auf die Rede von Ihnen? Dann warten wir einmal ab.

Zunächst einmal: Wir von der SPD stimmen beiden Gesetzentwürfen zu. Die Aufforderung, liebe Kollegin Gote, alle sollten zustimmen, können wir ohnehin vergessen. Wir wissen sowieso, dass wir stundenlang debattieren könnten, ohne dass sich etwas ändert.

(Alfred Sauter (CSU): Tagelang!)

- Ja, tagelang, genau.

Es ist alles schon festgefahren, und die Erfahrung habe ich in zwölf Jahren Parlamentsarbeit gemacht. Heute war eine Sternstunde insofern, als man gemerkt hat, dass etwas geht. Aber bei vielen Debatten handelt es sich leider nur um Fensterreden, die man sich zum großen Teil sparen könnte - ich sage das ganz deutlich -, weil alles schon feststeht. So ist das eben.

Ich mache eine Vorbemerkung. Es geht hier um die Wahl des Präsidenten und dann um finanzielle Angelegenheiten. Ich sehe zwei positive Dinge. Ich würde nicht sagen, dass in diesen Gremien keine demokratischen Wahlen stattfinden würden. Natürlich gibt es dort demokratische Entscheidungen. Für Rundfunk- und Medienrat gilt, dass wir Vorschläge machen und wählen können. Wir haben auch gewählt, und wir hatten eine Auswahl. Die Opposition hat eine Kandidatin, wenn auch eine CSU-Kandidatin, gebracht. Das war also ein demokratisches Verfahren, aber das heißt nicht, dass man dieses Verfahren nicht noch besser hätte gestalten können; darauf komme ich gleich zu sprechen.

Der zweite positive Aspekt: Wir sind von den 300.000 Euro Jahresgehalt auf 200.000 Euro runtergegangen. Ich glaube, dass das auch der Diskussion zu verdanken ist, die wir hier geführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gesagt, es ist nicht in Ordnung, wenn ein Ministerpräsident weniger verdient als der Präsident der BLM. - Das waren die positiven Vorbemerkungen.

Nun komme ich zur Wahl des Präsidenten. Dazu wurde schon alles gesagt, und ich möchte das wahrhaftig nicht wiederholen. Herr Sinner, ich möchte Ihnen einige Pressezitate vortragen. Ich habe mir den Pressespiegel genau angeschaut. Diese Wahl wurde von der ganzen bayerischen Presse äußerst kritisch begleitet, und das ist nicht nur SPD-Presse oder Presse der GRÜNEN.

(Zurufe von der CSU)

- Angeblich soll es Zeitungen geben, die der SPD nahestehen.

(Lachen bei der CSU)

Es soll auch eine große Medienkonzentration in der SPD geben, die auf bestimmte Verlage, auch hier in Bayern, Einfluss nehmen kann und nimmt. Das soll es auch geben, Herr Sauter. Wenn Sie sich da nicht auskennen, kann ich Ihnen einmal zeigen, wie im Hintergrund auch von der SPD agiert wird; das gebe ich zu.

"Der Neue Tag" vom 25. Februar - das war einen Tag oder zwei Tage nach der entscheidenden Sitzung - schreibt:

Die Strippenzieher des CSU-Establishments, für die Goderbauers Kandidatur eine Provokation war, haben die vergangenen Tage im Hintergrund ganze Arbeit geleistet: Denn die "Grauen" im Medienrat ... sind fast vollständig zu Schneider geschwenkt. Geködert hat er sie letztlich mit dem Versprechen, sich weiter für die finanzielle Unterstützung der darbedenden regionalen TV-Sender im Freistaat einzusetzen. Die Lokalpolitiker im Rat hören so etwas gerne ...

Die "Mainpost" vom 24.02. schreibt über diese Präsidentenwahl:

Es ist schon faszinierend, mit welcher Selbstverständlichkeit die CSU nach dem Verlust der alleinigen Macht in Bayern die gebotene Trennung von Staat und Partei ignoriert ... Gerade in der Medienkontrolle wäre jedoch Überparteilichkeit und Staatsferne geboten.

(Zuruf des Abgeordneten Alfred Sauter (CSU))

Das hat also nicht die böse SPD, sondern die "Mainpost" geschrieben.

Nun komme ich auf das Gremium zu sprechen. Es heißt immer: "Warum diskutiert ihr diese Fragen hier im Landtag, warum werden sie nicht im Medienrat diskutiert? Herr Sinner, das haben wir schon x-mal von Ihnen gehört. Dann kam noch die Aussage - das war wirklich unter der Gürtellinie -, ihr bekommt da ja so und soviel, und dann rührt ihr euch nicht. Da könnte ich jetzt fragen, ob sich die Kollegen aus der CSU mehr rühren. Ich mache aber keine derartige Kollageschelte.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Als wir zum Fall Kopka diskutiert haben, haben wir unser Geld sehr gut verdient. Wir haben unser Geld

sehr wohl verdient, als wir das aufgedeckt und hier Druck gemacht haben. Herr Sinner, bei bestimmten Fragen hat es aber gar keinen Sinn, im Medienrat beschlossene Entscheidungen noch einmal zu kommentieren. Deshalb diskutieren wir hier.

Sie haben zu den zwölf Mitgliedern, die der Landtag entsendet, gesagt, der Medienrat spiegele die Gesellschaft wider. Jetzt schauen wir einmal, wie das nicht die böse SPD sieht, sondern was die "Nürnberger Nachrichten" schreiben.

(Lachen bei der CSU)

- Ja, ja, die böse SPD-Presse.

(Unruhe bei der CSU)

Die "Nürnberger Nachrichten" schreiben genau zu diesem Zeitpunkt:

Ohne Frage schafft das geltende Recht die Basis für jene Einflussnahme, die die CSU seit Jahrzehnten ausübt. Die CSU hat sich mit ihren Leuten überdies an die Spitze wichtiger Verbände platziert, die ebenfalls Mitglieder entsenden. So kommen Bundes- wie Landtagsabgeordnete der CSU auf dem Verbandsticket in Gremien, die unabhängige Entscheidungen treffen sollen. Ein Konstruktionsfehler, der ihnen die Unabhängigkeit nimmt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Genau das haben wir in unserem Antrag formuliert. Wir haben gefordert, die Gremien neu zu ordnen und zu verhindern, dass die CSU über ein ganz anderes Ticket Einfluss nimmt und hier, Herr Sinner, das Gremium so darstellt, als wäre es völlig staatsfern und unabhängig. Das könnt ihr jemand anderem erzählen, aber nicht uns, die wir das seit Jahren beobachten.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist in den "Nürnberger Nachrichten" unter der Überschrift "Mehr Demokratie" ein Rat an die CSU zu lesen: "Die Christsozialen haben nie verstanden, was an dieser Form der politischen Einflussnahme verwerflich sein sollte." Eigentlich hätte man schreiben sollen, der Herr Sinner hat nie verstanden, was an dieser Form der politischen Einflussnahme verwerflich sein sollte. Das ist die Antwort auf Ihre Ausführungen, Herr Sinner. Als die FDP hier zum ersten Mal Einfluss genommen hat, was überhaupt keinem hier gepasst hat, war zu lesen, dass die CSU das Mehr an Demokratie als Verrat und nicht als Chance verstand. Genau so hat es sich bei der Wahl des Präsidenten abgespielt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Die Diskussion muss und wird weitergehen. Wir werden irgendwann einmal wieder einen Präsidenten zu wählen haben. Wir werden den Medienrat und seine Entscheidungen genau beobachten. Herr Sinner, ich bin mir dessen sicher, dass wir hier angemessen aufpassen. Wir können zwar nichts ändern, weil die Mehrheitsverhältnisse nun einmal so sind, aber wir haben die Diskussion schon in Gang gebracht, und sie wird weitergehen. Wir wollen mehr Demokratie und mehr Transparenz im Medienrat und natürlich auch im Rundfunkrat. Allein schon deswegen stimmen wir diesen beiden Anträgen zu.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke, Herr Kollege Rabenstein. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sandt. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Martin Zeil, Herr Sinner hat vorhin gesagt, Wolfgang Heubisch sei nicht da. Ich habe mich gerade erkundigt: Wolfgang Heubisch nimmt an einer für Bayern wichtigen Veranstaltung zum 8. EU-Forschungsrahmenprogramm in Brüssel teil und hat sich bereits am 24. März für diese Sitzung entschuldigt. Er wird kompetent von unserem Wirtschaftsminister vertreten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das kam nicht von unserer Seite!)

- Richtig, der Angriff kam nicht von Ihrer Seite. Ich wollte das nur klarstellen.

Liebe Frau Gote, liebe GRÜNE, in gewisser Weise haben Sie sogar recht. Wir teilen die Kritik, dass das bisherige Gehalt inklusive Tantiemen des BLM-Präsidenten überzogen war. Das hat auch der Oberste Rechnungshof bestätigt; soweit liegen Sie richtig. Auch der Verwaltungsrat ist mittlerweile halbwegs aufgewacht.

Die BLM - das muss man auch sagen - hat wichtige Aufgaben: Sie lizenziert und kontrolliert Fernsehsender. Sie spielt also eine ganz wichtige Rolle im Zusammenhang mit der vierten Gewalt im Staat, das heißt, sie spielt hier in Bayern eine zentrale Rolle für die Demokratie. Sie stellt auch eine Balance her, einen ausgewogenen Wettbewerb zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk. Der Präsident trägt also eine sehr hohe Verantwortung, er hat ein bedeutendes Amt. Ich denke, der Vergleich mit einem Minister, auch mit einem Ministergehalt, ist hier nicht überzogen. Herr Schneider bekommt jetzt in

etwa das, was er als Minister bekommen hat. Insofern ist dieser Gesetzentwurf mittlerweile von der Realität überholt. Man muss auch sagen, sein Gehalt ist höher, auch jetzt, als das der Präsidenten anderer Medienanstalten. In Nordrhein-Westfalen bekommt der Präsident 158.000 Euro, in Baden-Württemberg 110.000 Euro, aber hier in Bayern haben wir auch eine andere Medienlandschaft. Wir hatten in dieser Woche eine Anhörung hier im Bayerischen Landtag zur Zukunft der lokalen Fernsehsender in Bayern. Dort haben wir gehört und erfahren, wie gut die privaten Programme von den Menschen in Bayern angenommen werden. Außerdem sind in Bayern große bundesweite Sender lizenziert, auch das läuft über unsere Bayerische Landesmedienzentrale.

Die Bayerische Landesmedienzentrale hat auch eine weitere große Zukunftsaufgabe, das Thema Jugendmedienschutz. Die Deutsche Kommission für Jugendmedienschutz ist nämlich bei der Bayerischen Landesmedienzentrale angesiedelt.

Unter Berücksichtigung dieser Fakten wurde das Gehalt des BLM-Präsidenten begrenzt. Dazu hat auch die öffentliche Debatte beigetragen, möglicherweise auch die Pressekonferenz, sodass dieses Thema ein anderes Gewicht bekommen hat. Bei dem Gehalt gibt es jetzt keine Exzesse mehr. Das ist ohne Gesetzesänderung erreicht worden. Sie wollen eine personenbezogene "Lex Ringensis" auf den Weg bringen. Dieser Gesetzentwurf ist nicht nur überholt, er ist damit auch überflüssig.

Wir stehen zur Staatsferne des Rundfunks, sie ist verfassungsrechtlich verankert. Der Medienrat ist ein unabhängiges Gremium, er trägt eine große Verantwortung. Diese Verantwortung wollen wir nicht qua Gesetz beschneiden.

Ein Schlag gegen die Eigenverantwortung des Medienrates ist auch der Gesetzentwurf der Freien Wähler. Der Verwaltungsrat kann heute beschließen, dass der Präsidentenposten ausgeschrieben wird. Ich teile übrigens das Anliegen, mehr Transparenz in diesen Dingen zu schaffen, beispielsweise durch klare Kriterien, durch eine genaue Stellenausschreibung. Dies hier ist aber das falsche Gremium, um darüber zu beschließen, meine Damen und Herren. Ich gebe auch zu bedenken. Bei einer öffentlichen Ausschreibung ist fraglich, wer sich bewirbt. Bewerben sich wirklich Spitzenkräfte aus der Wirtschaft für eine solche Position? - Ein solcher Kandidat ist, wenn er unterliegt, für bestimmte Posten verbrannt. Wer sich jetzt bewirbt, der kann seine Chancen besser abschätzen. Frau Professor Goderbauer-Marchner hat Prügel bezogen, leider, das haben wir alle gelesen. Sie konnte sich das leis-

ten, weil sie ein starkes Rückgrat hat und weil sie hohe Unabhängigkeit genießt.

Meine Damen und Herren, das Problem ist meines Erachtens nicht, wie wir ein Gesetz schaffen, mit dem wir dem Medienrat seine Unabhängigkeit nehmen. Wir sollten eher prüfen, ob die Zusammensetzung des Medienrats noch die gesellschaftliche Realität widerspiegelt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ach? Ehrlich? - Das ist ja schön!)

In diesem Zusammenhang muss ich auch an unseren Koalitionspartner appellieren.

(Unruhe bei den Freien Wählern)

Ich freue mich, dass ich auch bei unserem Koalitionspartner immer wieder Stimmen höre, die fordern, dass zum Beispiel Behindertenvertreter in den Mediengremien, im Medienrat und im Rundfunkrat, vertreten sein sollten. Ich weiß, auch bei Ihnen in der CSU gibt es viele, auch prominente Vertreter, die das befürworten. Es ist sicher nicht möglich, dies per Gesetz oder per Antrag auf dem Weg zu bringen,

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Warum nicht?)

aber ich möchte an Sie appellieren: Wir haben gerade eine großartige Debatte zum Thema Inklusion gehört. Da haben alle Fraktionen an einem Strang gezogen. Ich appelliere deshalb an den Koalitionspartner: Fassen Sie sich ein Herz, lassen Sie uns zumindest ernsthaft über das Thema sprechen!

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt die erneute Wortmeldung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie werden verstehen, dass ich mich nach den Einlassungen des Kollegen Sinner noch einmal zu Wort melden muss, auch um einiges richtig zu stellen. Ich möchte auch einige Angriffe, die gegen mich persönlich gerichtet waren, zurückweisen. Herr Sinner, eigentlich verstehe ich es nicht. In den letzten Jahren habe ich Sie als profilierten Medienpolitiker kennengelernt. Ich verstehe nicht, warum Sie sich hier auf so ein niedriges Niveau herablassen und versuchen, mit Unterstellungen und Verkürzungen Einzelne aus der Opposition zu diskreditieren. Das muss doch nicht sein. Oder ist es so schlimm, dass man keine Argumente hat?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Ich hätte gerne von Ihnen Argumente statt persönlicher Herabsetzungen gehört. Ich muss schon sagen, ich bin direkt enttäuscht. Sie sind nicht im Medienrat, ich lasse Ihnen aber gerne alle Protokolle seit 2008 zukommen. Sie können dann nachlesen, wer sich zu welchen Punkten gemeldet hat. Sie können auch gerne nachlesen, wie das jeweils vom Präsidenten und vom Vorsitzenden des Landesmedienrates goutiert wurde. Frau Widmann kennt das Spiel, wie es ist, wenn ich mich im Medienrat melde. Die Kollegen und Kolleginnen können Ihnen bestimmt berichten, wie sie reagieren, wenn ich mich mit kritischen Dingen zu Wort melde, die man dort nicht gerne hört. Lesen Sie die Protokolle nach, dann werden Sie das sehen. Ich muss ehrlich sagen, die 680 Euro, die wir bekommen, sind für mich eher ein Schmerzensgeld.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das macht aber nichts, denn ich bin nicht da, um mich beliebt zu machen, auch nicht im Medienrat. Ich werde deshalb so wie bisher weitermachen. Schade ist aber, dass Sie mit diesen Unterstellungen auch fortgefahren sind, was die Arbeit im Landtag angeht. Wir haben über die Anhörung letzte Woche gesprochen. Sie haben mir unterstellt, ich hätte kein Interesse an dieser Anhörung gehabt, weil ich um 11 Uhr gegangen bin.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Unverschämtheit!)

Sie wissen ganz genau, Herr Sinner, wo ich um 11 Uhr hingegangen bin, nämlich in den Ältestenrat. Sie wissen ganz genau, dass diese Termine und die Sitzungsplanung nicht von mir stammen. Ich habe gar keine Wahl, als jeden Mittwoch, wenn Ältestenrat ist, übrigens gemeinsam mit Ihrem Fraktionskollegen Kränzle, den Hochschulausschuss zu verlassen und in den Ältestenrat zu gehen. Da Sie das wissen, wie würden Sie es vor diesem Hintergrund nennen, wenn mir jemand hier im Plenum und in der Öffentlichkeit unterstellt, ich hätte kein Interesse? Wie würden Sie das nennen?

(Zuruf von der CSU)

Unredlich, oder wie? - Wie würden Sie das nennen, Herr Sinner?

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Unverschämtheit!)

Geht man so mit Kolleginnen um? Macht man das? Wie ist das, wenn man genau weiß, dass es nicht

wahr ist, was man sagt? - Ich finde das traurig, das muss ich ganz ehrlich sagen.

Ich hatte sehr wohl Interesse an dieser Anhörung, und ich hatte dieses Interesse auch schon sehr viel länger. Das hat sich darin geäußert, dass ich mir die verschiedenen Gutachten - es ging um die Zukunft des Privatrundfunks, der privaten Fernsehsender, wohlge-merkt - sehr genau angesehen habe. Ich hatte mir, wie alle Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld verschiedene Gutachten angeschaut, welche die BLM selbst in Auftrag gegeben hat. Wir haben festgestellt, dass darin einige wichtige Fragen nicht behandelt wurden oder wenn doch, dann in einer Art und Weise, die uns nicht schlüssig erschien. Wir haben deshalb vor vielen Monaten ein Gutachten zu einzelnen Aspekten dieser Anhörung in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten habe ich am Montag vor der Anhörung in einer Pressekonferenz vorgestellt. Was daran ehrenrührig sein soll, kann ich nicht erkennen. Das ist ein Beitrag, und darüber sollten Sie froh sein, der auch Ihnen weiteres Material für die Anhörung geboten hat. So wurde das auch von Herrn Kollegen Sibler, dem Vorsitzenden des Ausschusses, gelobt. Das eigentlich Ärgerliche war, denn Sie haben sich geärgert, dass dieses Gutachten so gut war. Herr Sibler musste also sagen: Sie haben mit diesem Gutachten schon wesentliche Aspekte dieser Anhörung vorweggenommen. - Dumm, denn das finde ich auch. Ich fand es aber schade, dass das in Ihre Einlassungen an diesem Tag, die ich sehr wohl kenne, obwohl ich nicht da war - das überrascht Sie jetzt, Herr Sinner, nicht wahr? - nicht eingeflossen ist. Das hat aber keinen Einfluss auf Ihre Äußerungen und auf Ihre Argumentation an diesem Tag gehabt, im Gegenteil. Es hat dazu geführt, dass der Verfasser dieses Gutachtens, den wir als Experten für die Anhörung benannt hatten, sich Ausfälligkeiten seitens des BLM-Präsidenten Ring gefallen lassen musste. Vielleicht erinnern Sie sich daran, was der Experte sich anhören musste in Bezug auf die Fußnoten in seinem Gutachten und Ähnliches. Es war direkt unverschämt, wie man mit diesem Experten in der Anhörung umgegangen ist. Das war kein guter Stil. Einige Zuhörer waren schockiert von der Art und Weise, wie dort geredet wurde.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Sibler, mit Blick auf die Kritik an unserer Pressekonferenz gilt das Sprichwort, das so häufig gilt: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche. Ich erinnere an die Anhörung des Hochschulausschusses zum doppelten Abiturjahrgang. Wenige Tage zuvor haben Sie eine Pressekonferenz abgehalten und erklärt, was Bayern alles für den doppelten Abiturjahrgang tue. Das war sicher etwas anderes als das, was wir gemacht haben. Sie haben der Anhö-

rung vorgegriffen. Wir haben tatsächlich einen inhaltlichen Beitrag zu einzelnen Aspekten geleistet. Aber wie gesagt: Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche.

Frau Sandt, mich hat die Ankündigung gefreut, dass auch Sie über eine andere Zusammensetzung des Medienrates und des Rundfunkrates nachdenken wollen. Ich finde das toll; wir haben mit dem Nachdenken schon vor zehn Jahren begonnen. Kollege Dr. Runge war das damals. Wir haben zwei Vorstöße unternommen, die aber leider hier von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurden. Wir wollten eine Modernisierung und eine andere Auswahl der dort vertretenen Gruppierungen. Wir wollten überlegen, ob die Zusammensetzung noch zeitgemäß ist. Ich finde es wunderbar, dass wir jetzt wieder darüber reden können.

Die SPD hat einen guten Vorschlag gemacht, nämlich hier im Landtag eine interfraktionelle Kommission einzurichten, die sich mit der Frage befasst, wie das aussehen könnte. Ich frage mich, warum Sie in der Sitzung des Verfassungsausschusses, als genau dieser Antrag beraten wurde, nicht zugestimmt haben, wenn Sie jetzt dafür sind. Sie haben der Einsetzung dieser Kommission nicht zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN, Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Sie können hier nicht sagen, sie seien dafür, das neu zu regeln. Diesen Widerspruch könnten Sie vielleicht noch aufklären. Vielleicht stimmen Sie doch zu, wenn der Antrag hier im Plenum zur Abstimmung steht. Mich würde das freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN, Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Redepult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Sinner.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihr beide solltet mal rausgehen!)

Eberhard Sinner (CSU): - Nein, wir verstehen uns normalerweise ganz gut. - Frau Kollegin Gote, Sie führten am Vortag der Wahl, am 23., hier im Landtag eine Debatte zum Thema Wahl mit einer Fülle von Fragen. Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD über die Zeitung und nicht hier im Landtag ankündigt, es gebe neue Gehaltsvorstellungen, kann man sich nicht auf irgendwelche Ausschusssitzungen berufen. Man erwartet dann, dass so etwas im Medienrat zur Debatte gestellt wird. Wenn Sie sagen, Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, dann ist das eben so. Aber Sie werden mir zugestehen müssen, dass wir das auf-

spießen. Dort hätten Sie reden können. Dort gehört die Debatte hin, aber nicht hier in den Landtag.

Natürlich können wir in Zukunft Anhörungen so durchführen, dass jede Fraktion Experten benennt und zuvor Pressekonferenzen abhält und wir uns dann über die Medien austauschen. Das hat der Ausschussvorsitzende zu Recht bemängelt. Selbstverständlich weiß ich, dass Sie im Ältestenrat waren. Ich war ebenfalls Mitglied des Ältestenrats. Nachdem Sie aber die Sitzung verlassen hatten, hat sich kaum noch jemand von der GRÜNEN-Fraktion aktiv an der Diskussion beteiligt, die schließlich nicht unwichtig war.

In meinen Einlassungen habe ich durchaus den Wert des Gutachtens anerkannt. Es ist diskussionswürdig. Die Diskussion aber außerhalb des Parlaments zu führen, ist des Parlaments unwürdig.

Könnten wir uns darauf verständigen, dass die Autonomie des Medienrates auch davon lebt, dass sich die Mitglieder aktiv einbringen und Demokratie auch darin besteht, dass sich Mehrheiten über die CSU hinaus bilden? Angesichts von 33 Stimmen kann man nicht behaupten, das sei keine demokratische Wahl gewesen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, die zwei Minuten sind um.

Eberhard Sinner (CSU): Das war eine demokratische Wahl. Einmal gewinnen die einen, ein andermal gewinnen die anderen. Wenn man die Mitglieder des Medienrates, die nicht dem Parlament angehören, sozusagen mit der linken Hand abtut, als ob sie unfähig wären und nicht wüssten, was sie da beschließen, erklärt das vielleicht die Stimmzahl, die Ihre Kandidatin bekommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Sinner, Sie dürfen aufspießen, was Sie wollen. Es gibt aber nichts aufzuspießen. Ich sage Ihnen noch einmal: Die Fragen, die wir hier im Parlament gestellt haben, hatten wir zuvor längst schon im Medienrat gestellt. Wir haben im Medienrat auf viele Fragen bis heute keine Antwort erhalten. Da gibt es nichts aufzuspießen.

Sie schätzen das Gutachten völlig falsch ein. Natürlich beteiligen wir uns im Parlament. Wie sich die Kollegen an einer Anhörung beteiligen, müssen Sie schon den Kollegen überlassen. "Anhörung" heißt zunächst einmal, dass man zuhört. Ich empfand Ihre Einlassungen als Quasi-Experte als kritischer; denn den anwesenden Experten sollte man zunächst zuhören.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich verspreche Ihnen, dass wir die Ergebnisse des Gutachtens und der Anhörung in parlamentarische Initiativen einfließen lassen werden.

Sie sagen, wir sollten die Wahl des neuen BLM-Präsidenten als eine demokratische Entscheidung akzeptieren. Ich sage Ihnen: Schauen Sie sich die Antwort auf meine Schriftliche Anfrage zur Einflussnahme der Staatsregierung auf die BLM an und das, was ich dazu schon gesagt habe, wiederum in einer Pressekonferenz. Das Material steht auf meiner Homepage und auf der Homepage meiner Fraktion. Dort können Sie sich das alles anschauen. Sie werden dann erkennen, dass es um eine systematische Einflussnahme der Staatsregierung über 20 Jahre hinweg geht, die von der Staatsregierung auch noch ganz massiv verteidigt wird. Dass wir dann infrage stellen, ob Entscheidungen, die genau im Rahmen dieser Einflussnahme mit Unterschriftenlisten und Ähnlichem zustande kommen, tatsächlich staatsfern und demokratisch zustande kommen, müssen Sie uns schon zubilligen.

(Beifall bei den GRÜNEN, Abgeordneten der SPD und der Freien Wähler)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sandt. Bitte.

Julika Sandt (FDP): Frau Gote, die GRÜNEN haben zwar in Bayern keine Regierungserfahrung, aber Sie können sich sicherlich einmal in Nordrhein-Westfalen oder anderen Ländern erkundigen, wie eine Koalition funktioniert. Wir können dem SPD-Antrag nicht zustimmen. Ich bedaure das.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Um interfraktionell zusammenzuarbeiten, braucht man nicht unbedingt einen formalen Beschluss des Hohen Hauses. Ich lade Sie herzlich ein, dass wir medienpolitische Sprecher uns einmal zusammensetzen und über dieses Thema reden.

Ulrike Gote (GRÜNE): Liebe Frau Sandt, die FDP hat in Bayern vielleicht eine kurze Regierungserfahrung; aber Sie werden bald keine Parlamentserfahrung mehr haben. Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. Uns liegen hier oben keine weiteren Wort-

meldungen mehr vor. Wir können damit die Aussprache schließen. Wir kommen damit - ich bitte um Konzentration - zur Abstimmung.

(Unruhe)

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 trenne ich dazu wieder. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion der Freien Wähler auf Drucksache 16/6369 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/7620 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich lasse nun über Tagesordnungspunkt 7, den Initiativgesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/6668, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/7716 wiederum die Ablehnung des Gesetzentwurfes. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Stimmenthaltungen - sehe ich keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listennummer 16, die auf Antrag der SPD einzeln beraten werden soll, jedoch im Einvernehmen mit allen Fraktionen nicht heute. Wir vertagen deshalb die Debatte über Listennummer 16 und können zur Abstimmung hinsichtlich der anderen Anträge auf der Liste kommen.

Die jeweilige Abstimmungsgrundlage mit den Voten der Fraktionen liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind alle Fraktionen in diesem Haus. Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich teile mit, dass Tagesordnungspunkt 9, Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, "Jetzt handeln: Asylkompromiss schnell und unbürokratisch umsetzen", Drucksache 16/6738, zur Freude aller und im Einvernehmen aller Fraktionen von der Tagesordnung genommen wurde.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 10:

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Dr. Paul
Wengert, Annette Karl u. a. (SPD)
Initiative zur Förderung der Elektromobilität in
Bayern (Drs. 16/6708)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt wie immer fünf Minuten je Fraktion. Zuerst bitte ich Herrn Roos ans Mikrofon.

Bernhard Roos (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In den nächsten Jahren wird ein gewaltiger Strukturwandel die Automobilindustrie in Deutschland, in Bayern, aber natürlich auch weltweit nicht nur erschüttern, sondern regelrecht revolutionieren. Das erfasst auch viele andere Bereiche, von der Zulieferindustrie bis hin zum Kfz-Handwerk. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass bereits im Jahr 2020 - und es gibt viele Projekte, um dieses Jahr 2020 vorzubereiten und vorauszudenken - der Anteil von Hybrid- und Elektroautos zwischen 5 und 15 % betragen wird. Dass dies einen kompletten Umbruch der Wertschöpfungsketten in der traditionellen Automobil- und Zulieferindustrie bedeutet und dass die Marktakteure einen neuen Anstrich bekommen werden, spricht für sich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, andere Staaten wappnen sich mit Milliardenbeträgen. Nicht nur China, sondern auch das weitaus kleinere Frankreich investiert einen Milliardenbetrag in den möglichst zügigen Umbau der entsprechenden Industrie.

Die bayerische Automobilindustrie ist fraglos Garant des Aufschwungs, Garant der wirtschaftlichen Stärke bei uns in Bayern und für den Wohlstand. Wir sind es den Menschen, die in dieser Industrie beschäftigt sind, den Kolleginnen und Kollegen schuldig, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern auch noch steigern.

Deswegen haben wir von der SPD-Landtagsfraktion den Antrag "Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern" gestellt. Hier steht die SPD Seite an Seite mit den Gewerkschaften, den Arbeitnehmervertretern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Einzelnen geht es um die Qualifizierung der vorhandenen Arbeitsplätze hin zu den neuen Anforderungen, es geht um neue Ausbildungsgänge nicht nur in der dualen Ausbildung, sondern auch in den Studien, es geht um Forschungsförderung, um neue Lehrstühle, die mit den Schwerpunkten Hybridantrieb, Elektromobilität, Leistungselektronik auszustatten sind.

Es geht um die gezielte Förderung der Batterieproduktion. Es geht also darum, hier in Bayern eine Modellproduktion aufzubauen. Die meisten von uns wissen, dass es in Deutschland keinen ernst zu nehmenden Batteriehersteller mehr gibt. Da haben wir in der Vergangenheit große Unterlassungssünden begangen. Und es geht darum, einen Zukunftsrat zu installieren, und zwar nicht einen Zukunftsrat, der die Ostbayern nach Tschechien und Österreich transferiert, sondern einen Zukunftsrat für Automobil- und Zulieferindustrie und Elektrochemie. Es geht also um eine bessere Qualität als die, die man von diesem Henzler-Gremium gehört hat.

Außerdem geht es darum, meine Damen und Herren, dass die Ergebnisse der Forschung, der Produktion, der Entwicklung in Projekte wie "E-Wald" einfließen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen sehr vernünftigen Vorschlag, der im Übrigen in weiten Teilen zwischen den Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, und Ministerpräsident Seehofer - hier würde er sitzen - vereinbart wurde, haben wir im Wirtschaftsausschuss beraten. Und, oh Wunder, oh Wunder, das, was Seehofer will, lehnt seine CSU ab, sagt, das sei gar nicht mehr notwendig. Das Gleiche tut die FDP. Sie begründen das damit, dass die Staatsregierung schon alles auf den Weg gebracht habe - das ist überhaupt meine Lieblingsformulierung: "auf den Weg gebracht", darunter kann man sich sehr viel vorstellen - bzw. dass schon alles erledigt sei.

Abgesehen davon, dass dieser Ausdruck daneben liegt, ist dieser Aussage definitiv falsch. Die Begründungen lauten - der Kollege Berichterstatter kommt ja noch nach mir -, dass die Cluster arbeiten, dass es für neue Berufsbilder zu früh sei, dass ordnungspolitische Eingriffe zu befürchten seien, dass die Technische Universität München als Wissenschaftszentrum sowieso Elektromobilität mit dem Fraunhofer-Institut und allen anderen wissenschaftlichen Akteuren in Erlangen, Würzburg usw. verbindet. Fazit scheint wohl,

dass Schwarz-Gelb das eher verhindern als nach vorn treiben will.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kollegen der Gewerkschaften warten auf die Einladung von Herrn Seehofer. Herr Zeil, vielleicht können Sie es ihm weitersagen. Die Gewerkschaften haben die Mitglieder für diesen Zukunftsrat Elektromobilität schon benannt. Aber dieser Rat muss natürlich auch einmal zusammentreten, er muss zum Einsatz kommen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Achten Sie bitte auf Ihre Zeit!

Bernhard Roos (SPD): Ja. - Nun zum "E-Wald". Ich meine nicht MdB Ewald Schurer oder andere Ewalds, sondern ich meine das Projekt "E-Wald". 30 Millionen Euro für ganz Bayern, davon ein erklecklicher Anteil für den Bayerischen Wald. Im Prinzip brauchen wir diese 30 Millionen Euro alleine für den Bayerischen Wald. Staatsminister Brunner hat gesagt, er brauche 20 Millionen.

Hier will ich auch ein Plädoyer für das Alleinstellungsmerkmal - -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Aber nicht mehr an dieser Stelle!

(Heiterkeit)

Bernhard Roos (SPD): Ich fordere also Herrn Zeil auf, die Bremsfunktion, die er hier ausgeübt hat, aufzugeben und dem Bayerischen Wald als Flächenprojekt andere Präliminarien zu geben als den Projekten, die auf eine Region beschränkt sind.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Reiß für die CSU zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Liebe Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Roos, wir haben im Bereich Elektromobilität nicht nur bereits vieles auf den Weg gebracht, sondern auch bereits vielfach Maßnahmen umgesetzt. Es ist bekanntlich das erklärte Ziel dieser Koalition, Bayern zum Elektromobilitätsland Nummer 1 in Deutschland zu machen.

(Zuruf von der SPD)

Die Staatsregierung hat hierzu bereits im Jahr 2008 die "Zukunftsoffensive Elektromobilität" gestartet. Sie hat 2009 ein bayerisches Förderprogramm Elektromo-

bilität aufgelegt und im Mai 2010 die Fünf-Punkte-Strategie "Elektromobilität" beschlossen.

Neben dem Ausbau der bayerischen Forschungslandschaft gehört dazu die Unterstützung von Modellregionen. Kollege Roos hat das angesprochen. Weitere Elemente dieser Fünf-Punkte-Strategie sind die Verankerung der Elektromobilität in der bayerischen Clusterstrategie, die Förderung von Leuchtturmprojekten und ein Maßnahmenpaket zur schnelleren Markteinführung der Elektromobilität. Im Rahmen dieser Schwerpunkte sind bereits zahlreiche Initiativen gestartet worden.

So werden für die Modellregionen in Bad Neustadt und Garmisch-Partenkirchen sowie für das landkreisübergreifende Projekt "E-Wald" 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. An der TU München wurde mit dem Wissenschaftszentrum Elektromobilität eine fakultätsübergreifende Plattform gegründet, an der sich bereits 36 Lehrstühle aus fünf Fakultäten beteiligen. Der Freistaat investiert im nächsten Jahr am Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme in Erlangen und Nürnberg 10 Millionen Euro in die Weiterentwicklung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen. Im E-Drive-Center Nürnberg fördert der Freistaat mit 9 Millionen Euro die Entwicklung neuartiger elektrischer Antriebskonzepte und den Wissenstransfer von der Hochschule in die industrielle Praxis.

Im Rahmen der Initiative "Aufbruch Bayern" wird das Forschungs- und Entwicklungszentrum Elektromobilität in Garching und Würzburg gefördert; dort werden insgesamt 34 Millionen Euro investiert. Mit dem 2009 aufgelegten bayerischen Förderprogramm Elektromobilität unterstützt der Freistaat Forschung, Entwicklung und Erprobung von Elektrofahrzeugen und aller hierzu erforderlichen Komponenten.

Es ist richtig und wichtig, durch Förderung und Anreize beste Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Elektromobilität in Bayern zu schaffen.

Über diese Förderung hinaus aber fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, "den Strukturwandel ... in der bayerischen Automobilindustrie gezielt zu steuern." Das wäre meines Erachtens Planwirtschaft

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und ein ordnungspolitisch nicht zu rechtfertigender Eingriff in den Wettbewerb. Die bayerischen Automobilhersteller arbeiten mit ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen bereits seit Langem intensiv an dem Thema Elektrofahrzeuge. Allein der Druck durch den nationalen wie internationalen Wettbewerb sorgt für rechtzeitige Anpassungen an neue Entwicklungen. Einer staatlichen Steuerung bedarf es insoweit nicht.

Weiter wird in dem Antrag gefordert, eigene Ausbildungsberufe für den Bereich E-Mobilität zu entwickeln. Auch das erachten wir - Kollege Roos hat es bereits ausgeführt - genauso wie die Kammern als verfrüht. Wichtiger ist es, bestehende Berufsbilder, Weiterbildungsangebote und Studiengänge weiterzuentwickeln.

Der Ministerpräsident hat mit Gewerkschaften und Betriebsräten der beteiligten Branchen und Unternehmen die gemeinsame "Initiative Elektromobilität Bayern" vereinbart, in die auch Vertreter der Arbeitgeber und der Wissenschaft einbezogen werden, sodass auch die in dem Antrag erhobene Forderung nach einem bayerischen Zukunftsrat "Automobil- und Zulieferindustrie" bereits erledigt ist.

Die Elektromobilität bietet für Bayern tatsächlich eine großartige Chance. Das wissen die Koalitionsfraktionen, das weiß die Staatsregierung - schön, dass es die SPD jetzt auch weiß.

Wir bleiben bei unserem Votum aus dem Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Reiß; das war fast punktgenau. - Ich bitte für die Freien Wähler Herrn Muthmann ans Redepult. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sei eine Anmerkung an die Kollegen der SPD gerichtet: Es vergeht zurzeit kaum eine Sitzung ohne einen Antrag, der nicht mit der Schaffung zusätzlicher Gremien einhergeht. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, für jedes tatsächliche oder vermeintliche Problem gleich ein Beratungsgremium zu installieren.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Sehr gut!)

Dabei stört mich nicht allein der vorgeschlagene Begriff "Zukunftsrat", der bekanntlich belastet oder "verbrannt" ist. Aber es ist Ihr Antrag, nicht der meine.

Es geht mir aber auch um den Inhalt. Einen Kritikpunkt hat Herr Kollege Reiß schon angesprochen. Wenn es in dem Antrag heißt, die Staatsregierung solle die Industrie "gezielt steuern", dann ist das etwas, was man bedächtiger formulieren kann und muss. Anreize setzen, Impulse geben, da und dort behilflich sein - das sind durchaus Instrumente, die der Politik in unserem System gut zu Gesicht stehen. Aber "Steuerung" sollte man nicht als Ziel formulieren.

Lieber Kollege Reiß, andererseits ist es nicht damit getan, die Dinge gut zu präsentieren und auf - zugebenermaßen bestehende - Konzepte und Aktivitäten hinzuweisen. Die Umsetzung gehört dazu. Es ist durchaus richtig, dass auch in diesem Bereich Pilotprojekte gestartet werden; denn damit ist man nicht nur den Spezialisten bei der Erforschung, Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze behilflich, sondern man stärkt auch in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür, dass die neuen Konzepte realisierbar sind. Es kommt auch an dieser Stelle nicht nur auf die Worte, sondern vor allem auf das Handeln bzw. Umsetzen an.

So konnten wir anlässlich der Tagung der Staatsregierung in Deggendorf Ende letzten Jahres hören, dass es auch in Niederbayern ein großes Projekt "E-Wald" geben wird, an dem ganze Regionen beteiligt sind. Schon damals ist gesagt worden: Das ist die Idee. Eine Finanzierung haben wir noch nicht; da schauen wir mal. - Mittlerweile gibt es auch Geld, 30 Millionen Euro. Kritisiert wird aber, dass es an der Umsetzung hapere, weil die Finanzausstattung zu gering sei.

Jetzt können Sie einwenden, dass sei wiederum klassische Oppositionskritik, die man schon kenne. An dieser Stelle will ich mich auf Ihren Kabinettskollegen Helmut Brunner berufen, der gemeinsam mit den verantwortlichen Landräten, die übrigens allesamt der CSU angehören, kritisiert, dass zwar viele schöne Worte verbreitet worden seien, es aber an der Umsetzung fehle, weil nicht ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werde. Konzepte gibt es schon, auch von der Fachhochschule Deggendorf, aber die Umsetzung wird nicht ausreichend unterstützt.

Wir teilen die zentrale Zielsetzung, das heißt die grundsätzliche Ausrichtung des Antrags der SPD-Fraktion. Daher haben wir - trotz der Kritikpunkte, die ich soeben noch einmal vorgetragen habe - schon im Ausschuss zugestimmt und werden das heute wiederholen.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Muthmann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Hartmann nach vorn.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kurz nach der Wirtschaftskrise, als es der Automobilindustrie wirklich schlecht ging, hatte man das Gefühl, dass alle von Elektromobilität reden. Auch die Staatsregierung war in China. Keinem ging es schnell genug. Man musste da etwas machen. Der Beitrag des CSU-

Kollegen Reiß klang eher so, als ob alles irgendwie laufe und man nicht mehr brauche.

Hier wurde behauptet, der Antrag gehe in Richtung Planwirtschaft. Dazu möchte ich einen Vergleich ziehen: Ich erinnere mich noch gut an den Antrag "MAN muss bayerisch bleiben!", der von Ihrer Fraktion, Herr Reiß, in den Ausschuss eingebracht wurde. Was war denn das für ein Antrag? Der ist von Ihnen gestellt worden!

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Keine Planwirtschaft!)

- Doch, er geht in die gleiche Richtung.

Es ist doch unumstritten, dass Elektromobilität im Autoverkehr einen großen Anteil des zukünftigen Mobilitätsmixes ausmachen wird. Man muss jetzt die Weichen entsprechend stellen.

Ich finde, die Punkte im SPD-Antrag gehen in die richtige Richtung, man kann sie durchaus mittragen. Ich verstehe nicht, warum die Koalition nicht zustimmen kann, wenn doch nach Aussage der Staatsregierung ein oder zwei Punkte schon so gut wie erfüllt sind. Den weiteren Punkten könnten Sie zustimmen.

Ich möchte aber auch warnen: Auch für die Durchsetzung der Elektromobilität kommt es darauf an, dass wir eines Tages den richtigen Strommix haben. Das ist entscheidend.

Wir müssen auch auf Folgendes achten: Es wird nicht so funktionieren, dass wir die bisherigen Antriebsmotoren einfach durch neuartige ersetzen, aber die Ansprüche, was PS-Stärke, Größe und Schwere der Autos betrifft, beibehalten. Man muss insoweit "abrüsten", um zu etwas kleineren Autos zu kommen. Dann geht es auch im Bereich der Elektromobilität schneller voran.

Die Elektromobilität wird, wie gesagt, entscheidenden Anteil am künftigen Mobilitätsmix haben. Wir dürfen uns aber nicht durch eine heutige Weichenstellung schon komplett auf eine Antriebsart festlegen. Neben der Förderung der Elektromobilität muss es weiterhin einen Wettstreit der verschiedenen Antriebstechniken geben, um für den Klimaschutz das Optimale herauszuholen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP hat Herr Dr. Kirschner das Wort. Bitte sehr.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde könnte man meinen, es sei alles gesagt. Ich könnte Herrn Hartmann zustimmen und sagen: Es kann nicht nur Elektromobilität sein, sondern es muss ein Mix sein. Dieser Mix steht heute noch nicht fest, sondern dieser ergibt sich aufgrund der Entwicklung der Autoindustrie. Ich schicke gleich voraus: Wir werden mit Sicherheit keine Planwirtschaft dahingehend gestalten, dass wir der Autoindustrie sagen, was sie tun soll. Wenn sie unfähig sind, dies zu tun, dann müssen Sie erleben, was daraus wird. Wir können nur eines tun: das Ganze mitsteuern. Ich sage auch: soweit das der Haushalt hergibt.

Die SPD fordert in ihrem Antrag: Qualifizierung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie, eigene Ausbildungsberufe, E-Fahrzeug-Mechatroniker, F-&-E-Lehrstühle, Verpflichtung zur Förderung der Basistechnologie, Aufbau einer Referenz-Batteriefertigung, Strukturwandel in der Autoindustrie steuern. Dazu fordern Sie einen Zukunftsrat und Sie fordern Förderprogramme.

Sehr geehrter Herr Roos, in der Begründung Ihres Antrags steht, die Anforderungen, die die neuen Marktgegebenheiten und das Bedürfnis nach Elektromobilität an die heimische Automobilindustrie stellen, dürften nicht verkannt werden. Das ist festzuhalten. Aber die zinsgünstigen Kreditprogramme in Nordrhein-Westfalen - das darf ich auch aussprechen - sind eher der Schwäche der Automobilindustrie dort, insbesondere von Opel, geschuldet, und nicht der Zukunft der Elektroindustrie.

Bereits seit 2008, einen Monat, nachdem Wirtschaftsminister Zeil ins Amt berufen wurde, gab es die "Zukunftsoffensive Elektromobilität". Ziel war und ist es nach wie vor, Bayern zum Vorreiter für die klimafreundliche, innovative Zukunftstechnologie in der Autoindustrie zu machen.

Im Mai 2005 wurde das Fünf-Punkte-Programm ins Leben gerufen, das ich jetzt nicht herunterlese, weil Herr Reiß es bereits erwähnt hat. - Anmerkend darf ich sagen: Da ich auch aus Niederbayern komme, muss ich jetzt die Zeit, die Herr Roos überzogen hat, einholen. Darum werde ich es noch kürzer machen. - Wir können uns nicht nur auf die nationalen oder auf die bayerischen Probleme stürzen; das Thema Elektromobilität ist ein globales Thema. Wir müssen mit dem nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität und mit der nationalen Plattform Elektromobilität zusammenarbeiten und tun dies auch.

Herr Roos, zu den einzelnen Punkten des Antrags darf ich in Stichworten Folgendes ausführen:

Arbeitsqualifizierung und Arbeitsplätze. Im Juli 2010 hat die IHK München bereits die geprüfte Elektronikfachkraft Fahrzeugtechnik eingeführt. Ein neues Berufsbild wird bis auf Weiteres abgelehnt, weil die Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass man sich bereits festlegen könnte.

F-&-E-Lehrstühle. Grundsätzlich gilt auch hier die Unabhängigkeit der Wissenschaft. Im Februar 2010 wurde das Wissenschaftszentrum für Elektromobilität "eCar", das Herr Reiß auch angesprochen hat, in Nürnberg ins Leben gerufen. Weitere Lehrstühle entstehen.

Zur Förderung der Basistechnologie: Ich will nur die 10 Millionen Euro für die Weiterentwicklung von Hybrid- und Elektrofahrzeugen nennen und nicht alles wiederholen, was Herr Reiß angeführt hat.

Förderprogramme, LfA. Dort sind entsprechende Kredite im Angebot, Startkredite für Gründer, für technische Unternehmen. Es gibt die Wachstumsförderung für technische Unternehmen, es gibt die Technologiekredite, es gibt die Haftungsfreistellung wie für jeden anderen gewerblichen mittelständischen Betrieb auch, und wir haben die Bayern Kapital, die seit zehn Jahren existiert und sich seit zehn Jahren speziell an technischen Unternehmen beteiligen kann, sich auch an ihnen beteiligt und sehr erfolgreich ist. Außerdem haben wir die Bayerische Beteiligungsgesellschaft.

Fazit: Ihr Antrag geht ohne Zweifel in die richtige Richtung. Nur, all das, was Sie fordern, ist bereits ins Leben gerufen. Wir müssen weiterhin daran arbeiten. Das ist überhaupt keine Frage. Bei dieser Gelegenheit darf auch angeführt werden: Sie fordern immer wieder den ausgeglichenen Haushalt. Bei dieser Thematik ist er über die Jahre hinweg in Ordnung so. Aber man kann nicht bei jedem Antrag mehr fordern und bei nächster Gelegenheit wieder rufen, der Haushalt sei nicht ausgeglichen.

Als Letztes möchte ich Folgendes anführen: Es wäre interessant, einmal einen Prüfauftrag dahingehend zu organisieren, dass man feststellt, woher die Energie kommt, wenn wirklich eines Tages eine Million bis zwei Millionen Autos in Deutschland rein auf Elektrobasis laufen. Vielleicht kommt die Energie sogar aus den Kernkraftwerken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Kirschner. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil noch um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag, der hier zur Beratung steht, kann man eigentlich nur sagen: Guten Morgen, liebe SPD! Auch aufgewacht? Denn das, was Sie mit Ihrem Antrag verfolgen, hat die Staatsregierung unter Beteiligung der Wissenschaft, der Industrie und der Kammern längst umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann können Sie ja zustimmen!)

Ich darf das kurz darlegen.

Die Qualifizierung der Arbeitskräfte für neue Aufgaben im Bereich der Elektromobilität ist bereits angelaufen. So hat zum Beispiel die IHK für München und Oberbayern im Juli 2010 eine entsprechende Vorschrift verabschiedet. Erste Zusatzqualifizierungen von Mitarbeitern aus Unternehmen der Fahrzeugindustrie wurden bereits erfolgreich durchgeführt. Damit können die Automobilhersteller auf Mitarbeiter mit vertiefter Sachkunde zurückgreifen.

Die bayerischen Hochschulen haben im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit eine Reihe von Aktivitäten im Bereich der Elektromobilität ergriffen. Dies ist von den Kollegen Reiß und Kirschner bereits angesprochen worden. Die Staatsregierung unterstützt die Forschung und Wissenschaft auf dem Gebiet der Elektromobilität bereits jetzt und in den kommenden Jahren mit knapp 100 Millionen Euro, beispielsweise den Ausbau des Fraunhofer-Instituts für integrierte Systeme und Bauelementetechnologie in Erlangen und Nürnberg und den Aufbau eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für Elektromobilität in Garching und München. Hier werden die TU München und die Fraunhofergesellschaft fachübergreifend insbesondere am Thema Energiespeicherung arbeiten.

Insgesamt 30 Millionen Euro sind für innovative Projekte in den bayerischen Modellregionen sowie für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet Bayern" vorgesehen. Herr Kollege Muthmann, Herr Kollege Roos, zum Thema der Förderung auch bei "E-Wald" will ich sagen: Hierbei kommt es jetzt natürlich auch im Detail darauf an, dass der Innovationsgrad herausgearbeitet wird, auch der Mehrwert gegenüber den anderen Modellregionen, auch der bisher geförderten Modellregionen. Denn Sie erwarten, dass wir die Mittel, die dieses Hohe Haus zur Verfügung stellt, so einsetzen, dass dies auch den europa- und haushaltsrechtlichen Vorschriften entspricht. Darüber sind wir im Gespräch. Es bestehen auch manche Erwartungen, was die Größenordnung angeht. Diese müssen wir noch mehr in die Realität

führen. Aber Sie können sich darauf verlassen, dass auch dieses Projekt zum Erfolg geführt werden wird.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich darf Ihnen aus vielen eigenen Gesprächen berichten: Die bayerischen Fahrzeughersteller arbeiten mit ihren hoch innovativen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen seit Langem und intensiv am Thema Elektromobilität. Sie stehen im internationalen Wettbewerb und behaupten sich nach den aktuellen Zahlen äußerst gut. Diese Hersteller warten nicht auf gute Ratschläge der Politik oder auf planwirtschaftliche Vorgaben. Sie handeln, und die Staatsregierung unterstützt sie dabei durch die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen.

Die Forderung nach einem weiteren Zukunftsrat hat nicht nur mich, sondern viele hier verwundert, da Sie solche Gremien sonst eher nicht schätzen. Ich gehe in diesem Punkt völlig einig mit dem Ministerpräsidenten, der den Vertretern des DGB und der IG Metall schon im November 2010 eine Gesprächsplattform "Initiative Elektromobilität Bayern" angeboten hat. Außerdem sind wir laufend mit jenen, die hier mitspielen, im Gespräch.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, die Ende 2008 beschlossene und im Mai 2010 weiter konkretisierte Zukunftsoffensive Elektromobilität der Staatsregierung ist auf gutem Weg, den Wirtschafts- und Forschungsstandort Bayern zum Vorreiter bei der Elektromobilität zu machen. Eine zusätzliche Initiative zur Förderung der Elektromobilität ist nicht erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister Zeil. Weitere Wortmeldungen liegen uns hier oben nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/7937 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme habe ich bei der FDP gesehen - war das ein Versehen? Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke sehr. Stimmenthaltungen? - Herr Dr. Bertermann, Enthaltung? - Keine! Damit ist der Antrag demnach abgelehnt. Sie wissen, Herr Dr. Bertermann, wir warten auf solche Momente, deshalb muss man da vorsichtig sein.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Ich weiß!)

Gut. Wir schreiten fröhlich fort in der Tagesordnung; denn tatsächlich nähert sich nun das Ende. Wir haben jetzt noch Tagesordnungspunkt 11 zur Abstimmung sowie den Tagesordnungspunkt 12 mit je circa fünf Minuten pro Fraktion und eine Bekanntgabe, sodass wir voraussichtlich vor der Eröffnung des Buffets fertig werden. Ich weiß gar nicht, wie wir die Zeit bis dahin abarbeiten sollen.

(Peter Meyer (FW): Ich habe das schon bekannt gegeben!)

Danke sehr. Herr Meyer denkt mit und er denkt an das Wichtigste.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 11 auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u. a. (SPD) Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeit - Ministerpräsident Seehofer beim Wort nehmen! (Drs. 16/6988)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/7983 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind CSU, FDP und Freie Wähler. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures u. a. (SPD) Einführung einer geschlechtergerechten Haushaltsplanung und -steuerung (Gender Budgeting) (Drs. 16/7009)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Naaß. Bitte sehr. Sie haben je fünf Minuten Redezeit.

Christa Naaß (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde kommt noch einer der wichtigsten Anträge, die wir heute zu beraten haben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Es geht schließlich um Haushaltspolitik, und Haushaltspolitik betrifft das Budgetrecht, das der Bayerische Landtag hat. In diesem Antrag geht es nun um

die geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung, das sogenannte Gender Budgeting.

Bereits im Juli 2003 forderte das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten sowie die kommunalen und regionalen Regierungen auf, Gender Budgeting in die Praxis umzusetzen, also eine geschlechtergerechte Haushaltsführung zu praktizieren. Diese hat zum Beispiel das Ziel, ungleiche Verteilungseffekte zwischen Frauen und Männern aufzudecken. Das bedeutet, jede Maßnahme im Haushalt soll auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft werden. Ziel ist eine gerechte Verteilung der Ressourcen und eine praktische Gleichstellungspolitik gerade in Zeiten knapper Kassen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist offensichtlich ein Thema, das Männer überhaupt nicht interessiert, obwohl es eigentlich auch euch betreffen müsste.

(Zurufe von der CSU: Sehr! - Weitere Zurufe von CSU und SPD)

Ich bitte deshalb um etwas mehr Aufmerksamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Die Bayerische Staatsregierung hat leider den Auftrag, der vom Europäischen Parlament kommt, bisher im Rahmen des Haushalts nicht umgesetzt, obwohl es entsprechende Ministerratsbeschlüsse aus den Jahren 2002 und 2004 zur geschlechtersensiblen Sichtweise als Leitprinzip für die bayerische Verwaltung gibt. Das alles, Herr Staatssekretär, beschließen Sie zwar, aber Sie setzen es nicht um.

Deshalb hilft Ihnen nun die SPD-Landtagsfraktion, indem sie Sie mit ihrem Antrag auffordert, die Umsetzung von Gender Budgeting auch in Bayern vorzunehmen.

(Unruhe - Georg Schmid (CSU): Passt halt auf!)

Als Einstieg sollen Pilotprojekte in verschiedenen Ministerien als spätere Modelle für alle Bereiche der Landesverwaltung und auch für die Kommunen und die Regionalparlamente auf den Weg gebracht werden.

Zur Begleitung dieser Pilotprojekte soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, und Ende 2011 soll Bericht erstattet werden. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen kann dann festgestellt werden, ob diese Modellprojekte so passend sind, dass sie für alle Bereiche

der öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden können.

Dieser Zeitraum kann von unserer Seite her gern bis Ende 2012 verlängert werden. In anderen Bundesländern wie zum Beispiel in Berlin, aber auch in manchen Kommunen wird Gender Budgeting längst praktiziert, wie zum Beispiel in der Landeshauptstadt München oder, ein ganz positives Beispiel, in Wien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie eigentlich, ob und wie die Haushaltsmittel im Hinblick auf die Geschlechter aufgeteilt werden? - Das wissen Sie sicherlich nicht. Wissen Sie, wie viele Mittel aus Förderprogrammen oder -maßnahmen an Frauen oder Männer gehen?

(Georg Schmid (CSU): Das kann man nicht zuteilen!)

Auch das wissen Sie nicht. Wissen Sie, ob die Mittel aus Förderprogrammen wie zum Beispiel dem Konjunkturprogramm überwiegend den Männern oder den Frauen zugute kommen? Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat zum Beispiel ergeben, dass das Konjunkturpaket einseitig Männern geholfen hat, weil hauptsächlich Technikbetriebe gefördert wurden.

(Georg Schmid (CSU): Die Frauen sind doch auch in der Technik beschäftigt!)

Wissen Sie, wie sich Kürzungen in den Einzelhaushalten auf Frauen und auf Männer auswirken, wie zum Beispiel die Herabsetzung der Eingangsbesoldung im Staatsdienst? Wie viele Männer sind betroffen durch diese einseitigen Sparmaßnahmen und wie viele Frauen?

(Georg Schmid (CSU): Das sind doch nicht mehr Männer als Frauen!)

Kommt es hier zu einer einseitigen Belastung? Wissen Sie das? - Nein! Wissen Sie, ob die bestehenden Kürzungen die bestehenden Ungleichheiten verstärken oder nicht? Wissen Sie, ob der Mitteleinsatz bestehende Ungleichheiten verstärkt oder reduziert? Wissen Sie, ob die Gelder effizient eingesetzt werden und auch dort ankommen, wo sie erforderlich sind? Nein, das wissen Sie nicht, das wissen wir nicht und das weiß auch die Staatsregierung bisher nicht.

(Zuruf von der CSU: Aber das weiß die SPD!)

Es liegt aber in der Verantwortung der Staatsregierung, denn es ist ein Auftrag aus dem Europäischen Parlament, der bisher nicht umgesetzt wird. Das Finanzministerium hat zwar auf eine Schriftliche Anfrage meiner Landtagskollegin Dr. Simone Strohmayr

geantwortet, dass geschlechterspezifisches Denken zwar als wichtiger Schritt zur Modernisierung des Freistaates Bayern angesehen wird, doch sieht die Bayerische Staatsregierung keinen Anlass dafür, dieses "Wunschdenken" im Rahmen der Haushaltsplanung in die Realität umzusetzen. Lediglich beim Vollzug werde die Geschlechtergerechtigkeit beachtet. Das allerdings muss ich bezweifeln, weil auch dazu keine Zahlen vorliegen, Herr Staatssekretär.

Ich habe den Eindruck, die Staatsregierung hat bis heute nicht begriffen, um was es geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass das Parlament in Gänze schlauer ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn gerade in Zeiten knapper Kassen muss es doch das Anliegen aller sein, auf eine effiziente, transparente und zielführende geschlechtergerechte Haushaltsplanung und -steuerung hinzuwirken.

Die Erfahrungen haben gezeigt, Gender Budgeting trägt zu einer wirkungsorientierten und effizienteren Haushaltspolitik bei. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie uns bei diesem Antrag unterstützen und dass das, was vor vielen Jahren vom Europäischen Parlament vorgegeben wurde, endlich auch in Bayern berücksichtigt und umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Naaß. Ich bitte jetzt für die CSU Frau Brendel-Fischer ans Redepult.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, der uns heute vorliegt, will erreichen, dass die Geschlechterperspektive, das heißt der Gender Mainstream, im Haushaltswesen Anwendung findet. Es sollen Pilotprojekte durchgeführt und Arbeitsgruppen gebildet werden.

Unserer Meinung nach gibt hier vorrangig die Bayerische Verfassung in Artikel 18 Absatz 2 ganz konkret vor, dass sowohl der Gesetzgeber als auch die Exekutive zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen verpflichtet sind.

(Zurufe und Lachen bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie gestatten, dass wir lachen!)

Das ist per Gesetz durchgängiges Handlungsprinzip, an das sich alle Entscheiderinnen und Entscheider, an welcher Stelle auch immer, halten müssen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ans Christliche glauben wir auch nicht!)

Liebe Kolleginnen, keine Aufregung. Ich räume natürlich ein, dass hier noch Anstrengungen nötig sind.

(Zuruf von der FDP: Wir behandeln doch alle gleich!)

Im Moment führen sich die Frauen hier mehr auf als die Männer. Das muss ich schon einmal sagen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Genau! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich räume ein, dass Anstrengungen nötig sind, bis eine echt geschlechtersensible Sichtweise bei allen angekommen ist und zur Regel wird. Es ist aber nicht die alleinige Aufgabe der Staatsregierung bzw. der von ihr beauftragten Gleichstellungsbeauftragten. Der Ministerrat hat sich 2002 und 2003 bereits mehrfach geäußert und einschlägige Beschlüsse gefasst. Das Thema ist flächendeckend rechtlich verankert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darauf warten wir heute noch!)

Im Auftrag des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales entstand in Kooperation mit dem Gender-Zentrum der Universität Augsburg ein online-basiertes Angebot, das standortunabhängig und dezentral für alle zugänglich Information und Fortbildung ermöglicht.

(Unruhe)

- Spreche ich zu schnell?

Außerdem ist das Anliegen auch immer Thema der Ausbildung der Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst. Wir meinen, dass das Bewusstsein für Geschlechtersensibilität allein dadurch befördert wird, dass immer mehr Frauen insbesondere im öffentlichen Dienst an Entscheidungspositionen kommen und dass immer mehr Männer für diese Belange aufgeschlossen sind.

(Christa Naaß (SPD): Wie viele?)

Zudem, das halte ich für sehr wichtig, kommen von außen, sei es durch Verbände oder Initiativen im vorpolitischen Raum entsprechende Ideenpotenziale. Auch das ist richtungsweisend. Auch wir wollen hier erreichen, was Sie wollen. Wir haben aber andere Wege und Arbeitsweisen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Viel längere!)

Wir wollen ebenso eine bürger- und geschlechtergerechte Haushaltspolitik und setzen uns insbesondere dafür ein, dass wir auf Fehlermeldungen im System reagieren oder bürgerfreundlich und bedarfsgerecht präventiv agieren. Ich glaube, meine Damen und Herren, es gibt viele Bereiche in unserer politischen Landschaft, unserer Gesellschaft und unserem Staatsgefüge, wo dieses aktive Eingreifen nicht nötig ist, sondern wo das Anliegen zum Selbstläufer wird. Wenn man jeden Haushaltsansatz und jeden Euro einer stringenten Prüfung unterzieht, bedeutet das letztendlich mehr Bürokratie.

Im Übrigen möchte ich auch darauf verweisen, dass es noch nicht lange her ist, dass wir ein EuGH-Urteil in Empfang nehmen konnten, durch das die Versicherungen aufgefordert sind, entsprechende Unisex-Tarife auf den Markt zu bringen. Das hängt indirekt damit zusammen, nicht aber mit dem von Ihnen gewollten Weg.

Zuletzt möchte ich darauf hinweisen, dass wir das Anliegen nicht mit einer aufbauschenden Bürokratie regeln wollen, die wir ohnehin ständig beklagen, sondern wir versuchen Lösungsansätze zu entwickeln, die, wie bereits gesagt wurde, bedarfsgerecht sind. Wenn wir Benachteiligungen insbesondere von Frauen feststellen, werden wir sehr wohl ein Augenmerk auf den kleinen Unterschied legen.

Frau Naaß, Sie haben das Konjunkturpaket angesprochen. Warum sollten wir ausgerechnet hier einschreiten? - Es war eine männlich geprägte Arbeitslosigkeit. Im sozialen Bereich haben viele Frauen Arbeit. Dort war die Arbeitslosigkeit und das Abschmelzen von Arbeitsplätzen so gut wie nicht gegeben. In der Wirtschaftskrise haben wir eine Arbeitslosigkeit der Männer durchlaufen. Ich meine, wir haben sie mit den richtigen Maßstäben gemeistert. Für jedes Programm, das der Staat auflegt, können sich Frauen und Männer bewerben. In diesem Sinne ist es für alle offen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich hoffe, der Beifall ist wirklich so nachhaltig, wie er im Moment ertönt.

(Christa Naaß (SPD): Scheinheiliger Beifall ist es!)

Ich bitte Herrn Felbinger nach vorne. Bitte schön.

Günther Felbinger (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Naaß, ich gebe Ihnen auf jeden Fall recht, dass das Thema "Geschlechtergerechtigkeit" eines der wichtigsten Themen ist. Es verdient am Schluss

unserer heutigen Debatte unser aller Aufmerksamkeit. Ob es allerdings eine geschlechtergerechte Haushaltsplanung sein muss, will ich offen lassen. Das Gender Budgeting ist in Deutschland rechtlich kaum vorhanden oder verankert. Selbst in Berlin - Sie haben es erwähnt - wurde im Landeshaushalt noch keine definitive Regelung dafür gefunden. Mit Ihrem Antrag möchten Sie eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik erreichen. Damit wird suggeriert, dass eine Ungerechtigkeit vorliegt.

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nur noch drei Wortmeldungen. Ich meine, dass unsere Geduld so lange reichen sollte. Bitte seien Sie etwas ruhiger.

Günther Felbinger (FW): Wenn wir über Gender Budgeting sprechen, sprechen wir auch über den Einsatz von Haushaltsmitteln und die Erhebung von Steuern und ihre Wirkung auf das Politikziel der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die grundsätzliche Frage, die ich mir stelle, wird über verschiedene Projekte, die bundesweit gelaufen sind, nicht beantwortet, nämlich ob Frauen oder Männer durch die Haushaltsansätze stärker gefördert oder benachteiligt werden und ob Sparmaßnahmen die Geschlechter in unterschiedlichem Ausmaß belasten.

(Christa Naaß (SPD): Das habe ich auch gefragt!)

Will man diese Fragen beantworten, müsste man eine systematische Prüfung aller Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsprozess bei der Aufstellung, Ausführung und Rechnungslegung sowie aller haushaltsbezogenen Maßnahmen auf die ökonomischen Effekte für Männer und Frauen sowie auf die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse durchführen.

Es gibt durchaus Vorteile, die dafür sprechen. Die Ausgaben eines Staates stellen einen bedeutenden Teil des Bruttoinlandproduktes dar, und staatliche Ausgaben und Einnahmen greifen in nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Daher ist die Auswirkung des staatlichen Handelns und dessen ökonomische Wirkung von zentraler Bedeutung für Fragen der Gleichstellung von Männern und Frauen. Gerade die nicht offensichtlichen Wirkungen spielen dabei eine Rolle. Daher ist es interessant zu wissen, wie sich die aktuelle Haushalts- und Finanzpolitik bzw. die Prioritätensetzung der Politik, die durch das jeweilige Budget ausgedrückt wird, auf die gleichstellungsrelevanten Fragen auswirken. Wenn man das darstellen wollte, wäre das in der Tat eine hervorragende Grundlage für eine fundierte Gleichstellungspolitik. Der Nachteil - das ist die hohe Hürde - ist der

lativ hohe bürokratische Aufwand. Ich habe heute Nachmittag noch einmal mit der Stadtverwaltung von Köln telefoniert. Dort wurde mir bestätigt, dass zusätzliche Stellen geschaffen werden müssten, um die nötigen Daten zu erheben. Mit dem Haushalts- und dem Gender Personal müsste intensiv zusammengearbeitet werden. Sie haben vorhin gesagt, in Zeiten knapper Kassen würde das zu mehr Effizienz führen. Das will ich in Frage stellen, da man mehr Bürokratie und mehr Personal braucht. Insofern ist es nicht so einfach, wie Sie das behauptet haben.

Die Berechnungen, die Sie angestellt haben, sind zum Teil hoch kompliziert und in ihren Aussagen nicht eindeutig. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob dieser Aufwand gerechtfertigt ist und ob es nicht auch günstigere Informationen über die Auswirkung der Politik auf die Gleichstellung geben würde.

Der Antrag wird in der vorliegenden Form von den Freien Wählern abgelehnt, da zu viele Fragen noch offen sind. Transparenz, Verlässlichkeit und Übertragbarkeit sind bisher nicht geprüft. Allerdings scheint uns ein Bericht der Staatsregierung hierüber durchaus sinnvoll, um weitere Informationen zu bekommen. Als Anregung möchte ich geben, dass sich eventuell die Informationen, die sich über das Gender Budgeting ergeben würden, über einen einmaligen Bericht pro Legislaturperiode erreichen ließen. In diesem Sinne können wir dem Antrag in dieser Form leider nicht zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Kollegen Hallitzky ans Mikrofon.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Brendel-Fischer, Sie sagten, in der Verfassung stünde die Gleichberechtigung von Mann und Frau, deshalb werde die CSU dieses Ziel schon realisieren. In der Verfassung steht auch das individuelle Recht auf Arbeit. Alleine von der Verfassung her zu denken, da wäre ich nicht ganz so optimistisch wie Sie. Im Unterschied zum Antrag haben Sie im Wesentlichen über das Thema "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" diskutiert. Herr Felbinger hat aber richtig gesagt, dass es hier vor allem um die Mittelverteilung geht. Wir wissen selbst, dass im öffentlichen Dienst in Bayern gleicher Lohn für gleiche Arbeit gewährleistet ist, es allerdings im Aufstiegsbereich Probleme gibt.

Die Forderung nach Gender Budgeting ist begründet. Sehen wir uns zum Beispiel einmal den ÖPNV an. Der ÖPNV wird von mehr Frauen genutzt, die Straßen mehr von Männern. Je nachdem, in welchen Bereich

Geld investiert wird, trifft dies Frauen und Männer unterschiedlich. Das ist einfach so. Dies müssen Sie auch so zur Kenntnis nehmen.

Aber: In der momentanen Situation ist die Einführung des Gender Budgeting eine hochkomplizierte und schwierige Sache. Berlin führt seit einigen Jahren Pilotprojekte ein und evaluiert diese Projekte. Ebenso München. Schon bei diesen wenigen Pilotprojekten ist es sehr schwierig, festzustellen, welche positiven Punkte herausgezogen werden können. In dieser Konstellation hat die SPD einen Antrag vorgelegt, der die ganze Komplexität beiseitegewischt hat. Das ist problematisch. Sie sagen, Sie wollten Pilotprojekte zur Umsetzung in allen Bereichen einführen. Herr Felbinger hat darauf hingewiesen, dass es solcher Pilotprojekte in einigen Bereichen möglicherweise gar nicht bedarf. Außerdem wollen Sie noch in diesem Jahr einen Bericht darüber haben, obwohl die Pilotprojekte in anderen Ländern mehrere Jahre gelaufen sind. Wir halten diese Forderung für unrealistisch.

Die notwendigen Schritte dafür müssten auch erst als Pilotprojekte eingeführt werden. Wir müssten beispielsweise untersuchen, wie sich konkrete Haushaltszahlen - ich habe soeben den ÖPNV als Beispiel genannt - auf die einzelnen Geschlechter auswirken. Wir müssten auch einen ernsthaften fachlichen Diskurs in den Ausschüssen oder im Plenum führen und das Finanzcontrolling beauftragen, Untersuchungen in bestimmten Bereichen durchzuführen. Diese Bedingungen sind noch nicht erfüllt. Obwohl wir inhaltlich völlig d'accord sind, tut es uns leid, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen können. Wenn ich böse wäre, müsste ich sagen: Der gute Wille ist erkennbar, das Ziel ist auch richtig, aber so, wie der Antrag gestellt ist, würden wir über unsere eigenen Füße stolpern, wenn wir ihm zustimmen würden. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das letzte Wort hat heute Herr Kollege Professor Dr. Barfuß - natürlich mit Ausnahme meines letzten Wortes.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion hat zwei Haushälter. Nachdem Herr Kollege Klein heute schon eine fulminante Rede gehalten hat, hat er gesagt: Weil Du immer so frech zum Zeil bist, musst Du jetzt zum Thema Gender reden. Sie sehen, bei uns gibt es schon eine gerechte Strafe.

Spaß beiseite. 56 % der Wahlberechtigten sind Frauen. Wir haben uns die Wählerinnen und Wähler nicht

ausgesucht, sondern die Wählerinnen und Wähler haben sich uns ausgesucht. Ich will damit sagen, dass wir nicht bei jedem Thema 50:50 machen können. Wir hatten einmal in Bayern - das vergessen viele - das erste Umweltministerium in ganz Europa. Ein gewisser Max Streibl war der Minister. Heute haben wir einen grünen Ministerpräsidenten in Deutschland. Es hat also gedauert, bis eine neue Idee in praktische Politik umgesetzt wurde.

Frau Marie Juchacz, die Gründerin der AWO, und andere Frauen mussten sich einmal verlächen lassen. Heute haben wir eine Bundeskanzlerin. Genauso wird es mit dem Gender Budgeting auch kommen. Das ist ein langfristiger Prozess, der sich nicht von heute auf morgen vollzieht. Gehen Sie einmal auf die Homepage des einzigen Bundeslandes, wo es das Gender Budgeting bereits gibt, nämlich Berlin: Dort ist wörtlich ausgeführt "und ist als ein langfristiger Entwicklungs- und Veränderungsprozess zu betrachten". Deswegen nützt hier alle Aufgeregtheit nichts. Berlin ist das erste Bundesland, das damit begonnen hat. Dort zeichnen sich eine erhöhte Kostentransparenz, eine größere Sensibilisierung, eine verbesserte Gender-Medienkompetenz usw. ab.

Wir glauben aber, dass es noch einen anderen interessanten Aspekt gibt, den ich kurz ansprechen möchte, nämlich die Gerechtigkeit. Wir meinen, dass eine gewisse Generationengerechtigkeit mindestens genauso wichtig wäre wie diese reine Gender-Gerechtigkeit. Weder die Generationen der Beitragszahler - Frauen und Männer - noch die Generation der Rentner - ebenfalls Frauen und Männer - dürfen bevorzugt oder benachteiligt werden. Warum können wir nicht in Generationsbilanzen denken? Damit würden wir das Budgeting viel nachhaltiger organisieren. Hier könnten auch die unterschiedlichen Belange von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Wir meinen, dass auch dieser Ansatz nachdenkenswert wäre. Das erscheint uns genauso wichtig wie das reine Gender-Anliegen. Gleichwohl wünschen wir dem Bundesland Berlin viel Erfolg. Wir werden die dortige Entwicklung beobachten und zu gegebener Zeit in Bayern diskutieren. Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, heute werden wir Ihren Antrag würdigen, aber wohlwollend ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Professor. Darf ich darum bitten, Telefonate, die nicht den Fraktionsvorstand oder die Geschäftsführung betreffen, nach draußen zu verlegen? Das gilt auch für die Gespräche auf der Seite der Regierungsbank. Ich möchte die Sitzung geordnet zu Ende führen.

Offizielle Wortmeldungen liegen uns hier nicht mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 16/8046 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

Das ist die Fraktion der SPD. Ich bitte Sie, die Gegenstimmen ebenso anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und Frau Kollegin Dr. Pauli. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 bzw. § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende Umbesetzungen im Ältestenrat und in den Ausschüssen bekannt:

Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Herrn Thomas Kreuzer wegen dessen Berufung zum Staatssekretär im Staatsministerium für Unterricht und Kultus Herr Kollege Alexander König neues Mitglied im Ältestenrat wird. Ihm ist bereits gratuliert worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch die Fraktion der Freien Wähler hat Umbesetzungen im Ältestenrat mitgeteilt. Danach wird anstelle von Frau Kollegin Tanja Schweiger Herr Kollege Florian Streibl neues Mitglied im Ältestenrat. Als seine erste Stellvertreterin wurde Frau Kollegin Eva Gott-

stein, als sein zweiter Stellvertreter wurde Herr Kollege Hubert Aiwanger benannt. - Ebenfalls herzlichen Glückwunsch. Als erster Stellvertreter von Herrn Kollegen Peter Meyer wurde anstelle von Herrn Kollegen Professor Dr. Michael Piazolo Herr Kollege Alexander Muthmann benannt. Auch Sie sind uns herzlich willkommen. Vonseiten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurde mitgeteilt, dass anstelle des Kollegen Thomas Mütze Herr Kollege Dr. Martin Runge erster Stellvertreter von Frau Ulrike Gote sowie zweiter Stellvertreter von Frau Christine Stahl im Ältestenrat wird. Ebenfalls von uns allen ein herzliches Willkommen!

Die Fraktion der Freien Wähler hat darüber hinaus noch folgende Ausschussumbesetzungen mitgeteilt: Neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten wird anstelle des Herrn Kollegen Professor Dr. Michael Piazolo Frau Kollegin Eva Gottstein. Für Herrn Kollegen Florian Streibl wird Frau Kollegin Tanja Schweiger neues Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Im Protokoll ist alles nachzulesen.

Ich habe jetzt keine weiteren Seiten mehr in meinem Buch. Mit großer Freude darf ich Sie jetzt in den restlichen Abend entlassen. Viel Spaß!

(Schluss: 21.11 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Empfehlungen der Nanokommission umsetzen/Nationales Melderegister einführen
 Drs. 16/4610, 16/8038 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
 Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln
 I. Ressortübergreifendes Rahmenkonzept Hospiz- und Palliativmedizinische Versorgung Bayern
 Drs. 16/6009, 16/7974 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
 Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln
 II. Landesstelle zur Beratung der Kommunen und der Hospizgruppen
 Drs. 16/6010, 16/7975 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln IV. Nachhaltige Umsetzung des § 39a SGB V
Drs. 16/6012, 16/7977 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln V. Praxisgerechte Umsetzung der SAPV
Drs. 16/6013, 16/7978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln VI. Palliativmedizinisches Angebot in den stationären Pflegeeinrichtungen
Drs. 16/6014, 16/7979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln VII. Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften und Allgemeinmediziner
Drs. 16/6015, 16/7980 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Biomethan im Verkehrssektor fördern
Drs. 16/6414, 16/7935 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Berichtsantrag zu den Konsequenzen aus dem Artenschutzbericht Bayern
Drs. 16/6450, 16/8039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Erhalt alter Obstsorten in Bayern
Drs. 16/6549, 16/8040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu den Infrastrukturvorhaben für den Schienenverkehr in der Region München nach den Beschlüssen von Staatsregierung und Landtag zum Bahnknoten München und nach Vorlage des GVFG Bundesprogramm 2010 - 2014 und des Schlussberichtes zur Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege
Drs. 16/6611, 16/7623 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU, Karsten Klein, Jörg Rohde, Brigitte Meyer u.a. FDP
Mediationsverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit
Drs. 16/6736, 16/7984 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Zuständigkeiten für die Futtermittelüberwachung in Bayern neu ordnen!
Drs. 16/6972, 16/7736 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Dioxinskandal - Höchste Zeit für Transparenz!
Drs. 16/6973, 16/7739 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Annemarie Biechl, Albert Füracker, Georg Winter u.a. CSU, Karsten Klein, Thomas Dechant FDP
Verzinsung von Rückforderungen
Drs. 16/6990, 16/8045 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Inge Aures u.a. SPD
Evaluierung der Polizeireform in Bayern endlich voranbringen
Drs. 16/7026, 16/8073 (E)

Der Antrag wird einzeln beraten

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schadstoffeinträge in die Lebensmittelkette verhindern - Futtermittelsicherheit erhöhen
Drs. 16/7080, 16/7738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Harald Schneider u.a. SPD
Berichtsantrag zum Dioxin-Skandal
Drs. 16/7098, 16/7741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancen für Gymnasien und Junglehrerinnen und Junglehrer verbessern statt verschlechtern
Drs. 16/7112, 16/7956 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Studentische Mitbestimmung“
Drs. 16/7122, 16/7658 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU),
Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
MAN muss bayerisch bleiben
Drs. 16/7222, 16/7938 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU,
Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln
III. Lehrstühle für Palliativmedizin an bayerischen Hochschulen ausbauen
Drs. 16/6011, 16/7976 (E)

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU,
Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln
VIII. Bericht über die Arbeit des Expertenkreises „Palliativmedizin und Hospizarbeit“
Drs. 16/6016, 16/7981 (E) [X]

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Barbara Stamm, Christa Stewens u.a. CSU,
Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat Bayern weiterentwickeln
IX. Begleitung der ehrenamtlich tätigen Hospizhelferinnen und -helfer stärken
- Aufbau eines Netzwerks fachkundiger Supervisoren
Drs. 16/6017, 16/7982 (E) [X]

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Oberfranken als „Modellregion demographische Herausforderung“
Drs. 16/6066, 16/8086 (E)

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Installation eines Kompetenzzentrums Teichwirtschaft
Drs. 16/7076, 16/8041 (E) [X]

abweichendes Votum des **mitberatenden** Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat